

Eine antifaschistisch-demokratische Ordnung war zugleich die sicherste Garantie für die Verteidigung der nationalen Einheit Deutschlands gegen alle Zerstückelungspläne der Imperialisten. Schon am 25. Juni 1945 wies Walter Ulbricht in der ersten Funktionärkonferenz der KPD Groß-Berlins bei der Begründung des Programms darauf hin, daß eine echte demokratische Ordnung die Möglichkeit gab,

„alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte in allen Teilen des Reiches zu entwickeln, und . . . die nationale Einheit zu erhalten und zu sichern“¹.

In ihrem Aktionsprogramm stellte die Kommunistische Partei Deutschlands die dringendsten Aufgaben fest, deren Lösung im Interesse der Rettung Deutschlands allen friedliebenden Deutschen am Herzen liegen mußte:

„1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- beziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 456.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden.⁴¹

Um dieses Programm mit wahrhaft nationaler Verantwortung durchzuführen, mußten alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes zusammenwirken und eine feste Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen erreicht werden:

„Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden...

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines *Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien* (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums- und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.⁴¹

Eine solche Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Parteien und Weltanschauungen war etwas völlig Neues in der deutschen Geschichte. Zwar gab es früher Koalitionen bürgerlicher Parteien mit der SPD; diese dienten dem Zweck, die Werktätigen den Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse gefügig zu machen. Jetzt aber hatten sich die Bedingungen grundlegend geändert. Es gab keine Herrschaft des Monopolkapitals mehr. Die Parteiführungen der Weimarer Koalition hatten Bankrott gemacht, und in den Leitungen der neuen demokratischen Parteien arbeiteten Politiker, die in der Mehrzahl die wahren Interessen des deutschen Volkes vertraten. Dazu gehörten vor allem die Kommunisten, die niemals an der kapitalistischen Staatsmacht beteiligt gewesen und stets gegen die Weimarer Koalitionspolitik aufgetreten waren.

Der totale Hitlerkrieg mit seinem grausigen Ende hatte tiefe Veränderungen in der sozialen Struktur und in den Ideen des deut-

⁴¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 13. Juni 1945; siehe im Anhang, S. 375 bis 378.

schen Volkes zur Folge gehabt. Männer und Frauen aus bürgerlichen Kreisen waren aus ihren früheren Lebensbahnen herausgeworfen. Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, die im illegalen Kampf zusammengestanden und in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern gemeinsam gelitten hatten, waren gewillt, weiter gemeinsam zu wirken. Millionen Menschen in Deutschland hatten jetzt erkannt, daß der alte imperialistische Weg gegen die Interessen der Nation gerichtet war, und waren bereit, Nazismus und Militarismus zu vernichten. Der Gedanke der Einheit hatte alle Teile der Bevölkerung erfaßt.

„Wer die Gelegenheit hatte, sich ein wahres Bild über die Stimmung in den breitesten Bevölkerungsschichten in Stadt und Land zu verschaffen, wird uns beipflichten, wenn wir die Feststellung treffen:

Das Volk will diese Einheit!

Es betrachtet nur den als seinen wahren Freund und Helfer in schwerster Not, der sich mit ehrlichem Herzen auf den Böden der Einheit stellt. Hingegen bringt das schaffende deutsche Volk keinerlei Verständnis auf für jene Elemente, denen Parteigezänk wichtiger ist als die brennendsten Volksinteressen, die von neuem den Keim der Spaltung und Zwietracht unter den Schaffenden zu säen trachten.“¹

So schätzte Wilhelm Pieck am 12. Juni 1945 in der ersten Nummer der „Deutschen Volkszeitung“ die Stimmung im deutschen Volk ein.

Wie sehr die Kommunistische Partei den wirklichen Lebens- und Tagesinteressen des Volkes Ausdruck gab, zeigte die allgemeine Zustimmung zu ihrem Aufruf. Schon am 12. Juni fanden sich im Gebäude des Magistrats von Groß-Berlin etwa 200 antifaschistische Funktionäre aus der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der früheren Zentrumspartei, der früheren Demokratischen Staatspartei, dem früheren Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den früheren christlichen Gewerkschaften und der ehemaligen Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft zusammen. Es gab in der Versammlung niemanden, der sich der Überzeugungskraft dieses Programms ent-

¹ Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 7/8.

ziehen konnte und dagegen auftrat. Noch nie hat es eine ähnliche Versammlung gegeben. Viele fühlten hier zum erstenmal, daß man sich jetzt wieder ohne Furcht vor Gestapospitzeln und Verfolgungen über politische Fragen frei aussprechen konnte.

Als am Abend des 12. Juni die erste Nummer der „Deutschen Volkszeitung“ verteilt wurde, wurde die Zeitung den Verkäufern buchstäblich aus den Händen gerissen. Vor den Aushängekästen wurde über das große Programm des Aufbaus und der Überwindung der Spaltung diskutiert. Nicht nur Arbeiter, die am stärksten die Folgen der Spaltung gespürt hatten, nahmen den Aufruf mit großer Zustimmung auf, auch Handwerker, Kunstschaffende und andere begrüßten den neuen Weg der Einheit. So wurde der Aufruf zur Grundlage für die schnelle Belebung und Organisierung der politischen Kräfte in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone. Über seine wahrhaft historische Bedeutung wurde neun Jahre später im Rechenschaftsbericht an den IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gesagt:

„Das Aktionsprogramm der KPD vom Juni 1945, dem sich die SPD in ihrem Gründungsauf Ruf anschloß, wurde zur Grundlage für die Einigung der Arbeiterklasse, für das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und für die Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien.“¹

Die Landesgruppen der Sozialdemokratischen Partei gaben nach ihrer Bildung ebenfalls Aufrufe heraus. Im Aufruf der Landesgruppe Sachsen hieß es:

„Das schaffende Volk in seiner Gesamtheit muß zum Kampf gegen Faschismus, preußischen Militarismus und Reaktion aufgerufen werden. Es darf nie wieder gespalten sein. Es muß ein fester Block aller antifaschistischen demokratischen Parteien gebildet werden. Der Weg in eine bessere Zukunft ist nur in Zusammenarbeit aller antifaschistisch und antimilitaristisch gesinnten und damit aller anständig denkenden und anständig fühlenden Menschen möglich. Die Fehler der Vergangenheit hat das deutsche Volk teuer bezahlt, Generationen werden darunter noch zu leiden haben ...

... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat folgende grundlegende Forderungen aufgestellt:

¹ „Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 169.

Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes, seiner Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung;

Sicherung der Ernährung, Bereitstellung von Arbeitskräften und genossenschaftlicher Zusammenschluß der Landwirtschaft;

Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen;

Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften;

Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen;

volkstümlicher Kulturaufbau; Förderung von Kunst und Wissenschaft;

Neuregelung des Sozialrechtes, freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeitsrechtes, Einbeziehung aller arbeitenden Menschen in die Sozialversicherung;

Förderung der Wohnungsfürsorge und des Siedlungswesens, Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Großstädter;

Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen, Bodenschätze, der Bergwerk- und Energiewirtschaft, Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus;

Anpassung des Rechtes an die antifaschistisch-demokratische Staatsauffassung, staatlicher Schutz der Person, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers, Gesinnungs- und Religionsfreiheit, strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung...

... Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden. Wir bieten unsere Bruderhand allen, deren Losung ist: Kampf gegen den Faschismus und Militarismus, für die Freiheit des Volkes, für Demokratie und Sozialismus. Wir rufen das gesamte Volk zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates auf.¹

Der Aufruf war von Otto Buchwitz und anderen sozialdemokratischen Funktionären unterzeichnet.

Schon am 17. Juni 1945 bekannte sich der Zentralauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Führung von Otto Grotewohl zur Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Deutschlands auf der Grundlage des Aktionsprogramms der Kommunisten. Am 19. Juni wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuß

¹ „Dokumente der neuen Zeit“, Heft 1: Wege zur Demokratie, Dresden 1945, S. 20 ff.

aus je 5 Mitgliedern der zentralen Leitungen der beiden Arbeiterparteien gebildet und zur Schaffung ähnlicher Ausschüsse in den Kreisen und Ländern aufgefordert.

Die sozialdemokratischen Genossen gingen, wie Otto Grotewohl sagte, von folgender Beurteilung der Lage aus:

„Wir rufen zum Zeugen für die Reinheit des Einigungswillens den Geist und das Blut auf, das in den Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern und auf den Schafotten des „Dritten Reiches“ zusammenfloß. In Übereinstimmung mit diesem Willen darf Spaltungsmanövern und Sabotageversuchen an der Einheit kein Zoll Raum gewährt werden. Die organisatorische Vereinigung der deutschen Arbeiterbewegung und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft sind unser unverrückbares Ziel. Damit dürfte unser Verhältnis zur Bruderpartei (KPD) geklärt sein.“¹

Am 26. Juni formierte sich die Christlich-Demokratische Union und bekannte sich in ihrem Aufruf zum Aufbau einer Friedenswirtschaft und zur Bejahung der Blockpolitik. In ihrem Aufruf hieß es:

„In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei *Christlich-Demokratische Union Deutschlands* aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat . . .

Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Sie vermöchten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vernächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke, erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne, den Weg der Wiedergeburt zu gehen . . .

Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen . . .

Die größten Schwierigkeiten in unserem Volke zwingen uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen

¹ Otto Grotewohl, „Im Kampf um Deutschland“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 46.

und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das *Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit* geht allem voran. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden...¹

Am 5. Juli wurde die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands gegründet. In ihrem Gründungsaufwurf wird gefordert:

„Äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und Schande des Nationalsozialismus. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, sowie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen...“

Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf wahrhaft demokratischer Grundlage mit dem Ziele politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit...

Aufrichtige Mitarbeit an der Festigung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Einreihung Deutschlands in die Familie der Nationen. Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, den Krieg mit seinem Elend und Jammer aus dem Gemeinschaftsleben der Völker zu verbannen, damit das bestimmende ethische Gesetz für sie nicht das Recht der Macht, sondern die Macht des Rechts werde...

Schutz und Förderung jeder schaffenden Arbeit in Handwerk und Kunst, in Handel, Industrie und Landwirtschaft, in Büro und Werkstatt. Ungehinderter Zusammenschluß zu berufsständischer und gewerkschaftlicher Vertretung.

Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft, des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Die Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle ist nur gerechtfertigt, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet. Dies gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenanordnung...²

Diese vier Parteien schlossen sich am 14. Juli 1945 zum antifaschistischen Block zusammen und bildeten einen gemeinsamen

¹ „Dokumente der neuen Zeit“, Heft 1: Wege zur Demokratie, S. 23 ff.

² Ebenda, S. 27 ff.

Ausschuß aus 20 Mitgliedern. Im ersten Aufruf des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde erklärt:

„Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.“¹

Mit dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde die Idee der Volksfront zur Wirklichkeit, für die die Kommunistische Partei Deutschlands schon seit den Brüsseler Beschlüssen gekämpft hatte.² Feinde des deutschen Volkes sahen im Bekenntnis aller antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit ein Diktat der Kommunistischen Partei Deutschlands oder sogar der sowjetischen Besatzungsmacht. Dies zeigte nur, wie sehr die Feinde des Volkes gerade diese Zusammenarbeit fürchteten. Die Kommunistische Partei erklärte ausdrücklich, daß sie keinerlei Forderungen erhebe, die die selbständige Organisation dieser Parteien beeinträchtigen oder das Ansehen einer dieser in ihren Entschlüssen freien Parteien schädigen könnten.³

„Wir schlagen vor, überall über die zehn Punkte dieses Aktionsprogramms Aussprachen unter den Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken und Protestanten, Demokraten und Parteilosen zu veranstalten, erklären aber gleichzeitig, daß wir uns anderweitigen Vorschlägen gegenüber keinesfalls verschließen werden, sondern solche Vorschläge ernst und sachlich prüfen und sie billigen werden, sofern sie nur den Interessen des schaffenden Volkes, der Sache der Einheit dienen.“⁴

Um darüber hinaus die Unabhängigkeit der Entschliebung jeder Partei und der Gesamtinteressen der Bevölkerung zu sichern,

¹ Siehe im Anhang, S. 581.

² Auf der Parteikonferenz der KPD 1935 in Brüssel wurde die Politik der Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Volksfront zum Sturze des Hitlerregimes beschlossen.

³ Vgl. Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Bd. II, S. 8/9.

⁴ Ebenda, S. 8.

wurde beschlossen, daß im Block nur einstimmig entschieden werden konnte. Die Beschlüsse konnten also nur auf dem Wege der Überzeugung herbeigeführt werden. Wenn sich also die antifaschistisch-demokratischen Parteien auf der von der Kommunistischen Partei gegebenen Plattform zusammenschlossen und wenn die Gedanken, die die Kommunistische Partei Deutschlands und später die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands im Block vertrat, sehr oft angenommen wurden, so beruhte das nicht auf irgendwelchen organisatorischen Maßnahmen. Dies geschah, weil die Anregungen der Partei der Arbeiterklasse auf Grund der Kenntnis von den Gesetzen der Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft ausgearbeitet waren und daher den Lebensinteressen der deutschen Nation entsprachen. Niemand konnte und niemand kann sich solchen Anregungen verschließen, wenn er sein Volk liebt.

So überwiegend auch die Zustimmung zum Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands war, so gab es jedoch auch manche kritischen Äußerungen und Zweifelsfragen. Die einen meinten, der Aufruf gehe nicht weit genug, während andere wiederum daran zweifelten, ob die breite Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte möglich und richtig sei.

Viele Arbeiter fragten, warum nicht sofort eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse geschaffen wurde. Niemand wußte besser als die Kommunisten, daß das Schicksal von Volk und Nation von der Fähigkeit der Arbeiterklasse abhing, als Initiator des demokratischen Aufbaus zu wirken und ihre Einheit zu schmieden. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte stets die Spaltung als das größte Unglück der deutschen Arbeiterklasse erkannt und sich die Aufgabe gestellt,

„die Sehnsucht der deutschen Arbeiter nach der Schaffung einer einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen“¹.

Um die Arbeiterklasse wirklich zu einen, mußten jedoch erst die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Konnte man

¹ So heißt es zum Beispiel im Bericht der Berner Konferenz der KPD (Anfang 1939).

denn übersehen, daß in den zwölfteinhalb Jahren faschistischer Herrschaft das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter weitgehend verschüttet war? Der Faschismus hatte unter den Arbeitern zersetzend gewirkt und große Teile ihrer Vorhut vernichtet. Die Arbeiterfunktionäre hatten während der Hitlerzeit keine Möglichkeit, sich die fortschrittliche Wissenschaft anzueignen. Die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus war ihnen größtenteils unbekannt. Viele Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schleppten noch den Ballast reformistischer Denkweise und Arbeitsmethoden aus der Weimarer Zeit mit sich und hatten sich noch nicht zu einer freundschaftlichen Stellung gegenüber der sozialistischen Sowjetunion durchgerungen. Mancherlei Mißtrauen der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten und der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten mußte erst überwunden werden. Alle Unklarheiten wären in einer geeinten Partei sofort hervorgetreten, und die Partei hätte sich in Diskussionen darüber geschwächt. Bevor man sich organisatorisch vereinigte, mußte eine Klärung der ideologischen Fragen erfolgen. Deshalb war der Aufbau von KPD und SPD, die Schaffung eines stabilen Funktionärkörpers beider Parteien und die Vereinbarung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Leitungen im Zentrum, in den Ländern und in den Kreisen der richtige Weg, um sich zunächst in gemeinsamer Arbeit besser kennenzulernen und in kameradschaftlicher Diskussion der ideologischen Fragen die Voraussetzungen für die Vereinigung zu schaffen.

Viele Arbeiter verstanden damals auch nicht, warum sie für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung kämpfen sollten, und wollten, daß sofort der Sozialismus errichtet werde. Aber wie sollte dies angesichts der ideologischen Verwüstungen geschehen, die bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse gingen? Nichtproletarische Kräfte mit kleinbürgerlichen Vorurteilen waren in die Betriebe gekommen. Viele junge Arbeiter waren nach der zwölfjährigen Hitlerherrschaft noch nicht fähig, ihre Klassenlage zu erkennen. Nachdem die deutsche Arbeiterklasse in zwölfteinhalb Jahren faschistischer Herrschaft unterdrückt wurde und zurückgeblieben

war, war ein konsequenter Kampf um die Demokratie notwendig, um Faschismus und Reaktion auch ideologisch zu schlagen. In diesem Kampf aber mußte die Arbeiterklasse unter der ideologischen Führung der KPD ihr Klassenbewußtsein erhöhen und ihre Organisation bis zur einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse entwickeln und Erfahrungen in der Leitung von Verwaltung und Wirtschaft erwerben. Ohne eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse, die sich fest auf das wissenschaftliche Fundament des Marxismus-Leninismus stützte, war die Errichtung des Sozialismus unmöglich. Wenn die Kommunisten als die entschiedensten Kämpfer um die Demokratie auftraten, so geschah dies nicht aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern in Anwendung der tiefen theoretischen Erkenntnisse, die Marx, Engels, Lenin und Stalin dem internationalen Proletariat gegeben hatten.¹ Die Worte Lenins aus dem Jahre 1905:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß es in der gegenwärtigen Zeit ein anderes Mittel weder gibt noch geben kann, um den Sozialismus näherzubringen, als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik...“²

bezeichnen auch treffend die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1945.

Die Kommunisten warnten mit großem Ernst davor, gewisse Nachkriegerscheinungen, wie Rationierung und Rohstoffbewirtschaftung, als Sozialismus zu deklarieren, und traten dem Geschwätz entgegen, der Kapitalismus sei in Deutschland vernichtet, und man müsse nur seine Wiedererrichtung verhindern.

Die deutsche Arbeiterklasse hatte mit pseudo-sozialistischer Demagogie (seit Jahrzehnten) immer wieder bittere Erfahrungen gemacht. Auch jetzt bestand die Gefahr, daß mit scheinradikalen Phrasen das sozialistische Ideal diskreditiert und die Arbeiter von der Lösung ihrer wichtigsten antifaschistisch-demokratischen Aufgaben abgelenkt wurden.

¹ Vgl. hierzu Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 456-458 und 469.

² W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 507.

Nichts war gefährlicher als eine Unterschätzung der illegalen faschistischen Kräfte und der legal arbeitenden Helfershelfer der Reaktion. Nur in einem Teil Deutschlands wurden Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten aus den Betriebsleitungen entfernt, hatten aber den Kampf nicht aufgegeben. Im Westen waren die faschistischen Elemente in Betrieben und Verwaltungen noch immer die Herren. Man mußte den Arbeitern klar sagen, daß es zunächst noch Kapitalismus in Deutschland gab und daß die nächste Aufgabe darin bestand, den Faschismus und Militarismus auszurotten und die Monopolherrschaft zu beseitigen.

Viele Arbeiter kritisierten damals auch die von den Kommunisten vorgeschlagene Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien im antifaschistischen Block und sahen darin eine Fortsetzung der kompromittierten Koalitionspolitik der Weimarer Zeit. Aber jetzt gab es unter den bürgerlichen Parteien keine Deutschnationale Volkspartei oder Deutsche Volkspartei mehr, welche die wichtigsten Vertreter des Schwerindustrie- und Rüstungskapitals und die eigentlichen Einpeitscher des Faschismus gewesen waren. Die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei vertraten zwar eine bürgerliche Grundkonzeption, aber die großkapitalistischen Kräfte konnten in diesen Parteien nicht mehr den entscheidenden Einfluß ausüben. Die Christlich-Demokratische Union knüpfte an die Zentrumsparlei der Weimarer Republik an und wandte sich an christliche Kreise. Die Liberal-Demokratische Partei betonte mehr den wirtschaftlichen Liberalismus und knüpfte an die Deutsche Staatsparlei der Weimarer Republik an. Beide Parteien vereinigten in sich vorwiegend bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten. So unklar deren Vorstellungen über die künftige Gesellschaftsordnung auch sein mochten, so wünschten ihre durch den Hitlerkrieg aus ihrer gewohnten Lebensbahn herausgeworfenen Anhänger jedenfalls keine Wiederkehr von Faschismus und Militarismus. Hatte doch das deutsche Monopolkapital sich nicht nur als Todfeind der Arbeiterklasse und der Bauernschaft erwiesen, sondern hatte auch einen großen Teil der kleinen Unternehmer, der Handwerker, Bauern und der bürger-

lichen Intelligenz in den Ruin gestürzt. Unter diesen Umständen gaben die objektiven Klasseninteressen dieser bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten die Grundlage dafür, sich zum Kampf gegen die imperialistischen Verderber des deutschen Volkes mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Teile der Bauernschaft und der bürgerlichen Intelligenz erkannten, daß nur der konsequente antifaschistisch-demokratische Kampf und die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeiterklasse die Zukunft der Nation sichern konnten.

Mit der Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien begann ein reges politisches Leben. Diesen Parteien gehörten Menschen der verschiedensten sozialen Schichten an. Aus der Vergangenheit waren die Menschen mit verschiedenen reaktionären Ideologien behaftet, insbesondere die Hitlerzeit hatte ihre Spuren im Bewußtsein der Menschen hinterlassen. In den neugebildeten bürgerlichen Parteien und Massenorganisationen begann der politische Kampf um die Lehren aus der Vergangenheit und um Weg und Ziel der weiteren Entwicklung in Deutschland. Das Neue an der Lage in den bürgerlichen Parteien bestand darin, daß das Monopolkapital nicht mehr imstande war, einen direkten wirtschaftlichen und politischen Druck auf diese kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kreise auszuüben.

In der damaligen Zeit stand auch in der sowjetischen Besatzungszone die Frage „Wer – wen?“. Wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern die führende Rolle im staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau in die Hände nehmen, oder werden die Kräfte der Restauration in ähnlicher Weise wie nach 1918 das politische Übergewicht bekommen? Die Interessenvertreter des Monopolkapitals hatten damals noch wichtige Positionen in der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone in den Händen. Herr Dr. Friedensburg, ein Vertreter der Kohlenkonzerne, leitete damals den Kohlengroßhandel. Der frühere Handelsminister aus der Weimarer Zeit, Dr. Schreiber, der früher der großkapitalistischen Deutschen Volkspartei angehört hatte, versuchte die Politik der Restauration in der Leitung der Liberal-Demokratischen Partei

durchzusetzen. Dr. Hermes, der in der Weimarer Zeit Landwirtschaftsminister war, bemühte sich, die Bodenreform zu verhindern. Jakob Kaiser, einer der Führer der christlichen Gewerkschaften, der aus der München-Gladbacher Jesuitenschule hervorgegangen war, suchte den bürgerlich-kapitalistischen Einfluß in die neugegründeten Gewerkschaften zu tragen. Ernst Lemmer, der ehemalige Führer der bürgerlich-liberalen Angestelltenorganisation namens Hirsch-Duncker, der gute Beziehungen zu ausländischen Nachrichtenapparaten besaß, versuchte ebenso wie Kaiser die Enteignung der Großbetriebe der Kriegsverbrecher zu verhindern. Sich der neuen politischen Lage anpassend, traten diese reaktionären Kräfte unter der Maske von Demokraten auf.

Nur indem die beiden Arbeiterparteien die Aktionseinheit herstellten und ihre ganze Kraft auf die Schaffung der neuen Verwaltungsorgane und die Ingangbringung der Wirtschaft konzentrierten, indem sie alle demokratischen Kräfte zur Mitarbeit heranzogen, wurde die Arbeiterklasse befähigt, die Führung im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in ihre Hände zu nehmen. Die bürgerlich-demokratischen Kräfte in den bürgerlichen Parteien nahmen aktiv am Aufbau teil. Ihre Zusammenarbeit mit den Parteien der Arbeiterklasse half diesen Kräften, zu erreichen, daß die bürgerlichen Parteien die neuen Aufgaben des demokratischen Aufbaus erkannten und sich von Verteidigern der Großkonzerne und Großgrundbesitzer, wie Friedensburg, Kaiser u. a., trennten. Es gab genügend weitsichtige Demokraten und Patrioten in den beiden bürgerlichen Parteien, die verstanden, daß allein die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse die Entwicklung des demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands garantiert.

So leitete der frühere Justizminister der Weimarer Zeit, Dr. Schiffer, lange Zeit die Zentralverwaltung für Justiz in der sowjetischen Besatzungszone. Der frühere Landeshauptmann Dr. Hübener stellte sich als Ministerpräsident für das Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung. Der frühere Bürgermeister von Dresden, Dr. Külz, hielt als Vorsitzender der Liberal-Demokrati-

schen Partei gegenüber allen Spaltungsmanövern der Reaktionäre an der Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterklasse fest. Der frühere demokratische Redakteur Otto Nuschke bewährte sich als wirklicher Patriot und Freund des Fortschritts. Dr. Johannes Dieckmann, einer der Führer der Liberal-Demokratischen Partei, leistete bedeutende Arbeit für den Neuaufbau der Heimat.

*

Einen sichtbaren Ausdruck fand die neue Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte in den Landesverwaltungen (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg) und den Provinzialverwaltungen (Sachsen-Anhalt und Brandenburg), die auf Vorschlag der Blockparteien durch den Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland im Juli 1945 bestätigt wurden.

Um die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben zu ermöglichen, insbesondere um alle Kräfte für die schnelle und verlustlose Einbringung der Ernte zu mobilisieren, die Ernährung der Industriezentren und Großstädte zu sichern und festen Kurs auf die Lösung der grundlegenden Fragen der Bodenreform und der Entmachtung der Monopolherren zu nehmen, war die Bildung von staatlichen Organen in den Ländern und Provinzen notwendig. Stadt und Land mußten fest miteinander verbunden und das ganze von der Atomisierung bedrohte Gefüge der Wirtschaft wieder zusammengefaßt werden. Um die Landesverwaltungen dazu zu befähigen, übertrug ihnen der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland die gesetzgebende und richterliche Gewalt für ihr Gebiet im Rahmen der vom Kontrollrat und der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland gegebenen Weisungen. Die Kontrolle der Provinzial- und Landesverwaltungen sowie die Regelung aller Fragen für das gesamte sowjetische Besatzungsgebiet blieb der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vorbehalten. Später wurden die ursprünglichen Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt in Länder verwandelt und die Provinzial- und Landesverwaltungen einheitlich in Landesregierungen mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze umbenannt. Im

übrigen blieb die damit gegebene territorial-administrative Einteilung in der sowjetischen Besatzungszone bis zum Jahre 1952 bestehen.

Die Präsidenten der Landesverwaltungen waren ausnahmslos sozialdemokratische oder bürgerliche Politiker.¹ An ihrer Seite arbeiteten Kommunisten und Parteilose als Stellvertreter. Kommunisten, wie zum Beispiel Kurt Fischer und Edwin Hoernle, Heiner Rau, Hans Warnke, Werner Eggerath, Bernhard Koenen, trugen den Geist und die Tatkraft des revolutionären Kämpfertums in die Landesverwaltungen und gaben ihren Maßnahmen Schwung und Konsequenz. Natürlich war es nicht immer leicht, die Meinung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Vergangenheit auf einen Nenner zu bringen. Aber die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte basierte auf dem Block der demokratischen Parteien. Grundsätzliche Fragen wurden den Blockausschüssen vorgelegt, wo – manchmal nach heißen Diskussionen – ein gemeinsamer Standpunkt erarbeitet wurde. Gerade die Zusammensetzung und die Arbeit der Landesverwaltungen zeigte den Werktätigen eindringlich den Unterschied zur Lage nach 1918. Während damals die Reaktion über die Staatsmacht verfügte, um die Arbeiter zu knebeln, waren jetzt Vertreter der Arbeiterklasse in den staatlichen Organen führend tätig und bewiesen, daß die Zusammenarbeit mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Demokraten möglich war und fruchtbare Ergebnisse für das werktätige Volk brachte.

¹ Zu Präsidenten wurden ernannt: In Sachsen der Oberbürgermeister von Dresden, der Sozialdemokrat Dr. Rudolf Friedrichs; in Mecklenburg der sozialdemokratische frühere Präsident des mecklenburgischen Landtages, Wilhelm Höcker; in Brandenburg der sozialdemokratische frühere stellvertretende Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Steinhoff; in Sachsen-Anhalt der frühere demokratische Landeshauptmann Dr. Hübener und in Thüringen der frühere Direktor der Geraer Elektrizitätswerke, Dr. Paul. Von den Genannten erwies sich nur Dr. Paul als des geschenkten Vertrauens unwürdig. Er hatte sich die Anerkennung als Opfer des Faschismus erschlichen und in engster Verbindung mit den Amerikanern in deren Auftrag den Abzug von Spezialisten, besonders von Siemens in Gera organisiert.

Die Lage in der Landwirtschaft nach Kriegsende

Die deutsche Landwirtschaft lag 1945 schwer danieder. Zwölf Jahre faschistische Zwangsherrschaft, langjährige Aufrüstung und fast sechs Jahre Krieg zeigten ihre Folgen. Die Naziorganisation des Reichsnährstandes hatte die werktätigen Bauern der Willkür der Junker und Großbauern ausgeliefert, die als „Bauernführer“ das Dorf kommandierten. Wer nicht zur privilegierten Schicht der „Erbhofbauern“ gehörte, durfte sich nicht einmal mehr Bauer nennen. Viele Bauernsöhne glaubten an die trügerischen Versprechungen auf Boden fern im Osten. Unter der Losung „Kampf um Lebensraum“ verstand es der Hitlerfaschismus, einen bedeutenden Teil der Bauern und Landarbeiter für seine Kriegspolitik zu gewinnen. Die Lage der werktätigen Bauern verschlechterte sich jedoch im Verlaufe des Krieges immer mehr. Viele Bauern verloren die Existenz. Die Ausbeutung der Landarbeiter wurde verschärft. Die „Erzeugungsschlachten“ der Vorkriegsjahre waren infolge der Autarkiebestrebungen und Kriegsvorbereitungen des deutschen Faschismus Raubbau am Boden und an der Substanz der Landwirtschaft.

Seit Kriegsbeginn wurden aus der Landwirtschaft immer mehr Arbeitskräfte und Zugkräfte herausgesogen. Die Verpflichtung zur totalen Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte nahm den Bauern den Anreiz zur Steigerung der Erträge; Geldeinnahmen reizten wenig, weil dafür immer weniger Industrieprodukte käuflich waren. Immer weniger Betriebsmittel, wie Dünger, Geräte, Zugmaschinen, Futtermittel u. a., standen zur Verfügung. Der vorhandene Maschinenbestand veraltete und nutzte sich ab. So sank schon während der ersten Kriegsjahre die Produktion sehr erheblich. Die Anbauflächen gingen zurück, die Viehbestände verminderten sich, die Hektarerträge sanken. Die Folgen der faschistischen Agrarpolitik und der Kriegswirtschaft führten zu einem Tiefstand in der landwirtschaftlichen Erzeugung und zu einer Ernährungs-krise. Hitlerdeutschland überbrückte seine Ernährungsprobleme

nur durch die Ausraubung der besetzten Länder, deren Bevölkerung bewußt dem Hungertode ausgesetzt wurde.

In den landwirtschaftlichen Gebieten, die gegen Ende des Krieges zum Schlachtfeld wurden, waren große Flächen verwüstet. Ende März 1945, den Untergang vor Augen, erließen die Hitlerfaschisten den Befehl, das Nutzvieh massenweise abzuschlachten. Viele Gebäude und Maschinen wurden absichtlich zerstört. Die Nazis setzten so im Osten Deutschlands ihre „Politik der verbrannten Erde“ fort. Viele Junker und Großgrundbesitzer flohen nach dem Westen und nahmen Vieh, Traktoren, Maschinen und Vorräte mit. So machte sich am Ende des Krieges in der Landwirtschaft des deutschen Ostens ein starker Mangel an Produktionsmitteln bemerkbar. Dazu kam, daß es auch an arbeitsfähigen Menschen fehlte. In den kleinen Wirtschaften zeigte sich der Mangel an Arbeitskräften, da viele der männlichen Familienmitglieder dem Hitlerkrieg zum Opfer gefallen waren. Viele deutsche Landarbeiter waren gefallen, gefangen oder verwundet. Die nach Deutschland verschleppten ausländischen Zwangsarbeiter, mit denen während des Krieges die Produktion in den Großwirtschaften aufrechterhalten wurde, kehrten nach der Befreiung in ihre Länder zurück.

Nach dem Sturze des Hitlerfaschismus war das Vordringlichste, die Volksernährung zu garantieren und die Ernte und die Herbstbestellung zu sichern. Das betraf das Leben des ganzen Volkes. Dazu aber war ein harter Kampf gegen Faschisten, Junker und Spekulanten, ein Kampf um die Sicherstellung der vorhandenen Vorräte, die Bereitstellung von Arbeitskräften, Maschinen, Zugkräften und Saatgut nötig. Nur mit großer Kraftanstrengung der ganzen Bevölkerung konnten diese Fragen gelöst werden.

Die neuen demokratischen Organisationen und Selbstverwaltungsorgane standen hier vor einer großen Bewährungsprobe. Die faschistischen Zentralen waren zwar vernichtet, aber überall und vor allem auf dem Lande gab es noch viele Faschisten, die auf jede Art und Weise versuchten, die beginnende neue demokratische Entwicklung zu stören. Viele Volksfeinde glaubten sich auf dem

Lande tarnen und wie nach 1918 von dort aus den Kampf wieder beginnen zu können. Sie verbreiteten Flüsterparolen, versuchten die Bevölkerung in Panikstimmung zu versetzen und verleumdete die sowjetischen Besatzungstruppen. Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte säuberten die Dörfer von aktiven Nazisten und Militaristen und lösten die dort noch vorhandenen Organisationen des Reichsnährstandes auf.

Die neuen Selbstverwaltungsorgane des Dorfes wurden von aktiven Antifaschisten getragen. Viele Arbeiter gingen aufs Land, um den Kleinbauern und Landarbeitern zu helfen, demokratische Organe aufzubauen. In Versammlungen wurde der Landbevölkerung dargelegt, wer die Schuldigen am Krieg und an seinen Folgen sind und wie das deutsche Volk sich ein neues Leben aufbauen kann. Die bewußtesten und aktivsten der aus der Unterdrückung befreiten werktätigen Bauern und Landarbeiter erkannten bald, daß sie nun selbst im Dorfe bestimmen und in den Gemeindeverwaltungen entscheiden mußten. In dieser Zeit bestanden zunächst nur die unteren Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden und Kreisen. Eine zentrale Anleitung von deutscher Seite war erst im Entstehen. Deshalb kam es besonders auf die Initiative jedes einzelnen Bürgermeister, jedes Landrates an. Ihnen halfen die Ortskommandanten der Sowjetarmee, richtige Entscheidungen zu treffen und das Notwendigste zuerst in Angriff zu nehmen. An diese wandten sich vertrauensvoll auch die Bauern und Landarbeiter mit ihren Sorgen und Beschwerden.

Wie immer in Zeiten der Not blühten Spekulation und Schwarzhandel. Viele Lebensmittel wanderten auf den Schwarzen Markt und wurden so der allgemeinen Ernährung entzogen. Landwirtschaftliche Produkte standen hoch im Kurs und wurden gegen alles in der Stadt Entbehrliche „kompensiert“. Ein Zentner Weizen kostete 1000 Mark. Für ein Kleid konnte man kaum einen Rucksack Kartoffeln erhalten. Großbauern, Händler und andere spekulative Elemente füllten ihre Schränke und Truhen. Besonders die Dörfer in der Nähe größerer Städte waren von Hamsterern, Schiebern und Schleichhändlern überlaufen.

Um alle diese Probleme anzupacken und die Wurzeln der Reaktion auf dem Lande auszurotten, galt es vor allem, die Bauern und Landarbeiter selbst in Bewegung zu bringen. Die Bauern mußten an der Steigerung ihrer Produktion interessiert und zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden. Die Hunderttausende Landarbeiter mußten erkennen, daß die Zeit ihrer Knechtschaft und Not vorüber war. Sofortige, handgreifliche Veränderungen mußten der Dorfbevölkerung beweisen, daß eine neue Zeit begonnen hatte.

Um eine Grundlage für den Beginn der Veränderung der Lage in der Landwirtschaft zu schaffen, wurde die Ablieferungspflicht für landwirtschaftliche Produkte neu geregelt.

Schon bei seinen Beratungen in Berlin und Dresden hatte A. I. Mikojan darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelkatastrophe in Deutschland in hohem Maße durch die hitlerische Reichsnährstandpolitik verursacht war. In seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“ hatte er vorgeschlagen:

„Nach den in Deutschland bestehenden Gesetzen waren die Bauern verpflichtet, die gesamte Produktion der Landwirtschaft dem Staate abzuliefern bis auf den Teil, der für die Ernährung der Bauernfamilie und als Saatgut nach der von der Regierung festgelegten Norm übriggelassen wurde. Die Bauern durften nichts verkaufen – weder Brot noch Fett, Fleisch oder Kartoffeln. Natürlich konnte das die Bauern zur Produktionssteigerung nicht stimulieren. Damit Deutschland seine Städte ernähren konnte, sollte man den Bauern erlauben, nach Ablieferung der von der Regierung verlangten Produktionsmenge den Rest auf dem Markte frei zu verkaufen.“¹

Kommunisten, die auf das Land hinausfuhren und mit den Bauern sprachen, hörten immer wieder die Klage: „Hitler hat uns nichts gelassen“, „Wir hatten auf unserem Hof nichts mehr zu bestimmen“. Die Bauern waren froh, daß der Reichsnährstand verschwunden und die Nazis aus den Gemeindeverwaltungen und Landratsämtern entfernt waren, aber sie fragten mit Recht: Wie

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 22. Mai 1945.

steht es mit der Ablieferungspflicht, wie steht es mit den Preisen, und wie steht es mit der Lieferung von Bedarfsgegenständen aus der Stadt? Worin unterscheidet sich die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung von der Naziherrschaft? Angesichts der bevorstehenden Ernte war es dringend notwendig, diese Fragen schnell und überzeugend zu beantworten.¹

Sowjetoffiziere und Kommunisten fuhren ins Dorf, um mit den Bauern, den Vertretern der Landwirtschaftsgenossenschaften und der Mühlenbesitzer zu beraten, wie die Ordnung der landwirtschaftlichen Produktion, der Ablieferung und der Preisgestaltung aussehen müßte, damit sie den Interessen der Bauern entsprach und es ermöglichte, der Bevölkerung mehr Nahrungsmittel zu geben.

Aus den Beratungen mit deutschen Antifaschisten zog die Sowjetische Militärverwaltung in einem Befehl vom 18. Juni 1945 die Schlußfolgerungen. Das Wesen der neuen Regelung bestand darin, die Ablieferungspflicht zu festen Preisen auf einen Teil der Agrarprodukte zu beschränken und so festzulegen, daß dem Bauern bei guter Arbeit ein Überschuß blieb, über den er frei verfügen konnte. Für diese sogenannten „freien Spitzen“ wurde der freie Handel bei freien Preisen gestattet. Für die Höhe der Pflichtablieferungen wurde neben der Güte des Bodens die soziale Lage der Wirtschaften weitgehend berücksichtigt: kleine Bauernwirtschaften hatten weniger abzuliefern als mittlere, mittlere Wirtschaften weniger als Großbauern. Für kinderreiche Kleinbauernwirtschaften wurden die Normen herabgesetzt, Höfe von Invaliden und alten Bauern ohne fremde Arbeitskräfte blieben von der Pflichtablieferung frei. Dieses neue System interessierte die Bauern an der Steigerung der Produktion. Je mehr überschüssige Produkte sie auf den Markt brachten, um so mehr konnte auch die übrige Bevölkerung zusätzlich zu den Kartenrationen auf dem Markt kaufen. Deshalb entsprach diese Neuregelung den Interessen der Bauern und brachte in ihrer Auswirkung auch der gesamten Bevölkerung Vorteile.

¹ Siehe Walter Ulbricht, „Kommunisten und Bauern“, in „Deutsche Volkszeitung“ vom 25. Juli 1945.

Gegen diese großzügige neue Bauernpolitik wurden damals mancherlei Einwände erhoben. Manche Arbeiter zum Beispiel wiesen auf die Gefahr von Preissteigerungen hin. Das war in der Tat eine reale Gefahr. Aber gerade das Interesse der Bauern an der Hebung ihrer Produktion führte zu einer Sicherung der kartenmäßigen Versorgung, und die Zulassung des freien Marktes hinderte den Schwarzen Markt. Zwangsmaßnahmen konnten den Bauern nicht für das Neue gewinnen, und keine Staatsgewalt wäre imstande gewesen, etwa eine vollständige Beschlagnahme der bäuerlichen Produkte ernsthaft durchzuführen. Die Kommunisten waren sich auch durchaus bewußt, daß eine solche neue Agrarpolitik die Folgen der Naziwirtschaft im Dorfe nicht sofort überwinden konnte. Aber sie erhöhte sofort die Arbeitsfreude der Bauern an der verlustlosen und raschen Einbringung der Ernte; denn der Bauer hatte jetzt selbst wieder den Nutzen seiner Arbeit und konnte wieder auf seinem Hof bestimmen. Dadurch kamen mehr Agrarprodukte auf den Markt, was für die ganze Bevölkerung von Nutzen war.

Bei dem neuen System der Ablieferung ging es aber um weit mehr. Deutschland als überwiegendes Industrieland hatte früher nur einen Teil der notwendigen Lebensmittel selbst produziert. In ganz Europa hatte der Hitlerkrieg eine solche Ernährungskrise verursacht, daß mit baldigen Importen nicht zu rechnen war, ganz abgesehen davon, daß auch die Industrieproduktion zusammengebrochen war, aus der allein die Einfuhr hätte finanziert werden können. Um die deutsche Volkswirtschaft wiederherzustellen, gab es für das deutsche Volk nur einen Ausweg: die eigene Kraft entfalten. Die Geschichte des Sowjetvolkes zeigt, wie ein Volk solche gewaltige Aufgabe, wie es die Wiederherstellung der Volkswirtschaft ist, aus eigener Kraft anpacken muß. Beginnen konnte man das nur, wenn man verstand,

„die werktätigen Bauern wirtschaftlich für eine rasche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu interessieren, um die Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln und die Industrie mit Rohstoffen versorgen zu können“¹.

¹ „Politische Ökonomie. Lehrbuch“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 380/381.

Erst als in den Betrieben mehr Waren erzeugt wurden, konnte sich auf dieser Grundlage ein geregelter Warenaustausch zwischen Stadt und Land entwickeln, und gleichzeitig damit konnten die Grundlagen für solche ökonomischen Beziehungen zwischen Stadt und Land entstehen, die der Entwicklung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern dienten. Der erste Schritt zu diesem Bündnis war nach der Befreiung der Bauern von der Not des Hitlerkrieges und von den Zwangsmaßnahmen des faschistischen Reichsnährstandes die Herbeiführung eines geregelten Warenaustausches zwischen Stadt und Land. Im neuen System der Ablieferung kündete sich eine prinzipielle Wendung in der Bauernpolitik an. Sie differenzierte gerecht zwischen Kleinbauern-, Mittelbauern- und Großbauernwirtschaften und ließ klar erkennen, daß die neue, demokratische Bauernpolitik nicht von den Interessen der Großgrundbesitzer und Großbauern ausging, sondern bewußt den Interessen der werktätigen Bauernmasse diente.

So vereinte sich in dieser Maßnahme das Bestreben, die Bedürfnisse des Augenblicks zu erfüllen, mit der Zielsetzung, bewußt eine der Grundlagen für die demokratische Entwicklung zu schaffen. Es kam auch hier darauf an, Lösungen zu finden, die Brücken in eine freie, wohlhabende Zukunft bildeten, und nicht solche, die die Zukunft des Volkes mit einer schweren Hypothek belasteten. Wenn das deutsche Volk dabei die Lehren des revolutionären Kampfes des großen Sowjetvolkes und anderer Völker berücksichtigte, so bedeutete das lernen, wie Völker aus eigener Kraft Freiheit und Wohlstand erkämpfen können.

Das neue Ablieferungssystem erwies sich tatsächlich als einer der Bausteine der neuen Demokratie. Auf dieser ökonomischen Grundlage hat sich im Zusammenhang mit der gründlichen Umgestaltung der Landwirtschaft durch die demokratische Bodenreform und unter ständiger Unterstützung der Arbeiter das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern entwickelt. Die Begrenzung der Pflichtablieferung und der freie Handel mit den freien Spitzen bewährten sich auch im Kampf gegen Spekulation und Schwarzhandel. Die Bauern waren immer weniger daran inter-

essiert, die gesetzlichen Bestimmungen zu verletzen. Dies ersparte es den neuen demokratischen Verwaltungsorganen, sich dadurch zu kompromittieren, daß sie sich die auf die Dauer unlösbare Aufgabe stellten, mit Zwang durchzusetzen, was ökonomischen Gesetzen zuwiderlief.

Auf der Grundlage dieser Politik, die in ihrem Prinzip bis heute unverändert geblieben ist, wuchs in der sowjetischen Besatzungszone die landwirtschaftliche Produktion von Jahr zu Jahr und versorgte die Bevölkerung der Städte, wenn auch unter Schwierigkeiten, so doch einigermaßen regelmäßig mit den notwendigsten Lebensmitteln. In Westdeutschland dagegen blieb die nazistische Reichsnährstandpolitik bis 1948 bestehen. Darin lag eine der wesentlichsten Ursachen, daß die Hungerkatastrophe viel langsamer überwunden wurde, die Kartenrationen weit unter denen der sowjetischen Besatzungszone lagen und oft nur teilweise beliefert wurden. Noch 1948 produzierten die westdeutschen Bauern fast nur für den Schwarzen Markt. Die Zeitungen, insbesondere die der SPD, sahen in verschärften Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern die einzige Lösung.

Die neuen Ablieferungsbestimmungen kamen in der sowjetischen Besatzungszone zur rechten Zeit, um unter den Bauern eine günstige Atmosphäre für die Erntearbeiten zu schaffen. Es war von vornherein klar, daß die Bauern bei dem Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, Transportmitteln und Erntegeräten aller Art nicht imstande sein würden, die Ernte schnell und ohne Verluste allein einzubringen. Diese erste Friedensernte mußte daher zur Sache des ganzen schaffenden Volkes gemacht werden. Diese Aufgabe konnte nur durch gegenseitige Hilfsmaßnahmen und Gemeinschaftsarbeit gelöst werden. Die Zeitungen dieser Tage legen Zeugnis davon ab, mit welchem Verantwortungsbewußtsein die demokratischen Kräfte an die Arbeit gingen. Parteien, Gewerkschaften und der antifaschistische Block riefen zur schnellen Einbringung der Ernte auf. Besonders die Kommunisten konzentrierten in diesen Wochen die ganze Kraft ihrer Partei auf die Einbringung der Ernte. Die Bauern sahen ein, daß gerade die Kommu-

nisten den richtigen Weg zeigten, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Auch die Bauern selbst ergriffen die Initiative, in gemeinsamer Arbeit ihre Felder abzuernten. Es bildeten sich in vielen Orten Ernteausschüsse, Bauernkomitees, Ernteräte usw. Ihre Aufgabe war: restloses, gemeinschaftliches Einsetzen der vorhandenen Pferde, des Maschinenparks und der Arbeitskräfte.

In den Städten wurden die Arbeiter und Hausfrauen mobilisiert. Auch die Umsiedler halfen. Antifaschistische Aktive gewannen die Arbeiter in den Städten für die Ernteeinsätze. Die Arbeiter und die demokratischen Verwaltungen stellten dem Dorf nicht nur Arbeitskräfte, sondern brachten auch in der Stadt entbehrliche Traktoren, Autos und Wagen mit. In der Stadt stellten sich die Betriebe auf die Reparatur von Erntemaschinen und die Produktion von Erntegeräten um. Die Gewerkschaft der Berliner Metallarbeiter erklärte in einem Aufruf:

„Jede Ähre bedeutet Brot und muß auf dem schnellsten Wege eingebracht werden. Dem Bauern und Landarbeiter mangelt es an den dazu notwendigen Geräten; Sensen, Sicheln, Hacken, Spaten und sonstige Werkzeuge werden dringendst gebraucht. Wir Metallarbeiter Berlins können und müssen dabei mithelfen.

Wir fordern die Metallarbeiter der Berliner Metallbetriebe auf, in ihren Betrieben sofort zu überprüfen, welche Möglichkeiten zur Herstellung dieser Werkzeuge vorhanden sind...

Des weiteren werden Schraubenschlüssel, Hämmer, Schraubenzieher und sonstige Werkzeuge für landwirtschaftliche Maschinen benötigt.“

Reparaturkolonnen der Arbeiter gingen aufs Land und halfen, nichteinsatzfähige Landmaschinen und andere Geräte zu reparieren. In einzelnen Kreisen wurden „Spürkommandos“ aufgestellt, die frei herumliegende reparaturfähige Trecker und Lastwagen zusammenholten und sie wieder in Gang brachten. Wo Maschinen nicht vorhanden waren, wurde die Mahd, sobald das Getreide reif war, mit Sensen und sogar mit Handsicheln begonnen.

Die sowjetischen Bauern im Soldatenrock halfen in großen Gemeinschaftsaktionen mit ihren Erfahrungen und trieben die Sache voran. Durch einen Sonderbefehl des Obersten Chefs der Sowje-

Sozialistische Zentralorgan

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

1. Jahrgang

Nummer 25

Nocheinmal zur Flüchtlingsfrage

Wir haben bereits in der geringen Nummer unserer Zeitung zu dieser so brandaktuellen und ersten Angelegenheit Stellung genommen. Dabei wurden von uns folgende Maßnahmen zur Lösung des Flüchtlingsproblems in der Vordergrund gestellt:

Die Erklärungen, die bereits vor Monaten als Demonstration aus den Großstädten oder als Trübsalge aus dem südlichen Gebirge abgezogen sind und inzwischen in mildredenden Gebirgen eine Entschuldigungsverdrehung vorfindet, ermahnt man Ort und Stelle zu bleiben.

Die vielen Zehntausende, die gegenwärtig auf den Landstrassen verstreut sind und oft von Osten nach Westen, sind dann wieder in ungerichteter Richtung abziehen, müssen jetzt schrittweise den relativ am dünnsten besiedelten Agrargebieten angelockt werden. Diese wichtigen Arbeitnehmer sind vor allem Pommeren, wirtsch. Erbe der Ober- und des Land-Mittelbergs. Auch die Provinz Brandenburg kann, besonders in ihrem südlichen Teil, eine namenhafte Zahl Flüchtlinge aufnehmen. An Ort und Stelle angekommen, sollen alle arbeitsfähigen Flüchtlinge ebenfalls sofort, Einzelweise registriert werden.

Auf keinen Fall können Flüchtlinge in den riesigen Großstädten, wie Berlin oder Dresden, Anflüsse finden, da hier für sie weder Unterkunft, noch Nahrung und Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Auf dem Wege in die Arbeitsgebiete sollen die Flüchtlingszentren wieder eingerichtet werden, die Großstädte und Industrieregionen entlastet werden.

Wir empfehlen in dieser Sache noch eine Zuschrift an den Magistrat Berlin, die wir der Wichtigkeit der Angelegenheit wegen heute veröffentlichen. In dieser Zuschrift heißt es:

Das erste Gebot der antifaschistischen, demokratischen Kräfte:

Rasche Erntehilfe tut not!

Beratet überall über gemeinsame Maßnahmen um den Bauern und damit dem ganzen Volke zu helfen!

Kürzlich sprach ich mit Bauern über die Einbringung der Ernte. Sie berichteten über alle möglichen Schwierigkeiten. Kein Zweifel! Die Katastrophe, in die der Nachbar unsere Heimat gestürzt hat, ist im ersten Moment für die Bauern ein unvorstellbares Verhängnis. Sie sind dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Sie sind dem Hunger und der Kälte preisgegeben, das normale Leben im Dorfe wieder herzustellen, damit die Versorgung der Bevölkerung und der Bevölkerung sichergestellt wird.

Der Schluß einer ersten Ordnung ist vor allem die Sicherung der Dörfer vor dem Hunger. Die ersten Schritte der Dörfer sind die Arbeit der Arbeiter und der Arbeiter auf den Bauern.

Der Bauer fragt: Ist es jetzt soweit, daß nicht mehr so schlagartig wird, sondern die landwirtschaftlichen Erntehilfen rascher werden? Wie wird künftig die Arbeit der Erntehilfen? Kann ich wieder frei auf dem Markt verkaufen? Wie kann ich Bürger und handwerkliche Ernte bekommen? Können die von Hitler ruinieren Dörfer und Gemeinden wieder bekommen? Kann ich meine Arbeit und meine Ernte bekommen? Auf diese Fragen müssen die Antifaschisten klar und eindeutig antworten. Die Antifaschisten sollen im Dorf gehen

Sicherheit des freien Verkehrs auf dem Markt gewährleistet sei, im Dorfe darf nur ein solcher Mann eingebunden werden, der sich bemüht, eine gerechte demokratische Ordnung einzuführen, und der das Vertrauen der Bauern besitzt.

Was geschieht mit der Ernte des Bauern?

Der Bauer hat völlig recht, diese Frage nie aus dem Auge zu lassen, denn die Nazis haben Jahr für Jahr seine Ernte beschlagnahmt und ihn gezwungen, sie zu verkaufen. Der Bauer über seine Pflichterfüllung hinaus einen Teil seiner Erntehilfe auf dem freien Markt verkaufen kann. Er wird also durch die Selbstverwaltung in der Provinz, Kreis und Ort im Einklang mit der Besatzungsbehörde ein Abfertigungsgeld pro Hektar festgesetzt. Dieses soll so bemessen sein, daß der Bauer über eine gesunde Menge Produkte verfügt, um seine Familie zu ernähren und die Ernte zu verkaufen.

Der Bauer hat die Erlaubnis, die Abfertigungsgelder zu verwenden, um seine Ernte zu verkaufen, um seine Ernte zu verkaufen, um seine Ernte zu verkaufen. Während sein Abfertigungsgeld zu den bestmöglichen Preisen abgenommen wird, kann der Bauer

Wie ist technische Hilfe für die Landwirtschaft möglich?

Der Kapitalismus hat durch seinen Vertriebsstreben die landwirtschaftlichen Geräte in vielen Ländern Europas zerstört. Dadurch, daß die deutsche Arme den Krieg auch noch auf deutschem Boden geführt hat, werden viele landwirtschaftlichen Geräte vernichtet. Jetzt müssen alle Mittel rasch zusammengestellt werden, um alle zerstörten landwirtschaftlichen Geräte wieder aufzubauen. Es ist notwendig, die zerstörten Geräte zu reparieren. Aus dieser Reihe von Krisen müssen sich solche Anforderungen an die Antifaschisten

kann man selbstverständlich nicht von einem „Juden-Markt“ sprechen, und mit Recht wird der „Juden-Markt“ als ein Gebot der Antifaschisten betrachtet, von der Gegenwart her zu verstehen. Sie sehen nicht das wichtigste, das der Bauer durch die Möglichkeit des Verkaufes auf dem freien Markt erzielt wird, mehr landwirtschaftliche Produkte anzubieten und auf den Markt zu bringen. Die Preissteigerungen auf dem freien Markt kann man überbrücken, wenn die Arbeiter genügend Waren für den Handel zu bekommen. Preissteigerungen auf dem freien Markt können überbrückt werden, wenn die Arbeiter genügend Waren für den Handel zu bekommen.

Wie ist technische Hilfe für die Landwirtschaft möglich? Der Kapitalismus hat durch seinen Vertriebsstreben die landwirtschaftlichen Geräte in vielen Ländern Europas zerstört. Dadurch, daß die deutsche Arme den Krieg auch noch auf deutschem Boden geführt hat, werden viele landwirtschaftlichen Geräte vernichtet. Jetzt müssen alle Mittel rasch zusammengestellt werden, um alle zerstörten landwirtschaftlichen Geräte wieder aufzubauen. Es ist notwendig, die zerstörten Geräte zu reparieren. Aus dieser Reihe von Krisen müssen sich solche Anforderungen an die Antifaschisten

tischen Militärverwaltung, Marschall Shukow, wurden 11200 Tonnen Benzin zur Ernteeinbringung und zum Drusch bereitgestellt. In diesem ersten großen Werk des Friedens, dem sich die deutsche Bevölkerung zuwandte, zeigte sich die Kraft des Volkes. In einem Bericht aus dem Kreise Neuruppin, wo Tausende Menschen aus Berlin-Steglitz als Erntehelfer eingesetzt waren, hieß es:

„Bei unseren Kontrollfahrten durch das Einsatzgebiet der Steglitzer Erntehilfskräfte und bei Rücksprachen mit den zuständigen Bauern sehen wir uns immer wieder vor die erfreuliche Tatsache eines guten Ernteergebnisses gestellt. Es ist der unmöglich scheinende Erfolg gelungen, die gesamte Roggenernte des Kreises innerhalb einer Woche sicherzustellen. Im Hinblick auf die anfangs chaotischen Zustände und die damit verbundenen scheinbar unüberbrückbaren Schwierigkeiten ist ein hervorragendes Ergebnis erzielt worden. Innerhalb dieser Erntearbeit steht der dem Steglitzer Arbeitsamt zugewiesene Bezirk Neustadt an erster Stelle im Kreise Neuruppin...

Diese Erfolge sind auf die neuen erstmaligen Arbeitsmethoden zurückzuführen. Es handelt sich ausschließlich um Gemeinschaftsarbeit, die sich nicht nur über ein Dorf, sondern über den ganzen Bezirk erstreckt. Da eine der größten Schwierigkeiten durch den Mangel an Maschinen hervorgerufen wurde, stellten die Bauern leihweise die noch vorhandenen Erntemaschinen aus mehreren Dörfern gemeinsam den einzelnen Arbeitsstätten nacheinander zur Verfügung. Das förderte den Erfolg erheblich.

Das Getreide wird jetzt durch schichtweise Ablösung ununterbrochen Tag und Nacht ausgedroschen und die Stoppelfelder umgepflügt. Das Ende der übrigen täglichen Arbeitszeit wird einzig durch das Untergehen der Sonne bestimmt. In dieser Haltung zeigt sich auch hier auf dem Lande der Wille zum neuen Aufbau...

Stadt und Land haben sich in kameradschaftlicher Arbeitsgemeinschaft die Hände gereicht.“¹

Am 29. August² konnte der erste zusammenfassende Bericht über die Ergebnisse der Ernte von Getreide und Ölkulturen veröffentlicht werden. Trotz der schlechten Witterung waren Getreide und Ölfrüchte schon am 20. August 1945 fast völlig eingebracht. Es stand nur noch die Ernte von einem Zehntel der Fläche mit Spätsaaten aus.

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 12. August 1945.

² Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 29. August 1945.

Das war ein bedeutender Erfolg der demokratischen Kräfte, die damit ihre erste große Bewährungsprobe bestanden hatten. Über die wirtschaftliche Seite hinaus ragt die gewaltige politische Bedeutung. Es war nicht nur das Brot gesichert, die neuen demokratischen Organisationen und Verwaltungen hatten sich auch als fähig erwiesen, große Aktionen zu leiten; das Vertrauen der Massen zu ihnen war gestiegen. Neu war, daß sich im Dorf – angeregt durch die Arbeiter aus der Stadt – die ersten Formen der gegenseitigen Hilfe der Bauern untereinander entwickelt und bewährt hatten. Neu war die Schaffung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Dabei war es den Kommunisten gelungen, das Mißtrauen der Bevölkerung zu überwinden und mit überragender Initiative die Ernte zu organisieren.

Zu den Versammlungen, in denen die Kommunisten über die Ernte sprachen, kamen Tausende von Bauern. In Dahme waren es mehr als 3000 Menschen, in Baruth kamen die Bauern auf ihren Leiterwagen auch aus den umliegenden Dörfern, um zu hören, wie die Kommunisten zu den Bauern stehen. Aus einer Versammlung in Malchow wurde berichtet:

„Unter den Männern und Frauen, die erschienen, befand sich mancher und manche, die uns Kommunisten zunächst zum mindesten mit Zweifeln begegneten. Die Arbeit unserer Genossen hat das Mißtrauen besiegt. Ja, der Verlauf der Aussprache beweist darüber hinaus, wie sie sich von unserem antifaschistischen Aufbauwillen mitgerissen fühlen. Ob es sich darum handelt, einer alleinstehenden Bäuerin mit einem Grasmäher auszuhelfen, einem anderen Hof, der seine Pferde verloren hat, ein Gespann zur Verfügung zu stellen, bereits geplante Arbeiten zu verlegen, damit die vorhandenen Kräfte und Wagen besser ausgenützt werden – für jede Frage, die auftaucht, wird schnell eine praktische Lösung gefunden.“¹

Dieser Sieg wurde errungen nicht nur im Kampf gegen die ungeheuren objektiven Schwierigkeiten, die sich als Folgen der Mißwirtschaft der Nazis und der Kriegszerstörungen ergaben, sondern auch im Kampf gegen viele rückständige und feindliche Auffassungen und Machenschaften. Es versteht sich, daß die Feinde der Werktätigen die gemeinsame Aktion zu durchkreuzen

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 31. Juli 1945.

versuchten. Spekulative Elemente unter den Bauern traten auf, die zwar die Hilfe der Arbeiter gern annahmen, sich aber nicht verpflichtet fühlten, schnell zu dreschen und abzuliefern, sondern nur an den Schwarzen Markt dachten. Unter den Arbeitern gab es bauernfeindliche Stimmungen, die nicht nur ein Erbe des Faschismus bildeten, sondern auch durch die lange Herrschaft des bauernfeindlichen Opportunismus in der deutschen Arbeiterklasse eingewurzelt waren. Faschistische und kapitalistische Kräfte bestärkten diese Stimmungen. Natürlich war es nicht möglich, unter den damaligen Verhältnissen alle diese Fragen gründlich zu klären. Um ideologische Klarheit in der Bauernfrage zu schaffen, bedurfte es noch geraumer Zeit. Aber schon damals gelang es den besten Mitgliedern der Arbeiterparteien, überzeugend und erzieherisch zu wirken und die große politische Bedeutung der Ernteeinbringung klarzumachen sowie ein neues Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauernschaft anzubahnen.

So war es durch den tatkräftigen Einsatz der Werkstätigen aus Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse möglich, die Ernte restlos einzubringen. Gleiche Hilfe erhielten die Bauern bei der Herbstbestellung. Den jungen demokratischen Selbstverwaltungsorganen, die bis zur Ernte in den Gemeinden, Kreisen und Provinzen schon existierten, gelang es unter der Anleitung der Sowjetischen Militärverwaltung, die Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte und ihre Einlagerung zu organisieren und somit die Grundlage für die Versorgung der städtischen Bevölkerung aus eigener Ernte sicherzustellen. Damit wurde die erste große Aufgabe in der Landwirtschaft erfüllt und ein erster großer Erfolg für die Demokratie im Dorfe errungen.

Die Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften

Die Arbeiter, die als erste zugegriffen hatten, um die Betriebe in Gang zu bringen, begrüßten freudig, daß der Befehl Nr. 2 ihnen das Recht gab, freie Gewerkschaften und Organisationen

zur Wahrung ihrer Interessen zu bilden. Die Zeit war vorüber, da der Unternehmer als „Betriebsführer“ im Betrieb wie auf einem Kasernenhof kommandieren, Löhne festsetzen und Arbeitszeiten bestimmen konnte, so wie dies seinem Profit und den Kriegsinteressen seiner Klasse nützlich war. Das in jahrzehntelangem Kampf den Unternehmern abgerungene Recht auf Vereinigungsfreiheit, das der Hitlerfaschismus mit Füßen getreten hatte, um den Weg zum Kriege frei zu machen, war wiederhergestellt. Jetzt kam es darauf an, auch bei der Bildung neuer, freier Gewerkschaften die Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Nicht zuletzt hatte der Faschismus in Deutschland sein Haupt erheben können, weil die Gewerkschaften in mehr als 150 Gruppen und Grüppchen zersplittert und vom Opportunismus zerfressen waren. Der Bundesvorstand des mit der Sozialdemokratie eng verbundenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte am 1. Mai 1933 vor den Konzernherren kapituliert und die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, unter dem Hakenkreuzbanner zu marschieren. Alle ehrlichen Arbeiter Deutschlands dachten mit Scham an diesen schwarzen Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn die deutsche Arbeiterklasse jetzt diesen schwarzen Fleck aus ihrer Vergangenheit tilgen und ihrer großen Verantwortung für die demokratische Neugeburt des deutschen Volkes gerecht werden wollte, so war dafür der schnelle Aufbau einheitlicher, freier Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter unbedingte Voraussetzung. Ohne neue, einheitliche, von Nazigeist, Kapitulationspolitik, Chauvinismus und Völkerhaß freie Gewerkschaften war der Aufbau unmöglich. Wenn sich in ihnen Arbeiter und Angestellte ungeachtet religiöser und weltanschaulicher Unterschiede zusammenfanden, so mußte das zum stärksten Rückhalt der Einigung der Arbeiterklasse werden.

Schon im Juni 1945 ergriffen Gewerkschaftler, die der KPD angehörten, in Berlin die Initiative zur Bildung eines vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses. Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition von vor 1933 nahmen die Verbindung mit Vertretern des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Gewerk-

schaftsbundes, der früheren christlichen Gewerkschaften, der Angestelltengewerkschaften und der früheren Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft auf. Zwischen diesen Vertretern verschiedenster Gewerkschaftsrichtungen und verschiedenster Weltanschauungen gab es noch immer beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Das Interesse der deutschen Arbeiterklasse gebot jedoch, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg eine einheitliche Plattform für eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu finden. Zur Ausarbeitung des Gründungsauftrages fanden Beratungen unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht statt, an denen teilnahmen: von seiten der früheren revolutionären Gewerkschaftsopposition Hans Jendretzky, Paul Walter; von seiten der früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre Hermann Schlimme, Bernhard Göring und Otto Braß; von seiten der früheren christlichen Gewerkschaften Jakob Kaiser und von seiten der früheren Hirsch-Dunckerschen Angestelltengewerkschaften Ernst Lemmer. Den Bemühungen der kommunistischen Gewerkschaftler war es vor allem zu verdanken, daß es gelang, die Standpunkte einander zu nähern. Am 15. Juni wurde ein Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses erlassen, in dem es hieß:

„Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine *Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen, demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten* werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitlerkrieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch ehrliche und angestrenzte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in andern Ländern Zerstörten wollen sie mitwirken, das Vertrauen der andern Völker wiederzugewinnen.“¹

Dieser Aufruf wurde nicht nur in Berlin, sondern auch in den Provinzen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone zur Grundlage der Schaffung der Gewerkschaftsbewegung. Er gab

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 17. Juni 1945.

wurde die Forderung an, in der die Arbeiterklasse in ganz Deutschland den Kampf um seine, seine Gewerkschaften führen sollte.

In Berlin standen schon am 11. Juni 1945 nahezu 600 Gewerkschaften aller früheren Vorkriegsorganisationen dem Aufruf zur Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften auf der Grundlage des Vorschlags der vorbereiteten Kommission zu. In den Ländern und Provinzen des ehemaligen Reichsgebietes wurden in den folgenden Wochen vorbereitende Ausschüsse gebildet, die sich auf der gleichen Plattform zusammenschlossen. Dank der vielfältigen, aufopferungsvollen Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre konnten innerhalb weniger Wochen in Berlin, Halle, Leipzig und anderen Städten große Funktionskonferenzen durchgeführt und sowohl die Berufsverbände als auch die Spitzenorganisation, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, aufgebaut werden.

In den Betrieben wurden zur Durchführung der organisatorischen Arbeiten Vertrauensleute eingesetzt. Schon im Oktober waren in Berlin 171 786 Gewerkschaftsmitglieder erfasst. In Leipzig, wo der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund erst am 20. August 1945 gegründet wurde, stieg die Mitgliederzahl von 4644 am 31. August auf 69 000 im Oktober 1945 und 131 000 im Januar 1946. Davon waren fast 33 000 (25 Prozent) weibliche und 9000 jugendliche Mitglieder. Um die Gewerkschaften von vornherein zur umfassendsten Organisation der gesamten Arbeiterklasse zu machen, wurden auch ehemalige Mitglieder der NSDAP, die den Wunsch hatten, in die Gewerkschaft einzutreten, aufgenommen.

Der schnelle Aufbau der Gewerkschaftsorganisation wurde nicht zuletzt dank der Hilfe sowjetischer Arbeiter ermöglicht. Als Offiziere der Besatzungsmacht gaben sie die Möglichkeit, die Gewerkschaften zu gründen, und stellten ihnen Räume, Papier und Transportmittel zur Verfügung. Als Arbeiter und Gewerkschaftler halfen sie vor allem mit den reichen Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse in der Gewerkschaftsarbeit. Generaloberst Bersarin selbst beriet mit dem vorbereitenden Berliner Ausschuss viele Einzelheiten und zeigte als Leningrader Metallarbeiter, der

selbst lange in der Gewerkschaftsarbeit gestanden hatte, große Erfahrungen in allen Fragen des gewerkschaftlichen Aufbaus.

Unter den neuen Verhältnissen mußten die Gewerkschaften von vornherein eine völlig andere Stellung im gesellschaftlichen und politischen Leben einnehmen als früher. Die neuen Gewerkschaften waren von Anfang an mitverantwortlich für die Vernichtung des Faschismus und Militarismus und für den Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft. Schon der Aufbau ihrer Organisation ging Hand in Hand mit der Lösung der unaufschiebbaren Aufgaben: die Versorgung zu verbessern, die Betriebe und den Verkehr in Gang zu bringen und für die verlustlose Einbringung der ersten Friedensерnte zu sorgen. Daher mußten sie neben der selbstverständlichen Aufgabe der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter an der schweren Aufgabe mitarbeiten, in den deutschen Arbeitern wieder das Klassenbewußtsein zu wecken und sie vom Gift der nazistischen Ideologie zu reinigen.

Bereits in den ersten Tagen und Wochen, als die Arbeiter die Maschinen wieder zum Laufen brachten, hatten sie sich, wie sie es vor 1933 gewohnt waren, Betriebsräte geschaffen, die nicht nur ihre Interessen vertraten, sondern auch die Produktion organisierten und die Leitung des Betriebes übernahmen, wenn der Unternehmer geflohen oder als Faschist untragbar war. Jetzt hoben die Gewerkschaften die Bemühungen und die Organisation der Arbeiter auf eine höhere Stufe. Das Neue in der Gewerkschaftsbewegung bestand darin, daß sich die einheitlichen, freien Gewerkschaften nicht wie nach 1918 auf sozialpolitische Teilfragen ablenken ließen, sondern daß sie ihre Tätigkeit mit der Säuberung der Betriebsleitungen von aktiven Nazis und Kriegsinteressenten begannen und mithalfen, die besten antifaschistischen Arbeiter in die Provinzial-, Stadt- und Kreisverwaltungen zu entsenden.

Im Gründungsaufwurf wird gesagt:

„Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine *Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen, demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten* werden. Ihre Aufgabe ist vor allem,

mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitlerkrieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch ehrliche und angestrenzte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten wollen sie mitwirken, das Vertrauen der anderen Völker wiederzugewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze ausarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftskomitee in Übereinstimmung bringen. Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten Berlins vor, ihre Meinung zu äußern zu folgenden

Erstaufgaben der freien Gewerkschaften:

1. Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus. Darum Säuberung aller Posten in Stadtverwaltung und Betrieben von aktiven faschistischen Elementen.

2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrenzte Arbeit wiederaufzubauen. Raschmögliche Wiederingangsetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin.

3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und Organisation des Arbeitsschutzes und des Arbeitseinsatzes. Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der Sozialversicherung unter Sicherung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.

4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Länder und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.¹

Viele Beispiele aus den ersten Wochen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zeigen, daß die Gewerkschaften ihre neuen Aufgaben verstanden haben. Sie begannen damit, das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu sichern und unmittelbar an der Organisation der Produktion teilzunehmen.

Die Metallarbeiter-Gewerkschaftler riefen zur Herstellung landwirtschaftlicher Geräte, Sensen, Rechen, Kartoffelhacken u. ä. auf

¹ Walter Ulbricht, „Über Gewerkschaften“, Bd. II, Berlin 1953, S. 8/9.

und trugen damit entscheidend dazu bei, daß die erste Friedensernte verlustlos eingebracht werden konnte. Durch die Gewerkschaften mobilisiert, gingen Hunderttausende Arbeiter aufs Land und halfen bei der Einbringung der Ernte. Allein in Berlin wurden nahezu 100 000 Arbeiter für die Erntehilfe mobilisiert. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund Sachsen wies die Industrieverbände an, vordringlich die Betriebe im Bergbau, im Verkehr, im Baugewerbe, in der Baustoffindustrie und in der Lebensmittelfabrikation in Gang zu bringen und Pläne für ihren Aufbau auszuarbeiten. Ein Metallarbeiter-Notprogramm der Berliner Metallarbeiter sah die schleunigste Reparatur von Waggons und Lokomotiven vor und bestimmte die Betriebe dafür. In Berlin organisierten die Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft der Brückenbauunternehmen, die unter Leitung des Planungsamtes und unter Beteiligung der Betriebsausschüsse umgehend die Berliner Brücken wieder instand zu setzen begann. Die Gewerkschaftler der Zeitzer Benzinbetriebe stellten selbst einen Produktionsplan auf und vereinbarten mit der Provinzialverwaltung, wie die Zahl der Arbeitskräfte erhöht werden und die Arbeiter, die gesundheitsschädliche Arbeiten ausführen, Verpflegungszulage erhalten konnten.

In einer Reihe von Berliner Verwaltungsbezirken, wie Lichtenberg, Treptow, Wedding, Kreuzberg u. a., wurden auf Vorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands in Sofortprogrammen umfassende Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Winter festgelegt. So wichtig dabei soziale Maßnahmen, wie die Einrichtung von Wärmestuben, Holzaktionen, Gemeinschaftsküchen usw., waren, so blieben das Entscheidende die planmäßigen Maßnahmen zur Inangasetzung von Produktion und Verkehr. Es wurden Pläne entwickelt, welche Betriebe vordringlich aufzubauen waren, um schnell mit der Reparatur von Lokomotiven, Waggons und Kraftfahrzeugen und der Produktion von Öfen, Bekleidung, Baumaterial und landwirtschaftlichen Geräten beginnen zu können. Es wurden die Brücken und Straßenbahnlinien, die vordringlich in Betrieb genommen werden mußten, festgelegt, und dem Mangel an Fachkräften und Material wurde durch Ausgleich zwischen den Be-

trieben begegnet. Viele Gewerkschaftler übernahmen Verwaltungsfunktionen.

„Aus den Gewerkschaften wurden drei Genossen für die Wirtschaftsabteilung des Magistrats verpflichtet. Gerade die Gewerkschaften haben den meisten Einblick in die Betriebe. Sie können den Aufbau der Wirtschaft am besten leiten“.

heißt es zum Beispiel in einem Protokoll über das Winternotprogramm im Berliner Verwaltungsbezirk Treptow.

Die Arbeiterklasse hatte durch die Initiative der Kommunisten und Sozialdemokraten begriffen, daß man über alle Schwierigkeiten hinweg die eigenen Möglichkeiten bis zum letzten ausnutzen mußte und nicht passiv auf Hilfe von außen warten durfte. Sie begann sich ihrer Verantwortung für den Aufbau bewußt zu werden und neue Formen ihrer Arbeit und ihrer Organisation zu entwickeln. Die aufgeschlossensten Arbeiter fühlten in diesen Wochen zum erstenmal, daß unter den neuen Verhältnissen die Arbeit einen anderen Sinn bekommen hat. Die Arbeiter von Daimler-Benz Marienfelde beschlossen zum Beispiel, die Reparatur von Werkzeugmaschinen zu beschleunigen, in der Schweißerei und der Dreherei in Doppelschicht zu arbeiten, Schweißer anzulernen und die

„Arbeitskraft voll auszunutzen, damit unsere Produktivität nicht leidet, denn bisher haben wir einen Teil unserer privaten Angelegenheiten hier während der Arbeitszeit erledigt“¹.

Die Gewerkschaften konnten ihr volles Mitbestimmungsrecht nur dann zur Geltung bringen, wenn in den Gewerkschaftsgruppen selbst ein reges demokratisches Leben entfaltet und mit den Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben alle wichtigen Fragen beraten wurden, um so in den Gewerkschaftlern das Bewußtsein zu entwickeln, daß sie selbst an der Lösung der Fragen mitzuwirken haben.

Natürlich bedurfte es einer langen Erziehungsarbeit unter den Funktionären und Mitgliedern, ehe die Gewerkschaften auf solche

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 19. August 1945.

demokratische Weise zu arbeiten lernten. Es gab noch viele Gewerkschaftsfunktionäre, in denen der Geist der Weimarer Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer Mißachtung der demokratischen Rechte der Mitglieder nicht ausgelöscht war. Auch verstanden viele Gewerkschaftsmitglieder noch nicht, daß sie in Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen die Möglichkeit hatten, an der Lösung aller grundlegenden Fragen mitzuwirken. Noch lange gab es in manchen Versammlungen formale Berichte von Betriebsleitungen und Gewerkschaftsfunktionären, die von den Mitgliedern ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wurden. Aber von vornherein schufen sich die neuen Gewerkschaften organisatorische Formen, die die Entwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie gewährleisteten und geeignet waren, die Gewerkschaftler zum Klassenbewußtsein zu erziehen.

Das ganze Gebäude der freien Gewerkschaften wurde nach einheitlichen Grundsätzen aufgebaut. Einheit und demokratische Rechte der Mitglieder waren die Grundpfeiler der neuen gewerkschaftlichen Organisation von der Spitze, der Zusammenfassung der Fachgewerkschaften im Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, bis zu den untersten Organen im Betrieb. Die Delegierten und Funktionäre wurden demokratisch gewählt. Jede Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften wurde von vornherein ausgeschlossen.

Das war nicht nur ein selbstverständliches demokratisches Recht, sondern zugleich eine wichtige Schutzmaßnahme gegen Kapitulanten und Bürokraten aus den früheren Gewerkschaften, von denen manche der Meinung waren, ihre frühere Funktion gäbe ihnen Anspruch auf eine Angestelltenfunktion in der Gewerkschaft. Allerdings wurden in der ersten Zeit Betriebsgewerkschaftsleitungen noch nicht geschaffen. Die führende Rolle im Betrieb lag zunächst noch bei den Betriebsräten, die aber auch gewählt und direkt vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund geleitet wurden.¹

¹ Herbert Warnke, „Überblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Kleinmachnow 1952, S. 81.

Gerade die demokratischen Rechte in den Gewerkschaften machten sie zu einer wirklichen Schule, in der sich neue Kräfte aus der Arbeiterklasse zu fähigen Funktionären für Verwaltung und Wirtschaft entwickelten. In den Diskussionen in Gewerkschaftsgruppen und -konferenzen wurden die besten und aktivsten Mitglieder bekannt und zu Delegierten und Funktionären gewählt. Dadurch entwickelten sich mit den Arbeitern verbundene Gewerkschaftsfunktionäre, die zu Betriebsleitern und Verwaltungsangestellten befördert wurden und die die schöpferische Fähigkeit der Arbeiterklasse bewiesen, eine Wirtschaft und einen Staat aufzubauen, die dem Volke dienen.

Von besonderer Bedeutung für die Erziehung der Belegschaften war, daß in jedem Betrieb nur eine Gewerkschaft arbeitete, die auch die Angestellten und das technische Personal einschloß. Nur dadurch konnte die frühere Zersplitterung überwunden und die Gewerkschaft zum machtvollen Hebel des Aufbaus und zum wirksamen Vertreter der Interessen des ganzen Kollektivs der Belegschaft werden. Das bot zugleich die Voraussetzung dafür, daß Arbeiter und technische Intelligenz, deren Meinungsverschiedenheiten früher von den Unternehmern gefördert wurden, einander näherkamen und gemeinsam die Aufbauaufgaben lösten.

Um die Rechte der Arbeiterklasse

Viele Arbeiter stellten aber zugleich die Frage, ob diese Wirtschaftspolitik nicht den Kapitalismus stärken werde. „Hat man uns nicht schon 1918 mit der Losung ‚Nur die Arbeit kann uns retten‘ betrogen und den Kapitalismus gerettet?“ argumentierten sie. So richtig das für 1918 war, so bestand jetzt die Möglichkeit, wirksame Garantien dagegen zu schaffen, daß die alten Kräfte des Imperialismus wieder ihre Macht aufbauten. Diese Garantien waren reale Möglichkeit:

Je mehr Arbeiterfunktionäre und andere zuverlässige Demokraten in den leitenden Funktionen der Selbstverwaltung arbeiteten;

je entschlossener die Betriebsleitungen von Nazis und Kriegsinteressenten gesäubert wurden;
je gründlicher die Konzerne, Kartelle und Kriegswirtschaftsorganisationen zerschlagen wurden;
je stärker die Arbeiter sich das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften erkämpften und ausbauten;
je stärker und schneller die freien Gewerkschaften aufgebaut wurden und
je fester vor allem die Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet wurde,

um so weniger Chancen gab es für die Reaktion. Zwischen der Entwicklung der Demokratie, der Festigung der Einheit der Arbeiterklasse, dem wirtschaftlichen Aufbau und der Hebung der Arbeitsmoral bestand ein untrennbarer Zusammenhang; für die Sicherung der demokratischen Rechte war die einzige Garantie die Einigung der Arbeiterklasse und ihr Kampf um die führende Rolle in der Wirtschaft und im Staate.

Hatten die Arbeiter unter den schwierigen Bedingungen von Hunger und Zerstörung wahre Heldentaten der Arbeit vollbracht, so entsprach es nur ihrem Willen zur Verantwortung und ihrem gerechten Anspruch auf Garantien gegen die Restauration der alten Kräfte, wenn sie gleichzeitig auf ihrem vollen Mitbestimmungsrecht in den Betrieben bestanden und verlangten, in den Wirtschafts- und Staatsorganen entscheidende Funktionen zu übernehmen. Wenn früher in Deutschland vom „Mitbestimmungsrecht“ die Rede war, dann handelte es sich darum, daß den Unternehmern in harten Kämpfen das Recht abgerungen worden war, Betriebsräte mit einigen Befugnissen bei Einstellungen und Entlassungen zu wählen oder Gewerkschaftsfunktionäre in Industrie- und Handelskammern und anderen Wirtschaftsorganen auf Hockposten zu stellen. Jetzt wurden die Gewerkschaftsfunktionäre in den Industrie- und Handelskammern zu gleichberechtigten Mitgliedern. Dort, wie in den Verwaltungen und Betrieben, kam es darauf an, zu lernen, Wirtschaftspolitik im demokratischen Sinne

durchzuführen. Es galt, an der Produktionsplanung mitzuarbeiten und eine wirksame Arbeiterkontrolle zu organisieren.

Es gab genügend Unternehmer, die aus der Not des Volkes ein Geschäft zu machen suchten und aus wertvollen Materialien Aschenbecher oder Blumenständer produzierten. Das brachte zwar hohen Profit, war aber unnütz, solange die Hausfrauen keine Kochtöpfe, Bratpfannen und Kochherde hatten und solange in der Landwirtschaft die primitivsten Geräte fehlten. Schwarzmarkt und Preiswucher waren eine große Gefahr. Die Arbeiter mußten selbst kontrollieren, ob das, was sie produzierten, wirklich und zu angemessenen Preisen in die Hände der Bevölkerung gelangte. Nicht wenige Kapitalisten begegneten den Bemühungen der Arbeiter mit passiver Resistenz und nahmen alte Konzernverbindungen wieder auf. Die Gewerkschaften weckten die Wachsamkeit der Arbeiter, damit die Wirtschaft nicht wieder auf das alte Geleise der Organisatoren von Krise und Not des Volkes geschoben wurde.

Was jetzt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb bedeutete, zeigt folgende Richtlinie für die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Wiederingangsetzung der Betriebe, die der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund für Sachsen den Industriegewerkschaften gab:

„Die Durchführung dieser Aufgaben bedingt, daß die Betriebsvertretung weitestgehendes Mitbestimmungsrecht in den Betrieben hat, auch in allen Fragen der Umstellung der Betriebe auf die Herstellung von Waren für friedliche Lebensbedürfnisse.

Die Betriebsvertretungen sollen weiterhin mitbestimmend sein bei der Entwicklung und Steigerung der Produktion der wieder in Gang gesetzten Betriebe.

Sie wollen das Mitbestimmungsrecht haben bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitstätigen.

Sie wollen mitwirken bei der Ermittlung geeigneter rationeller Arbeitsmethoden und bei der Tarif- und Lohngestaltung, der Festsetzung der Akkorde und bei der Regelung betrieblicher Arbeitszeit.

Das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht in allen diesen Fragen werden sich die Betriebsvertretungen um so mehr sichern, wenn sie durch ihre konkreten und sachlichen Vorschläge beweisen, daß sie ein Hauptinteresse an der Wiederingangsetzung der Betriebe haben.

Die Gewerkschaften ihrerseits werden, wenn sie wirksam die Interessen der Werktätigen bei der Wiederingangsetzung der Betriebe vertreten sollen, mitbestimmend in den betreffenden Organen der städtischen resp. Landesbehörden vertreten sein müssen. In den Wirtschaftskammern, Wirtschaftsämtern, Handels- und Gewerbekammern muß den Gewerkschaften ein wirksames Vertretungsrecht eingeräumt werden.“

Zwischen dem Betriebsausschuß und der Betriebsleitung der AEG, Berlin, wurden neben dem Recht der Mitbestimmung in Fragen der Einstellung, Entlassung und Versetzung und bei der Festsetzung des Arbeitslohnes ausdrücklich die Mitwirkung bei der Produktionsgestaltung, der Verwaltung und die Teilnahme des Betriebsrats bei Verhandlungen mit Zivil- und Besatzungsbehörden vereinbart. Die Betriebsleitung verpflichtete sich, mit dem Betriebsausschuß alle wesentlichen Fragen zu erörtern, die mit der Produktion, der Aufnahme neuer Produktionszweige und allen Betriebsvorgängen zusammenhängen, ihn vierteljährlich über die geschäftliche Lage und den Gang des Unternehmens zu unterrichten und ihm die Betriebsbilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen und zu erläutern. Darüber hinaus war die Betriebsleitung dem Betriebsausschuß über Organisation, Preisgestaltung, Finanzlage und Finanzgebaren des Betriebes auskunftspflichtig.

Der Kampf zwischen Gewerkschaften und Großkapitalisten

Den Arbeitern der sowjetischen Besatzungszone ist das volle Mitbestimmungsrecht nicht kampflos in den Schoß gefallen. Sie haben es sich in zähen und langen Kämpfen gegen den Widerstand der faschistischen und anderen reaktionären Kräfte, aber zugleich auch gegen die ideologische Rückständigkeit mancher Arbeiter errungen.

Das Interesse der Werktätigen an der Erhaltung des Friedens erforderte, vor allem die Wiedererstarkung der Konzerne unmöglich zu machen und den Kampf gegen die Naziverbrecher und die

anderen aktiven Förderer der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus aufzunehmen. Von der Aktivität der Gewerkschaftler und der übrigen Werktätigen im Betrieb hing es ab, ob ihr Betrieb von aktiven Faschisten mit und ohne Parteibuch gesäubert und zu einer Stätte friedlicher Arbeit gemacht wurde oder nicht. Dabei handelte es sich nicht darum, etwa Unternehmer zu entfernen, die sich nicht mit Naziverbrechen beschmutzt hatten und die sich mit den Werktätigen zusammen bemühten, die Friedensproduktion in Gang zu bringen.

„Wo sich aufbauwillige Unternehmer finden, die bereit sind, entsprechend den Vorschlägen der Betriebsvertretung oder auch nach eigenen Vorschlägen die Betriebe wieder in Gang zu setzen, sind diese in der Betriebsleitung zu belassen, wenn sie die Gewähr bieten, den Betrieb ordnungsgemäß im Interesse des Allgemeinwohls zu leiten und keinesfalls wieder eine getarnte Rüstungsproduktion beabsichtigen. Wo Unternehmer oder Betriebsleiter nicht die Gewähr bieten, ehemalige aktive Nazis sind oder sich reaktionär verhalten, sind sie zu entfernen, und im Einvernehmen mit den zuständigen städtischen oder Landesbehörden (Wirtschaftskammer, Handels- und Gewerbekammern) ist ein kommissarischer Leiter einzusetzen!“

hieß es in einer Richtlinie des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Industriegewerkschaften von Sachsen.

Es gab genügend Signale, die die Arbeiter zu größter Wachsamkeit mahnten. In der schon erwähnten Konferenz des Berliner Magistrats mit Unternehmern und Werkleitern sprach der Telefunktendirektor Schwab gegen die Auflösung der Konzerne. Die Gründe, die von Schwab und Konsorten dafür angeführt wurden: die deutsche Industrie sei zu spezialisiert, die Betriebe zu sehr ineinander verflochten, der Außenhandel werde leiden, die Forschung werde nach der Zerschlagung der Konzerne unmöglich usw., waren nicht neu. Schon in den Jahren 1918 bis 1925 hatten die Konzernherren ähnlich argumentiert.

Nach der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg war es den deutschen Monopolherren sofort gelungen, den Übergang zu finden und die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu retten. Damals blieben die Staatsmacht, das Militär und die Unternehmerorganisationen in ihrer Hand. Nach der ungleich

schwereren Niederlage von 1945 und der Kapitulation auf deutschem Boden, ohne Staatsapparat, ohne Militär und Freikorps, ungleich mehr kompromittiert und verhaßt als nach dem ersten Weltkrieg, mußten die Imperialisten eine andere Taktik anwenden. Sie versuchten die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen zu diskreditieren, übten passive Resistenz, stellten diese oder jene Maßnahme (z. B. das Mitbestimmungsrecht) als Kommunismus dar und versuchten, die Arbeiterschaft zu spalten und zu korrumpieren. Das wichtigste für sie war anfangs, die Konzernverbindungen aufrechtzuerhalten und sich Ausgangspositionen zu schaffen, mit deren Hilfe sie das alte Spiel wieder beginnen konnten. Leute wie Jakob Kaiser u. a., die nicht Mitglieder der Nazi-Partei waren, aber stets dem kapitalistischen System Treue gehalten hatten, dienten dabei als Wegbereiter.

Die Konzernherren und ihre Helfer fanden damals bei manchen Werk-tätigen Gehör. Bei Siemens und in einigen anderen Betrieben wurde nicht nur von den Direktoren, sondern auch von wiedergesetzten Betriebsräten behauptet, man müsse die „Werkverbundenheit“ der Betriebe bestehen lassen und ausnutzen. Der Berliner Vertreter des AEG-Konzerns, Spennrath, glaubte Gewerkschaftskollegen nach gemeinsamer Sitzung nach dem Hotel „Adlon“ zum Abendessen einladen zu können. Bei den Arbeitern von Daimler-Benz, die selbst hervorragende Beweise ihres Verantwortungsbewußtseins gebracht und große Erfolge errungen hatten, tauchte ein Beauftragter des Konzerns auf, meldete die Rechte des Konzerns an und bot sogar Mittel zum Aufbau des Werkes an.

In der sowjetischen Besatzungszone erteilten die Arbeiter diesen Herren eine gründliche Abfuhr. Die Werk-tätigen des Zwickauer Steinkohlenbergbaus, aus dem die Unternehmer verschwunden waren, wurden auf Initiative der Werk-tätigen zusammengefaßt und der sächsischen Landesverwaltung unterstellt. Auf einer Konferenz der Bergwerksverwaltung Halle im September 1945 berichteten die Betriebsräte, daß sie die Bergwerksdirektoren und Vorstandsmitglieder entfernt hätten, weil diese die Produktionsaufträge hemmten und der Initiative der Werk-tätigen wie Brems-

klötze entgegenwirkten. Die Arbeiter von Siemens, Gera, lehnten es ab, der Berliner Konzernleitung Auskünfte zu erteilen.

Anders entwickelten sich die Dinge in Berlin. Die früheren Wehrwirtschaftsführer Schwab, Spennrath u. a. fanden in Westberlin Unterstützung bei den Besatzungsmächten und begannen von dort aus ihre Fäden zu spinnen. Als der Berliner Ortsausschuß der Gewerkschaften im September 1945 unter Wahrung aller demokratischen Rechte zur Wahl der Delegierten zur ersten Delegiertenkonferenz aufrief, verbot der Kommandant des englischen Sektors die Wahl. Der Kommandant des französischen Sektors zwang die Betriebsvertretungen von Siemens durch Androhung von Strafen, ihre Forderung auf Entlassung des Nazi-direktors Benkert zurückzustellen. Es zeigte sich deutlich, daß die Industriegenerale noch da waren und daß sie mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte versuchten, Westberlin zu ihrem Stützpunkt gegen die Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone zu machen.

Innerhalb der Gewerkschaften war Jakob Kaiser der Sprecher der Konzernherren und Junker. Mit Einheitsbeteuerungen und schillernden Phrasen von „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ trat er auf Konferenzen auf. Wenn es aber um Entscheidungen und Taten ging, zeigte er sich als Helfer der Monopolkapitalisten. Als die Arbeiter die Abberufung des Telefunkendirektors Schwab forderten, versuchte Jakob Kaiser, diese gerechte Forderung abzuwürgen. Die Junkergüter wollte er erhalten, weil ihre Zerschlagung angeblich die Ernährung gefährdete. Diskussionen über die Kapitulation der rechtssozialistischen und christlichen Gewerkschaftsführer vor Hitler bezeichnete er als unnützes Wühlen in der Vergangenheit und als Gefährdung der Einheit der neuen Gewerkschaften. Es ging ihm um die Rehabilitierung der deutschen Monopolherren, um die Fortsetzung der Politik der Klassenharmonie. Nachdem die imperialistischen Besatzungsmächte in Westberlin eingezogen waren, begann er unter der Losung der „Neutralität“ der Gewerkschaften gemeinsam mit amerikanischen, englischen und französischen Vertretern der Besatzungsmacht und

deren Beratern aus der reaktionären amerikanischen AFL¹ einen Kampf gegen das Bekenntnis der Gewerkschaften, als Klassenorganisation der Arbeiter mit der Partei der Arbeiterklasse zusammenzuarbeiten.

Auf der ersten Gewerkschaftskonferenz in Halle wurde diese Politik wie folgt charakterisiert:

„Einige Gewerkschaftsfunktionäre haben in letzter Zeit von ‚parteilichter Neutralität der Gewerkschaften‘ gesprochen. Es ist auch kein Zufall, daß im Statutenentwurf solcher Gewerkschaftsfunktionäre kein Wort über den Kampf zur Vernichtung des Nazismus zu lesen war. Es ist ein gutes Zeichen für die antifaschistische Wachsamkeit der Gewerkschaftsmitglieder, daß sie diese Auffassungen abgelehnt haben...

Es ist kein Zufall, daß auch bürgerliche Kreise als Fürsprecher der ‚politischen Neutralität‘ auftreten, wie das in der Zeitung der Christlich-Demokratischen Union zum Ausdruck kam. Diese Kreise möchten die Tätigkeit der Gewerkschaften auf kleinste Tagesfragen beschränken und verhindern, daß die Kraft der Gewerkschaften für die Erringung und Sicherung des Arbeiterrechts in Betrieb, Wirtschaft und Staat eingesetzt wird...

Die heutige Propaganda für die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften dient nur dem Zweck, die Gewerkschafter von den fortgeschrittenen Kräften in der Arbeiterbewegung, die in den beiden Arbeiterparteien organisiert sind, zu trennen, um die Arbeiterschaft leichter verwirren zu können.

Die Forderung der ‚politischen Neutralität‘ ist der Ausdruck der Furcht gewisser Kreise vor der einigen Kraft der Arbeiterklasse. Diese Einheit hat ihre Grundlage in der Einheitsfront der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei und in der engen freundschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Parteien und der freien Gewerkschaften. Das bedeutet keineswegs eine Gleichstellung von Partei und Gewerkschaften.

Die Partei ist die Vorhut, ihr gehören die fortgeschrittensten, aktivsten, politisch am besten geschulten Arbeiter und Werktätigen an. *Die Gewerkschaft* hingegen ist eine Organisation, die die ganze Klasse, alle Arbeiter, Angestellten, Techniker, erfassen soll, unabhängig von ihrer parteipolitischen und weltanschaulichen Auffassung.“²

So wurde der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften zu einer wirklichen Klassenschlacht, in der sich Westberlin als Stützpunkt der vereinigten in- und ausländischen Reaktion gegen den fried-

¹ American Federation of Labour.

² Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 478–480.

lichen demokratischen Aufbau abzeichnete. Als Drahtzieher wirkten dabei Agenten der amerikanischen unternehmerhörigen Gewerkschaft, der AFL, die übrigens schon während des Krieges mit den übelsten Kapitulanten und Verrätern aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie Tarnow, Pläne gegen die kommende Einheit geschmiedet hatten. Noch während des Krieges hatten die amerikanischen und englischen Imperialisten durch diese Lakaien der Arbeiterbewegung Projekte ausarbeiten lassen, die ihnen ihre Herrschaft über die deutsche Arbeiterklasse nach der Befreiung vom Faschismus sichern sollten. So wurde im Jahre 1943 in London ein Entwurf über die „Wiedergeburt der deutschen Gewerkschaften“ vorbereitet, in dem den deutschen Arbeitern das Recht abgesprochen wurde, eigene Organisationen zu besitzen. Dabei wurde vorgeschlagen, daß die „Interessen der Arbeiter“ von einer internationalen Kommission vertreten werden sollten. Ein anderer Plan, der von deutschen sozialdemokratischen Emigranten in Schweden ausgearbeitet wurde, sah vor, keine neuen Gewerkschaften zu gründen, sondern lediglich die hitlerische Deutsche Arbeitsfront zu „reorganisieren“. Die Autoren dieses Entwurfes forderten die Errichtung eines autoritären Regimes, bei dem die Arbeitermassen kein Recht haben sollten, die Leitungen der Gewerkschaft zu wählen. Diese sollten von oben durch ein besonders geschaffenes Direktorium ernannt werden. Im Jahre 1944 lief in den Dienststellen des amerikanischen Geheimdienstes folgender Brief Tarnows um:

„Bei dem Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften stehen wir dringenden Aufgaben gegenüber. Es ist gewiß, daß eine der Hauptforderungen der Arbeiter die Einheit sein wird, und sie werden versuchen, starke unpolitische Bünde von Industriegewerkschaften zu gründen, oder gar Gewerkschaften fordern, die alle Arbeiter umfassen (Einheitsgewerkschaften). Wir müssen das, koste es, was es wolle, verhindern, denn die Kommunisten würden dadurch in die Lage versetzt werden, die Gewerkschaften zu beherrschen. Deshalb müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Behörden die notwendigen Vereinbarungen treffen, damit wir so schnell wie möglich nach Deutschland zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürfen dabei auf die Mitarbeit der (westlichen. *W. U.*) Militärbehörden rechnen, denn es ist in ihrem wie in unserem Interesse, daß das geschieht.“

Leute dieses Schlages waren es, die jetzt versuchten, jeden Schritt des organisatorischen Aufbaus zu hindern und den Gedanken der Arbeitereinheit zu zersetzen. Da sie bei den Werktätigen selbst wenig erreichen konnten, versteckten sie sich hinter den westlichen Besatzungsmächten. Diese Manöver erreichten ihren Höhepunkt, als die Gewerkschaften in den letzten Monaten des Jahres 1945 in den Kreisen, Ländern und in Berlin demokratische Delegiertenwahlen zu Gewerkschaftskonferenzen durchführten, um ihre bisher provisorischen Organe von den Kreisvorständen bis zum Bundesvorstand durch demokratisch gewählte Organe abzulösen. Die für September 1945 angesetzte Berliner Stadtkonferenz, zu der in großen Teilen Berlins schon demokratische Wahlen durchgeführt worden waren, wurde von Kaiser und seinen Komplizen unter dem Vorwand verhindert, daß erst die Satzung von der Alliierten Kommandantur gebilligt werden müsse. Die inzwischen entstandene Westberliner Presse startete eine wüste Hetze gegen die Gewerkschaftseinheit. In Westberliner Betrieben wurden, um Splittergewerkschaften zu schaffen, Antragsformulare an die Kommandanten der Westsektoren für Gewerkschaftsgründungen verteilt, für die fünf Unterschriften genügen sollten.

Im Kampf gegen diese reaktionären Machenschaften siegten schließlich die wirklichen Vertreter der Arbeiterklasse. In hartnäckigen Diskussionen konnte ein Dokument „Grundsätze und Aufgaben der freien Gewerkschaften“ erarbeitet werden, das den erfolgreichen Kampf um die Einheit der Gewerkschaften zum Ausdruck brachte und die Plattform für die Entwicklung der freien deutschen Gewerkschaften zu einer wirklichen Kampforganisation der Arbeiterklasse bildete.

In Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone fanden Anfang 1946 seit langen Jahren zum ersten Male in Deutschland Gewerkschaftskonferenzen statt, deren Delegierte in wirklich freien demokratischen Wahlen gewählt worden waren. Auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde bei diesen Wahlen zum ersten Male eine einheitliche

Liste der beiden Arbeiterparteien aufgestellt, wobei jede Partei-
bezeichnung ausgeschlossen war. Auf der Berliner Delegierten-
konferenz des FDGB am 2. und 3. Februar 1946 erteilten die
Delegierten den amerikanischen Imperialisten und ihren Hand-
langern eine eindeutige Abfuhr, als sie sich zu den „Grundsätzen
und Aufgaben der freien Gewerkschaften“ bekannten. Vom
9. bis zum 11. Februar fand in Berlin die Konferenz der Delegierten
aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Berlin statt, auf der
ein gemeinschaftlicher Bundesvorstand gewählt werden sollte. Am
ersten Tage der Konferenz erschienen zwei französische Offiziere
mit dem Befehl des französischen Kommandanten, daß die Berliner
Delegierten an der Zonenkonferenz nicht aktiv teilnehmen dürften.
Dieser Befehl war zwar nicht entsprechend den getroffenen Ver-
einbarungen von der Berliner Kommandantur beschlossen und da-
her rechtsungültig, aber der französische Kommandant hatte ihn
erlassen, da er turnusgemäß die Geschäfte führte. Infolge dieses
Befehls konnten die Berliner Gewerkschaften nicht in den Freien
Deutschen Gewerkschaftsbund einbezogen werden. Der hinter-
hältige Plan der imperialistischen Besatzungsmächte, die Berliner
Gewerkschaften von den Gewerkschaften in der sowjetischen Be-
satzungszone abzuspalten, schlug dennoch fehl, weil die gemein-
same Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowje-
tischen Besatzungszone und der Freien Deutschen Gewerkschaften
von Groß-Berlin durch diese Machenschaften nicht verhindert
werden konnte. Die Arbeiterklasse hatte sich in den freien Gewerk-
schaften mächtige Waffen geschaffen und sich im Kampf um ihre
Organisation bereits stärker erwiesen als die Imperialisten und ihre
Handlanger in der Arbeiterklasse.

Um die Gleichberechtigung der Frau

Unter den Kräften des Volkes, die in den harten Monaten nach
der Befreiung dem neuen Leben den Weg bahnten, nahmen die
Frauen einen hervorragenden Platz ein. Auf ihnen lastete das
schlimme Hitlererbe mit besonderer Schwere. „Die deutsche Mutter

wird nie Gelegenheit haben, über meine Taten Tränen zu vergießen“, hatte Hitler einmal gesagt. Wo waren jetzt die Männer und Söhne der deutschen Mütter? Unter den jüngeren Jahrgängen gab es dreimal soviel Frauen als Männer, und in der Gesamtbevölkerung betrug der Frauenanteil 65 Prozent. Millionen Frauen waren zum alleinigen Ernährer ihrer Familie geworden und mußten für sich und ihre Kinder Obdach und oft eine neue Heimat finden. Sie mußten den Kampf aufnehmen, um sich und ihre Familie vor der Kälte und dem ärgsten Hunger zu bewahren. Im Betrieb und in der Hausarbeit spürten gerade die Frauen die Schwere des Lebens am meisten und standen vor zahllosen neuen Aufgaben. Dabei fehlte es für den Haushalt fast an allem: vom Kochtopf, der Nähnadel oder dem Salz bis zum Stuhl, Tisch oder Bett für Umsiedler und Ausgebombte. Unter diesen Umständen war die Linderung der schweren Lage der Frauen eines der ernstesten und unaufschiebbarsten Probleme der Zeit.

Niemand konnte den großen Anteil der Frauen am Wiederaufbau und die große Bedeutung ihrer Aktivität übersehen. Vom ersten Tage an schalteten sie sich hervorragend in den Neuaufbau ein. Arbeiterinnen griffen an der Seite ihrer männlichen Kollegen zu Hacke und Spaten. Im Leunawerk schafften 1400 Frauen die Trümmer weg. Unter den Berliner Bauarbeitern waren mehr als die Hälfte Frauen, sie arbeiteten als Dachdecker, Maurer und Rohrleger. Von den 28 000 Berlinern, die an der Entrümmerng arbeiteten, waren 22 000 Frauen. Eine breite Welle von Hilfsbereitschaft und Solidarität erfaßte die Frauen und verband sich mit einer Aufgeschlossenheit gegenüber politischen Fragen, wie sie bisher bei deutschen Frauen noch nie spürbar gewesen war. Diese schaffenden Frauen, die im Betrieb, auf dem Bauplatz oder im Büro ihr Leben auf neuer Grundlage aufbauten, begannen sich Gedanken über die politischen Zusammenhänge zu machen. Niemandem lag die Sache des Friedens mehr am Herzen als den Frauen und Müttern. Keine von ihnen wollte mehr Krieg und Zerstörung.

Als unter der Initiative von Frauen, besonders Kommunistinnen, die schon vor 1933 in der Arbeiterbewegung für die Befreiung

gekämpft hatten, antifaschistische Frauenausschüsse in den Gemeinden, Kreisen und den Berliner Verwaltungsbezirken entstanden, fanden diese einen lebhaften Widerhall. An der Seite politisch organisierter Frauen aus den demokratischen Parteien arbeiteten viele bisher völlig unpolitische Frauen und entwickelten eine starke Solidaritätsbewegung. Frauenheime, Kinderheime, Flickstuben, Wärmehallen und Gemeinschaftsküchen wurden geschaffen. Die besondere Sorge der Frauen galt der Unterbringung elternloser Kinder. Rentnerspeisungen wurden eingerichtet. In allen ihren täglichen Sorgen machten sich die Frauenausschüsse zum wahren Anwalt der Fraueninteressen.

„Wir können nicht gutheißen, daß das Mittagessen in den Kindertagesstätten 0,50 RM kosten soll.

Man muß bedenken, daß die Frauen zwar seit Wochen arbeiten... Selbst wenn sie 0,72 RM die Stunde verdienen, können sie das nicht zahlen, zumal sie oft zwei bis drei Kinder in den Tagesstätten haben. Wir wissen auch nicht, wie dieser Preis errechnet worden ist... Unseres Erachtens darf man also auf keinen Fall mehr als 0,25 bis 0,50 RM verlangen!“

schrrieb zum Beispiel der Frauenausschuß eines Berliner Stadtbezirks an die Stadtverwaltung. Ob es der Kampf gegen den Schwarzen Markt, gegen die Verschleuderung von Material zur Herstellung von überflüssigem Tand war oder die Frage der Lebensmittelkartenzuteilung für die arbeitenden Frauen und die Verbesserung der Rationssätze für die Hausfrauen – es gab keine Frage, der sich die Frauenausschüsse nicht annahmen und bei deren Lösung sie nicht auf die Solidarität und Mitarbeit breiter Kreise der Frauen rechnen konnten. Als der nahende Winter die schnelle Auflösung der in Baracken untergebrachten provisorischen Kinderheime notwendig machte, forderte der Frauenausschuß Berlin-Lichtenberg durch Maueraufläufe auf, Kinder aufzunehmen. Zahlreiche Frauen waren unzufrieden, als keine Kinder mehr für sie übrigblieben, da die 180 Kinder in wenigen Stunden untergebracht waren.

Die große Aufgeschlossenheit der Frauen gab der politischen Aufklärungsarbeit der antifaschistischen Frauenausschüsse ein

breites Echo. Frauenversammlungen waren stets überfüllt, und mehr und regelmäßiger Zusammenkünfte wurden verlangt. Viele Frauen wurden sich hier zum ersten Male bewußt, daß es um mehr ging als um die drückende Gegenwart. Voller Stolz auf ihre Leistungen beim Aufbau fühlten sie die Berechtigung, ihre Forderungen aufzustellen, um endlich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft zu werden. Der Kapitalismus hatte die Frau in den Produktionsprozeß einbezogen, ihr aber die Gleichberechtigung vorenthalten. Den schillernden Worten der Weimarer Verfassung, die Frau sei dem Mann gleichberechtigt, standen die harten Tatsachen gegenüber, daß die Frauenarbeit niedriger bezahlt wurde als Männerarbeit, daß die große Masse der Frauen, von der Kleinarbeit der Haushaltsfron erdrückt, abgestumpft und erniedrigt, den Fragen der Politik ferngeblieben war. Der Faschismus hatte mit seiner Herrenmenschensmoral der Frau sogar offen jede Rolle im gesellschaftlichen Leben abgestritten und sie zum Arbeitssklaven im Betrieb und in der Hauswirtschaft gemacht.

„Im wirtschaftlichen Leben steht die Frau mit an erster Stelle. Und wie sieht es im politischen Leben aus? Soll sie da an letzter Stelle stehen?...

Ihr müsst auf politischem und sozialem Gebiet dieselben Rechte zustehen wie dem Manne. Die alte Losung ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ muß im neuen demokratischen Deutschland endlich verwirklicht werden. Dem Mutterschutz muß ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Frauen müssen die Plätze einnehmen, die ihnen gebühren. Sie müssen vertreten sein in den öffentlichen Ämtern, als Lehrerin in den Schulen, in den Gewerkschaften und als Betriebsräte. Im neuen Deutschland darf die Gleichberechtigung der Frau nicht nur eine formelle sein, sondern sie muß praktisch verwirklicht werden!“¹

Das forderten die Delegierten der Leunawerke auf dem Gründungskongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes im Februar 1946. Im Zusammenhang mit den Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und voller Gleichberechtigung wurden immer wieder planmäßige Schulung und Umschulung,

¹ „Protokoll der ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz des FDGB für das sowjetisch besetzte Gebiet“, S. 190/191.

Schutz für Schwangere und stillende Mütter, Arbeitskleidung und Arbeitsschuhwerk für die Frauen verlangt und vor allen Dingen die Einrichtung von Betriebskindergärten, um den Frauen die Sorge um die Kinder während der Arbeitszeit zu nehmen. Die sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften unterstützten diese Forderungen. In den Betrieben wurden gewerkschaftliche Frauenausschüsse geschaffen. Zusammen mit den Betriebsräten schufen diese im Rahmen des damals Möglichen manche Erleichterung für die arbeitenden Frauen.

Natürlich konnte niemand erwarten, daß das jahrtausendlang begangene Unrecht an der Frau mit einem Schlage hätte beseitigt werden können. Dazu war ein langer Kampf für die Schaffung der materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen, vor allem aber für die Umerziehung der Frauen und Männer notwendig. Nur in einigen wenigen Berufen konnte den Frauen Anfang 1946 der gleiche Lohn für gleiche Leistung gewährt werden. Daß die Frauen aber ihre Forderungen stellten, das bedeutete, daß sie sich bewußt in die Front der Aufbauwilligen einordneten und als werktätige politische Menschen im Kampf um das neue demokratische Leben Stellung bezogen.

Die reaktionären Kräfte verstanden gut, daß die Frau aufhörte, eine Reserve der Reaktion zu sein, und daß sie zum aktiven Kämpfer für die Umgestaltung der Gesellschaft werden mußte, wenn sie fordernd und ihrer Bedeutung sich bewußt, ins politische Leben trat. Die Hetzpropaganda des Westens trat in Aktion. In Frankfurt am Main wurden Filme gezeigt, die die Bauarbeiterinnen von Berlin verhöhnten und als abschreckendes Beispiel darstellten. Reaktionäre Kräfte in den bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone griffen das Stichwort auf:

„Die Frau ist im allgemeinen zum selbständigen politischen Denken, zum Weitblick nicht befähigt... Aus diesen fraulichen Eigenheiten ergeben sich politische Gefahren für das Wahlrecht der Frauen, denn Politik ohne Weitblick muß scheitern!“

hieß es zum Beispiel im Organ der Christlich-Demokratischen Union, „Neue Zeit“, am 5. Dezember 1945. In den Frauenaus-

schüssen äußerte sich diese Kampagne in Versuchen, die Arbeit der Ausschüsse auf Fragen der Solidarität und Sozialfürsorge zu beschränken und bisher politisch nichtorganisierte Frauen aus den Leitungen fernzuhalten. Aber die Frauen erteilten diesen Attacken die notwendige Abfuhr:

„Diese Ansicht, die wieder die Parole ‚Zurück zum Kochtopf‘ prägt, die der Frau jede Beteiligung am öffentlichen Leben abspricht, gehört in die nazistische Zeit zurück... Infolge der Kriegsofoper werden Millionen von Frauen ohne Mann durchs Leben gehen, ja, es werden sogar unendlich viele ihre Kinder selbst großziehen und ernähren müssen. Und diese Frauen sollten dann nicht inmunde sein, am politischen Leben teilzunehmen?!“

antworteten die Frauen von Rahnsdorf in einer Entschließung an die Adresse der „Neuen Zeit“.

Ein neues Leben der Jugend begann

Die ganze Tragik der Hitlerkatastrophe lastete auf der jungen deutschen Generation. Niemals war eine Jugend schändlicher verraten und vollständiger verführt worden. In der Schule, in der Hitlerjugend und im Bund deutscher Mädchen im faschistischen Geist erzogen, kannte ein großer Teil der Jugend nichts anderes als die verbrecherischen Lehren der Naziideologie. Mit dem Hitlerreich waren ihre bisherigen Ideale und Maßstäbe zerbrochen. Mit den neuen Begriffen der Zeit und den neuen Aufgaben wußte die Masse der jungen Generation nichts anzufangen. Sie wußte nichts von den historischen Aufgaben der Arbeiterklasse und von der verbrecherischen Rolle der Monopolisten und Junker in Deutschland. Der ungerechte, räuberische Charakter des Hitlerkrieges war ihr unbekannt, und von der friedlichen Politik der Sowjetunion hatte sie überhaupt nichts gehört. Die Masse der Jugendlichen war verzweifelt, ließ sich von den Ereignissen treiben, und viele lebten nach dem Grundsatz „Jeder ist sich selbst der Nächste“. Mehr noch als nach anderen Kriegen zeigte sich nach diesem nazistischen Raubkrieg moralischer Verfall besonders unter Teilen der Jugend.

Natürlich gab es auch Jugendliche, denen es gelungen war, sich mit Hilfe bewußter antifaschistischer Eltern oder Freunde vom Nazigift fernzuhalten, und die selbst am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen hatten. Selbst manche Mitglieder der Hitlerjugend hatten in der letzten Zeit der Hitlerherrschaft ihrer Opposition gegen die Naziführer Ausdruck gegeben. Andere hatten sich angesichts der Kriegsoffer in ihrer Familie zu einer kritischen Haltung gegenüber dem Faschismus durchgerungen. Der weitaus überwiegende Teil der Jugend aber stand zunächst abwartend und oft auch ablehnend abseits. Es bedurfte einer tiefgehenden, langwierigen Arbeit, um die Hirne und Herzen dieser jungen Menschen vom Gift des faschistischen Denkens und Fühlens zu befreien.

So notwendig die Erkenntnis war, daß der Nazismus gerade unter der Jugend das größte Unheil angerichtet hat, so falsch war die damals nicht seltene Meinung, mit dieser Jugend sei nichts anzufangen. Es war das Verdienst der Kommunisten, daß sie sich bereits in den ersten schweren Wochen, als es noch darum ging, das nackte Leben tagtäglich unter größten Schwierigkeiten zu ermöglichen, mit Vertrauen an die jungen Menschen wandten und ihnen halfen, einen neuen Weg zu finden. Schon im Juni 1945 wies Walter Ulbricht die Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands auf ihre große Verantwortung für die junge Generation hin:

„Besonders wichtig ist auch die Schaffung von *Jugendausschüssen*. Wohl hat die deutsche Jugend nichts anderes gehört als den Ungeist der Nazi-propaganda . . . Wir haben das Vertrauen zur deutschen Jugend, daß sie mit Hilfe der erfahrenen Antifaschisten aus der Katastrophe, in die Hitler Deutschland getrieben hat, lernen wird. Deshalb begrüßen wir die Beschlüsse verschiedener Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die bei den Besatzungsbehörden um die Genehmigung von Jugendausschüssen nachgesucht haben . . . Pflicht der Erwachsenen ist es, der Jugend überall und immer zu helfen und einen erfahrenen Antifaschisten in jeden Jugendausschuß zu entsenden, der den Jugendlichen mit seinen Erfahrungen beisteht . . .“¹

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 446.

Die Jugendausschüsse, die bei den Gemeinde- und Stadtverwaltungen gebildet wurden, taten viel dazu, in den Jugendlichen das von den Nazis ertötete menschliche Gefühl für Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge, Sittlichkeit und Verbrechen zu wecken und ihnen die ersten Ahnungen von der großen begeisternden und ehrenvollen Aufgabe der demokratischen Erneuerung Deutschlands und der Freundschaft mit den Völkern zu geben. Um die jungen Menschen umzuerziehen, war vor allem notwendig, sie an ernste verantwortliche Arbeit zu gewöhnen. Da die meisten keinen Beruf erlernt hatten und die Produktion erst anlief, war es schwer, genügend Arbeitsplätze und Lehrstellen zu finden. Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen war noch groß. Der regelmäßige Schulunterricht wurde erst im Oktober wieder aufgenommen. Um die jungen Menschen zunächst von der Straße wegzubringen, richteten die Jugendausschüsse in Berlin zum Beispiel 207 Arbeitsstuben ein, in denen Kleidungsstücke angefertigt oder repariert wurden. In freiwilligen Aufbau- und Enttrümmerungseinsätzen wurden Ziegel geputzt, Schützengräben eingeebnet oder Wurzeln gerodet. Viele Dächer wurden durch die Hände der Jungen und Mädels repariert.

Bei diesen Arbeitseinsätzen wurden die ersten Diskussionen geführt, und mit der Arbeit kam wieder Frohsinn und eine erste Vertrautheit mit den neuen Ideen. Die „Deutsche Volkszeitung“ berichtete am 21. August 1945 unter der Überschrift: „Neues Leben regt sich bei der Jugend – Jugendausschüsse am Werk“ über die ersten Erfolge der Jugendausschüsse in vielen deutschen Städten. Aus Bernau wurde zum Beispiel gemeldet:

„Die Jugend Bernaus steht in der Erfüllung der heute so notwendigen Aufgaben nicht zurück. Vom jüngsten Schulalter an hatte sie, schon ehe der vor kurzem gebildete Jugendausschuß sie dazu aufrief, aktiven Anteil an der Sicherung der Ernte. Sie schuf die Voraussetzungen zum Einsatz der Erntemaschinen durch rechtzeitiges Einebnen der Schützen- und Splittergräben und das Entfernen von Stolperdrähten in den Feldern.

Es war eine Freude, zu sehen, wie die Schuljugend mit dem Spaten oder der Hacke auf den Schultern vom Felde heimwärts durch die Straßen der Stadt zog, keineswegs verzagt oder abgespannt, sondern fröhlich plaudernd.

Auch an der Sammlung von Heilkräutern hatte die Bernauer Jugend ihren Anteil, und sie versäumte nicht, in dem Gelände nach zerstreuten Autoreifen zu suchen, um sie der notwendigen Wiederverwendung zuzuführen. Die Bergung der Hackfruchternte ist die nächste Aufgabe, auch sie wird gelöst werden.

Packende Vorträge bewährter Antifaschisten und geselliges Beisammensein bei Sang und Klang waren der Inhalt der Abende, die sich die Jugend selber gestaltete.“

Die Jugendlichen richteten selbst Jugendheime und Sportplätze ein, veranstalteten Vorlesungen und Vorträge, Musik-, Theater- und Tanzabende. Auf Heimabenden wurden die jungen Menschen mit den Werken der großen deutschen humanistischen Kultur bekannt. Zum ersten Male lernten sie Arbeiterlieder und hörten von erfahrenen Antifaschisten über den opfervollen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihre großen Heroen Marx, Engels, Liebknecht und Thälmann.

Der Kreis der Jugendlichen, die sich bewußt in die Front des demokratischen Aufbaus einreichten, wuchs. In Leipzig erschienen an einem freiwilligen Arbeitssonntag statt der vom Jugendausschuß erwarteten 5000 Jugendlichen 12 000 junge Menschen. Die besten Erfolge hatten die Jugendausschüsse, wenn ihnen einige erfahrene Antifaschisten beratend zur Seite standen. Es kam darauf an, die Initiative der Jugend zu wecken und eine einheitliche, freie Bewegung der Jugend zu schaffen. Selbst manche ehrliche Antifaschisten verstanden damals nicht, daß die Arbeiterparteien keine eigenen Jugendorganisationen bildeten wie vor 1933. In den bürgerlichen Parteien wurde die Forderung nach weltanschaulichen oder religiösen Jugendbünden laut. Aber war die Zersplitterung und Spaltung der Jugendbewegung vor 1933 nicht ein warnendes Beispiel? Am besten konnte die Jugend den Interessen des Volkes dienen, wenn die alte Zersplitterung in Jugendorganisationen, Bünde usw. überwunden wurde und wenn sich die breite Masse der Jugend aller Schichten kameradschaftlich zusammenfand.

Die besten und aktivsten Jugendlichen, die sich in der Arbeit bewährt hatten, fanden ihren Platz in den Reihen der Arbeiterparteien. Die Kommunistische Partei Deutschlands faßte den Beschluß,

Jugendlichen vom 16. Lebensjahr an den Beitritt zu gestatten. In den Jugendausschüssen aber wurde allen Jugendlichen das Tor zur Mitarbeit weit geöffnet. Daß dabei die ehemaligen Mitglieder der HJ und des BdM nicht ausgeschlossen wurden, verstand sich von selbst, da diese Naziorganisationen fast keinen jungen Menschen verschont hatten. Die Jugendausschüsse konnten an Einfluß stark gewinnen, als sie die ehemaligen einfachen Mitglieder der HJ und des BdM aus den Sondereinsätzen, zu denen die Nazis herangezogen wurden, herausnahmen und sie gemeinsam mit den anderen Jugendlichen für Aufbauarbeiten mobilisierten. Auf Vorschlag der Jugendausschüsse billigte die Berliner Kommandantur der Sowjetischen Militärverwaltung gleichzeitig, daß Jugendliche, die aus der HJ und dem BdM in die NSDAP übergeführt worden waren und sich dort nicht aktiv betätigt hatten, nicht mehr als Nazis behandelt werden sollten.

Als am 9. September 1945 das befreite Berlin die erste große Demonstration der Nachkriegszeit zu Ehren der Opfer des Nazi-terrors erlebte, zeigte die starke Beteiligung der Jugend, daß der neue Geist in der jungen Generation allmählich Wurzeln zu fassen begann. Den Jugendausschüssen gelang es, die Initiative der aufgeschlossensten Jungen und Mädchen zu wecken und sie aktiv in den demokratischen Aufbau einzureihen. Der größere Teil der Jugend aber stand noch abseits. Viele Wünsche der Jugend, wie die Schaffung von genügend Lehrstellen, die Verbesserung der Verpflegungssätze und der Arbeitsbedingungen, konnten unter den damaligen Umständen nur Schritt für Schritt erfüllt werden. Es entstanden Lehrwerkstätten und Lehrbauhöfe; Fachschulen und Berufsschulen nahmen ihre Tätigkeit auf. Es war ein großer Erfolg, daß im Winter 1945/46 in Sachsen-Anhalt die Jugendarbeitslosigkeit dank der unermüdlichen Arbeit der Jugendausschüsse und der Unterstützung der antifaschistischen Kräfte und der Sowjetischen Militärverwaltung liquidiert werden konnte. In Berlin in dessen gab es zu dieser Zeit immerhin noch 20 000 Jugendliche ohne Arbeit.

Das Verdienst der Jugendausschüsse besteht darin, daß sie sich der täglichen Sorgen der jungen Menschen annahmen, daß sie an

die Interessen und guten Instinkte junger ehrlicher Menschen anknüpften und aus ihnen die ersten einheitlichen demokratischen Jugendgruppen bildeten. Durch ihre ideologische und organisatorische Aufbauarbeit schufen sie das Fundament, auf dem später die einheitliche, demokratische und machtvolle Organisation der Jugend, die Freie Deutsche Jugend, entstehen konnte.

Von großer Bedeutung für die Erziehung der Jugend war die rasche Eröffnung der Schulen und die demokratische Neugestaltung des ganzen Schulwesens. Am 25. August 1945 erließ im Namen der Sowjetischen Militärverwaltung Marschall Shukow einen bedeutungsvollen Befehl, der die Grundlage schuf für eine neue deutsche Schule, für den Beginn der demokratischen Schulreform.

*

Eine beachtenswerte neue Erscheinung im öffentlichen Leben in der sowjetischen Besatzungszone war die Herstellung eines neuen, freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den Werktätigen und der Intelligenz. Einen wertvollen Beitrag dazu und zur Gestaltung einer demokratischen Kultur leistete der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, der im Juli 1945 auf Initiative und unter der Leitung des deutschen Dichters Johannes R. Becher geschaffen wurde.

So begann sich im Osten Deutschlands, angeregt und unterstützt durch die weitsichtige Politik der sowjetischen Besatzungsmacht, schon in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung das demokratische Leben kräftig zu regen. Der schnelle Aufbau der demokratischen Parteien, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterparteien, die Schaffung des antifaschistisch-demokratischen Blocks, die Aufnahme der Tätigkeit der freien Gewerkschaften, die Frauen- und Jugendarbeit, alles das zeigt, wie die demokratischen Kräfte sich formierten und ihre ersten Schritte nach vorwärts machten. Dies war jedoch erst der Anfang, die großen Kämpfe standen noch bevor.

Die Reaktion war auch in der sowjetischen Besatzungszone noch nicht ganz geschlagen. Aber jeder, der politisch zu denken im-

stande war, mußte sehen, daß das deutsche Volk unter der Führung der Arbeiterklasse dabei war, ein neues Kapitel seiner Geschichte aufzuschlagen. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte hatten in einem Teil Deutschlands die antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Volkes die wichtigsten Funktionen in den Selbstverwaltungsorganen und in der Wirtschaft in die Hand genommen. Die Arbeiterklasse, die bisher in Deutschland stets von allen grundlegenden Entscheidungen in Staat und Wirtschaft ausgeschlossen war, wurde im östlichen Teil Deutschlands zum Motor des demokratischen Aufbaus. Die Kommunistische Partei, die überall mit größter Aktivität und Entschlossenheit vorangegangen war, hatte vom ersten Tage an als staatsaufbauende Partei gehandelt. Sie hatte sich dabei von der grundlegenden Erkenntnis leiten lassen, daß das Schicksal des Volkes und der Nation von der Fähigkeit der deutschen Arbeiterklasse abhing, aus der Geschichte gründliche Lehren zu ziehen und die reaktionären Kräfte daran zu hindern, ihre erschütterten Machtpositionen wieder zu festigen. Die Überwindung der Spaltung und die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse war das entscheidende Neue, der Schlüssel, der das Tor zu einer glücklichen, friedlichen Zukunft des deutschen Volkes weit öffnete.

Die Lage in Westdeutschland 1945

Schon nach den ersten Wochen zeigte sich, daß die Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen zurückblieb. Wenn sich die demokratischen Kräfte im Westen nicht entfalten konnten, so lag es keineswegs an den deutschen Arbeitern und den anderen Werktätigen. Die gleichen Kräfte, die in der sowjetischen Besatzungszone so mutig die ersten Schritte in das neue demokratische Leben machten, gab es in ganz Deutschland. Das große Programm, das die Kommunistische Partei Deutschlands aufgestellt hatte, entsprach den historischen Aufgaben des ganzen deutschen Volkes und erhob selbstverständlich Anspruch auf gesamtdeutsche Geltung. Alle einfachen Menschen in Deutschland fühlten damals, daß eine

neue Epoche der deutschen Geschichte begann, in der das werktätige Volk sein Schicksal selbst in die Hand nehmen mußte. Unter den Arbeitern bestand im Westen wie im Osten das gleiche Verantwortungsbewußtsein für Volk und Nation und das gleiche Streben, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die gleiche Hoffnung auf die Herstellung der Einheit, die gleiche Bereitschaft, trotz aller Schwierigkeiten den Kampf aufzunehmen.

Sozialdemokraten nicht minder als Kommunisten kämpften auch in Westdeutschland für die Überwindung des Bruderzwistes in der Arbeiterklasse und strebten zur Einheit. Das zeigte sich in vielen Beratungen, Programmen und Aktionen. Schon im Mai 1945 hatte zum Beispiel in München ein Komitee von 60 Gewerkschaftlern einen Plan für die Schaffung eines einheitlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ausgearbeitet. In vielen Teilen Westdeutschlands wurde sofort nach der Befreiung mit dem Aufbau neuer freier, einheitlicher Gewerkschaften begonnen. So entstanden in Hamburg schon Mitte 1945 wirkliche Klassenkampforganisationen des Proletariats. Im Ruhrgebiet wurde eine Gewerkschaft der Bergarbeiter aufgebaut. In vielen Orten Niedersachsens wurden, dem Aufruf des vorbereitenden Ausschusses folgend, Gruppen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes geschaffen.

Im August arbeiteten bayrische kommunistische und sozialdemokratische Genossen ein gemeinsames Aktionsprogramm aus. Am 19. September 1945 berichtete die von der amerikanischen Armee herausgegebene „Allgemeine Zeitung“ von den ersten politischen Versammlungen in Westdeutschland. Auf einer kommunistischen Versammlung in Frankfurt am Main begrüßten sozialdemokratische Genossen die Versammlung und erklärten, daß die Grundlage für den kommenden Aufbau die Einigkeit der Arbeiterschaft sein müsse. Auf einer Versammlung der Sozialdemokraten am gleichen Tage sprach ein Kommunist unter großem Beifall für die Einheit der Arbeiterklasse. In einigen Fällen waren die Arbeiter zu gemeinsamen Aktionen übergegangen und hatten Werkleiter und Fabrikbesitzer, die Kriegsverbrecher waren, abgesetzt und

Faschisten verhaftet. Der große Gedanke der Einheit der Arbeiterklasse war in Ost und West lebendig.

Die deutsche Reaktion selbst wäre nicht imstande gewesen, den starken Strom, in dem die Arbeiterklasse auch in Westdeutschland zur Einheit strebte, zu hemmen oder gar aufzuhalten. Ihr kamen ihre Geschäftsfreunde von der Besatzungsmacht zu Hilfe, die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, von Verboten, Verhaftungen und Gerichten bis zur Demagogie ihrer AFL-Agenten, in Aktion traten. Bis Ende August 1945 war jede politische Betätigung verboten. Versammlungen wurden nicht gestattet. Es gab außer den Zeitungen der Besatzungsheere keine Presse. Alles zielte darauf ab, eine Atmosphäre des politischen Stillstandes zu schaffen, um die Kontrolle der Bewegung in die Hand zu bekommen und reaktionären Kräften in der Arbeiterbewegung Zeit zu geben, sich zu organisieren und dem Einheitsstreben die Spitze abzubrechen. Viele Antifaschisten wurden von den Militärregierungen verhaftet, weil sie angeblich illegale Versammlungen durchgeführt oder sich sonst irgendwie in dem unübersehbar wuchernden Paragraphendickicht der Besatzungsbestimmungen verfangen hatten. Die von den Arbeitern geschaffenen Einheitsgewerkschaften im Ruhrgebiet und in Hamburg wurden von den Besatzungsmächten aufgelöst.

Die reaktionären Agenten der AFL, die in der amerikanischen Militärregierung mitarbeiteten, spielten die ihnen geläufige Rolle des Arbeiterrrats mit besonderer Infamie. Leiter der AFL innerhalb der Verwaltung der amerikanischen Militärregierung war zum Beispiel der irische Katholik und frühere Sekretär der AFL in Chicago, Joseph Keenan. Dieser Agent wollte zunächst überhaupt verhindern, daß die deutschen Arbeiter sich organisierten und demokratische Forderungen stellten, weil er mit Recht fürchtete, daß die Kommunisten auf Grund ihres großen Ansehens, das sie sich im Kampf gegen den Hitlerfaschismus erworben hatten, und dank ihrer zielbewußten Politik eine führende Rolle innerhalb der neuen Gewerkschaften einnehmen würden. Als ihm berichtet wurde, daß die deutschen Arbeiter gewillt seien, Funktionäre zu wählen und ihre Gewerkschaften aufzubauen, lehnte er zunächst ab. Nur wider-

strebend stimmte er schließlich zu, daß örtlich Betriebsräte gewählt werden durften. Aber Versammlungen waren und blieben verboten. Ein Teilnehmer an der ersten Beratung mit dem Vertreter der amerikanischen Besatzungsbehörde berichtet:

„Ich fragte ihn dann, wie man demokratische Wahlen durchführen und eine Gewerkschaft aufbauen könne, ohne irgendwelche Versammlungen durchzuführen. Keenan fuhr auf mich los und schnaubte: ‚Ich habe erklärt: „Keine Versammlungen!“

Erst Ende August 1945 gab die amerikanische Militärregierung bekannt, daß Gesuche um Lizenzen für Gewerkschaften und demokratische Parteien entgegengenommen würden. Dabei wurden zunächst nur Organisationen im örtlichen Maßstabe zugelassen. So konnte zum Beispiel die „Deutsche Volkszeitung“ erst am 2. Dezember 1945 aus Garmisch-Partenkirchen berichten, daß im dortigen Landkreis am 1. Dezember als erste Partei die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Tätigkeit aufnehmen durfte. Erst 1946 wurde die Bildung von Parteileitungen im Maßstabe der drei westlichen Besatzungszonen gestattet.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands selbst gibt in seinem Jahrbuch folgende Einschätzung der politischen Lage in Westdeutschland in den ersten Wochen und Monaten nach der Kapitulation:

„Ausschüsse aus der Bevölkerung, die sich in den ersten Tagen hier und da spontan gebildet hatten, um Einfluß auf die Lösung der Probleme zu nehmen, die von ihnen aus den Erfahrungen der zwölf Jahre als besonders brennend angesehen wurden, fanden keine Bestätigung und wurden wieder aufgelöst. Von ihnen getroffene Maßnahmen, wie z. B. Absetzung politisch belasteter Beamten, Einsetzung von Personen mit demokratischer Legitimierung, Strafmaßnahmen gegen örtlich bekannte Anhänger des Nazisystems wurden nur in wenigen Fällen sanktioniert, in sehr vielen dagegen rückgängig gemacht. Infolgedessen blieben zunächst viele als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierung in ihren Ämtern, und nicht wenige von ihnen verstanden es, sich die besonderen Umstände, die sich aus der Besetzung ergaben, zunutze zu machen . . .

Die politische Betätigung war grundsätzlich allen Deutschen verboten, auch denen, die 12 Jahre lang wegen ihrer bewiesenen Gegnerschaft zur Diktatur

nur eine Sehnsucht hatten: Wieder in der freien Luft der Demokratie atmen zu können und alle zur Rechenschaft zu ziehen, die nicht nur ihnen persönlich Gewalt antaten, sondern auch mit dazu beigetragen hatten, daß der Nazikrieg erst Europa und dann Deutschland zerstören konnte.“¹

Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarteten, daß die SPD den Kampf aufnehmen würde, um den Nazismus mit der Wurzel auszurotten. Den sozialdemokratischen Arbeitern war klar, daß der Hitlerfaschismus eine Form der Herrschaft des Monopolkapitals war, daß die aggressivsten, barbarischsten Kreise des Monopolkapitals den Hitlerfaschismus an die Macht gebracht hatten, um ihre Welteroberungspolitik durchzusetzen. Entsprechend dieser Erkenntnis stellten sozialdemokratische Mitglieder die Forderung auf Enteignung der Konzern- und Bankherren. Die Tatsache, daß die Konzernherren Hitlers Wehrwirtschaftsführer gewesen waren und dem Rüstungsrat angehört hatten, ließ keine Zweifel aufkommen, daß sie die hauptsächlichsten Kriegsverbrecher waren. Die Sozialdemokratie als Partei begann jedoch ihre Tätigkeit nicht mit der Veröffentlichung eines solchen Aktionsprogramms, obwohl ihr Führer Schumacher erklärte, daß alle Parteien Zeit genug gehabt hätten, ein Programm für die Zeit nach dem Ende der Hitlerherrschaft auszuarbeiten.

Die Ursache hierfür ist in dem kleinbürgerlichen Charakter der sozialdemokratischen Politik zu suchen. Die Sozialdemokratie hat seit dem Siege des Opportunismus in der SPD nie eine selbständige Politik der Arbeiterklasse vertreten, weder 1918 noch 1925, noch 1932. Auch 1945 ging sie nicht von der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse aus, sondern wartete ab, was die Westmächte und die bürgerlichen Kreise tun würden. Es kam hinzu, daß die alten Führer der Sozialdemokratie, wie Heine, Ollenhauer, Tarnow, schon in der Emigration Pläne der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften geschmiedet hatten, wobei die herrschenden Kreise der USA und Großbritanniens durch ihre Geheimdienste ihren Einfluß geltend machten. Angesichts der antifaschi-

¹ „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946“, S. 5.

stischen Stimmung breiter Kreise der Arbeiterklasse, die eine Neuorientierung forderten, hielten es die amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsbehörden für angebracht, systematisch den rechten sozialdemokratischen Führern leitende Funktionen in den Ländern, Städten und in den örtlichen Gewerkschaftsorganisationen zu übertragen. Aktive Arbeiter, die in den Konzentrationslagern Hitlers schwer gelitten hatten, wurden beiseite geschoben. Die Militärbehörden gingen so weit, zu fordern, daß Mitgliedern von Gründungskomitees der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsfunktionären von Advokaten bestätigt werden mußte, daß sie früher Gewerkschaftsfunktionäre waren.

Die früheren Sozialdemokraten in allen Teilen Deutschlands erkannten zur damaligen Zeit den Zentralausschuß der SPD, der sich in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, gebildet hatte, als die vorläufige Führung der SPD an. Es gab keinen Grund, die SPD und die KPD nach Zonen zu organisieren, das um so weniger, als sich einige bürgerliche Parteien ebenfalls für ganz Deutschland bildeten. Unter dem Einfluß der amerikanischen und englischen Besatzungsbehörden gingen jedoch die rechten sozialdemokratischen Führer dazu über, die Sozialdemokratie in den Westzonen abzusondern. Einige Monate nach der Bildung des Zentralausschusses der SPD für ganz Deutschland in Berlin riß der frühere Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Schumacher in der amerikanischen und englischen Zone die Führung an sich und bildete in Hannover eine westdeutsche sozialdemokratische Führung. Schumacher hatte schon 1932 als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter die Rolle der Sozialdemokratie damit begründet, daß sie mehr Frontsoldaten des ersten Weltkrieges in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion habe als andere Parteien. Diese chauvinistische Politik setzte Schumacher fort, indem er die Auseinandersetzungen über die Oder-Neiße-Grenze in den Vordergrund schob. Während die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter nach den gemeinsamen Leiden in den Konzentrationslagern für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintrat, begann Schumacher seine Tätigkeit mit der Stellungnahme gegen die Kommu-

nistische Partei Deutschlands, der er die Existenzberechtigung absprach. Auf der ersten Konferenz der SPD im Oktober 1945 lehnten Schumacher, Ollenhauer und Heine es ab, auf irgendeinen Annäherungsversuch mit den Kommunisten auch nur andeutungsweise einzugehen.

So setzte die sozialdemokratische Führung ihre alte verhängnisvolle Politik fort. Die sozialdemokratische Führung betrieb die gleiche Taktik wie nach 1918. In Worten kam sie den Forderungen der Werktätigen entgegen, aber in der Praxis tat sie etwas ganz anderes. Der Rechtsanwalt Dr. Schumacher erklärte:

„Die Sozialdemokratie kämpft für die Vergesellschaftung der sozialisierungsreifen Zweige des Wirtschaftslebens, für die Abschaffung der Monopolrenten, für die Unterstellung der Kartelle und Truste unter die Herrschaft der Allgemeinheit.“

Er sprach also nicht von der Enteignung dieser Kriegsverbrecher, sondern gebrauchte solch allgemeine Phrasen wie die „Abschaffung der Monopolrenten“ oder die „Unterstellung der Kartelle“. Er sprach nicht klar von der Übergabe des Bodens der Großgrundbesitzer an die landarmen Bauern und Landarbeiter, sondern von der „Begrenzung des Großgrundbesitzes“ und von der Schaffung eines „bäuerlichen Siedlungsprogramms“. Die Sozialdemokratie forderte nicht, daß die Kriegsverdiener die Lasten des Krieges und der Reparationen zahlen sollten, sondern sie forderte „die gerechte Verteilung der Lasten auf die Schultern aller“. Sie erklärte: „Der Wiederaufbau kann nur planmäßig gelenkt vor sich gehen.“ Sie sagte aber nicht, welche Kräfte dieses „Vorsichgehen“ herbeiführen sollten und auf welche Weise es geschehen sollte. Ganz allgemein redeten die rechten sozialdemokratischen Führer: „Der Eigennutz einzelner Gruppen und Personen ist dem allgemeinen Interesse unterzuordnen.“

Statt alles zu tun, um die Kräfte der Arbeiterklasse zu einigen, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern herzustellen und damit in Deutschland eine Kraft zu schaffen, die von keiner westlichen Besatzungsmacht ignoriert werden konnte, er-

klärte der Rechtsanwalt Schumacher, vor allem sei „das Vertrauen der Vereinten Nationen“ notwendig.

Wie die Tatsachen zeigten, meinte Dr. Schumacher, als er von „Vereinten Nationen“ sprach, das amerikanische und englische Großkapital, das die Organisation der „Vereinten Nationen“ zu einem einseitigen gegen die Sowjetunion gerichteten Instrument zu machen bestrebt war.

Ein klassisches Spiegelbild dieser verhängnisvollen Politik waren die „Richtlinien“ der Sozialdemokratie. Darin erklärte die Sozialdemokratie, daß sie den Anspruch auf die Führung erhebe. In diesem Dokument hieß es:

„Der Sinn der sozialdemokratischen Politik liegt darin, den Menschen ökonomisch zu befreien und ihm die Voraussetzungen für die politische und moralische Freiheit zu schaffen.“

Es sei notwendig, daß jetzt

„die arbeitenden Massen, die Menschen ohne oder mit nur geringem Besitz, zum Zuge kommen. Es ist der Kapitalismus in Deutschland, der mit dem Zusammenbruch seiner politischen Methoden und Parteien auch selbst zusammengebrochen ist. Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in das gesellschaftliche Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung.“

Und weiter wurde in dem Dokument gesagt:

„Die Verstaatlichung der Großindustrie, Großfinanz und die Aufsiedlung des Großgrundbesitzes sind volkswirtschaftlich eine absolute Notwendigkeit.“

Und schließlich wurde in diesen parteiamtlichen Richtlinien der Sozialdemokratie die Schaffung des Sozialismus proklamiert.

Der gefährlichste Trick der sozialdemokratischen Führung bestand also – ganz wie 1918 – darin, den Arbeitern weiszumachen, daß der Kapitalismus bereits zusammengebrochen sei. Einer der Berliner Führer der Sozialdemokratie erklärte, daß man den bereits



Wiederbelebungsversuche werden erfolglos bleiben!

Karikatur aus dem „Sozialdemokrat“

7. Mai 1947

am Boden liegenden Kapitalismus nicht noch zu enteignen brauche. Einige sozialdemokratische Führer, wie der Kriegsgerichtsrat Carlo Schmid, traten offen gegen die Möglichkeit des Kampfes um eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf. Sie wollten den Arbeiter in einen „Betriebsbürger“ umwandeln, indem sie die Arbeiter zu Teilhabern der Unternehmer machten.

Die Forderung der Arbeiterklasse in Westdeutschland nach Enteignung der Konzernherren und Bankherren war jedoch so stark, daß sogar die britische und die USA-Regierung gegen die Forderung nach „demokratischer Sozialisierung“ keine Einwendungen erhoben. Die Bourgeoisie war klug genug, die Funktion der Wirtschaftsminister in den Landesregierungen den Sozialdemokraten zu übergeben. Das geschah, um die Sozialdemokratie für die Folgen der Hitlerherrschaft mitverantwortlich zu machen und zugleich mit ihrer Hilfe die Sozialisierung zu verhindern. Die sozialdemokratischen Minister in den Landesregierungen, die sozialdemokratischen Kreisräte und Oberbürgermeister gingen nicht etwa dazu über, zunächst die staatlichen Verwaltungsorgane von den aktiven Nazis zu säubern und die Betriebe, wo der Unternehmer nicht mehr anwesend war, in die Hände der Arbeiter zu geben sowie die Arbeiterkontrolle zu organisieren, sondern sie beschränkten sich darauf, die Werktätigen aufzufordern, zu arbeiten, um die Folgen der Katastrophe Hitlerdeutschlands zu beseitigen.

Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Funktionäre in den Verwaltungen wiederholte so den Grundfehler von 1918/1919. Die Verbundenheit der Sozialdemokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat, ihr Respekt vor der kapitalistischen Staatsmacht hinderten sie daran, diesen Apparat zu zerschlagen und zuverlässige Antifaschisten, vor allem Männer und Frauen, die in den Konzentrationslagern gelitten hatten, an die Spitze neu zu organisierender Verwaltungsorgane zu stellen. Dem Zusammenspiel der Besatzungsmächte und der kleinbürgerlichen Partei- und Gewerkschaftsführer gelang es, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und in Westberlin zu verhindern und die Mehrheit der Werktätigen irrezuführen.

Manche sozialdemokratische Funktionäre suchen das völlige Versagen der Sozialdemokratie 1945 in den Westzonen damit zu erklären, daß die amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsorgane sie gehindert, während in Berlin und in der Ostzone die Besatzungsorgane geholfen hätten. Aber die westdeutschen sozialdemokratischen Führer haben doch damals gegen die demokratischen Maßnahmen in Berlin und der Sowjetzone Stellung genommen und die Politik der westlichen Besatzungsorgane unterstützt. Wenn sie in Westdeutschland die Grundlagen einer wirklich demokratischen Ordnung hätten schaffen wollen, dann hätten sie sich doch mit den Sozialdemokraten und Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone verbünden müssen, die das Beispiel gaben für den neuen Weg des Friedens und der demokratischen Neugeburt Deutschlands. Durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland wäre es angesichts der antifaschistischen Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich, Großbritannien und den USA sehr wohl möglich gewesen, die grundlegenden demokratischen Maßnahmen auch in Westdeutschland durchzusetzen.

Die tiefere Ursache des völligen Versagens der Sozialdemokratie ist in der Verbürgerlichung der Mehrheit ihrer führenden Funktionäre zu suchen. Die rechten sozialdemokratischen Führer lehnten die marxistische Staatstheorie ab und bejahten den kapitalistischen Staat. Sie waren auf die Position von kleinbürgerlichen Reformern übergegangen, die durch gewisse Reformen das Ansehen des kapitalistischen Staates verbessern wollten. Das kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß sie 1945 von einer Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates Abstand nahmen und erklärten: „Der erste Schritt zur Demokratie ist die Selbstverwaltung.“ Ihre Theorien über die „Wirtschaftsdemokratie“ bedeuteten die Anerkennung der Herrschaft des Monopolkapitals und den Willen zur Zusammenarbeit mit ihnen. Diese Anerkennung ließ nicht zu, den Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher zu führen. Die rechten sozialdemokratischen Führer waren derart von den bürgerlichen Auffassungen befangen, daß sie das aggressive,

imperialistische Wesen des Monopolkapitals nicht erkannten. Sie verstanden nicht, daß der Hitlerfaschismus nur eine Form, und zwar die barbarischste, terroristischste Form, der Herrschaft des Monopolkapitals war. Deshalb waren sie nicht gewillt, die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu beseitigen und die Herren der Konzerne und Banken als Kriegsverbrecher zu enteignen.

Die bürgerlichen Parteien wurden in Westdeutschland gebiets- und zonenweise gegründet. Im Mai 1945 wurde in Köln ein Gründerkreis der CDU aus Vertretern der alten Kölner Zentrumsrichtung geschaffen. In den sogenannten „Kölner Leitsätzen“ wurde die Beseitigung der Vorherrschaft des Großkapitals, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und der Energiewirtschaft und die Wegsteuerung der Kriegsgewinne gefordert. Im September 1945 wurde die Christlich-Demokratische Partei Rheinland-Westfalens geschaffen. Im Parteiprogramm vom 1. März 1946 wurde erklärt:

„1. Die Grundsätze christlicher Ethik und Kultur, wahre Demokratie müssen das staatliche Leben tragen und erfüllen. An der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person findet die Macht des Staates ihre Grenzen.

2. Recht auf politische und religiöse Freiheit.

3. Gerechtigkeit, gleiches Recht und Rechtssicherheit für jeden.

4. Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für Volk und Staat.

5. Anerkennung und Schutz der Frau bei ihrer Tätigkeit in Haus und Familie. Freie Betätigung der Frau im beruflichen und öffentlichen Leben.

6. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten.“

Man erklärte sich weiter für „eine soziale Neuordnung in Wirtschaft und Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages“. Der Geist des Klassenkampfes soll überwunden werden. Im Programm heißt es:

„Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen, Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von

Einzelpersonen, von Gesellschaften, von privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte . . .

Das Recht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sich zum Zwecke der Verfolgung ihrer besonderen Interessen zu Verbänden zusammenzuschließen, wird verfassungsmäßig gewährleistet.“

Im Programm heißt es weiter:

„Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Bei ihrer späteren Regelung werden wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte, vor allem das Allgemeinwohl, maßgebend sein.

Kohle ist das entscheidende Produkt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.

Arbeit für jeden, der arbeiten will.

Mäßiger Besitz ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes für alle ehrlich Schaffenden ist zu fördern.“

Angesichts der Massenstimmung gegen das Hitlerregime hielten es die amerikanischen und englischen Besatzungsorgane und die großkapitalistischen Kräfte Westdeutschlands für zweckmäßig, den in Bildung begriffenen bürgerlichen Parteien einen neuen Namen zu geben und die etwas linkeren Elemente in den Vordergrund zu stellen, um mit ihrer Hilfe grundlegende Maßnahmen der Säuberung des Staatsapparates und der Bestrafung der Kriegsverbrecher zu verhindern. Vom 14. bis zum 16. Dezember 1945 tagten die Vertreter der in verschiedenen Ländern gegründeten christlich-demokratischen Parteiorganisationen. Sie nahmen den Namen Christlich-Demokratische Union an.

Die amerikanischen und englischen Besatzungsorgane förderten die Personen der früheren bürgerlichen Parteien, die mit der Politik Papens im Jahre 1932 verbunden waren und die während der Hitlerherrschaft die Verständigung der faschistischen Kräfte mit Amerika und England gesucht hatten. Von dieser politischen Orientierung ausgehend, wurde im Frühjahr 1946 die Leitung der Christlich-Demokratischen Union Herrn Adenauer übertragen.

In Bayern bildete sich im Januar 1946 die Christlich-Soziale Union mit Dr. Josef Müller, der englisch orientiert war, und Dr. Josef Baumgartner an der Spitze. In dieser Partei hatten sich die konservativ-separatistischen Elemente unter Dr. Hundhammer, die Vertreter der Großbauern unter Dr. Horlacher und bürgerlich-demokratische Kreise unter Dr. Müller zusammengeschlossen. Im Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern wurde gesagt:

„Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist letztlich verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht...

Wir lehnen jeden Militarismus und Zentralismus ab. Wir treten ein für die Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.

Gesunde und befriedete Berufsstände sind die Voraussetzung für das Gedeihen von Wirtschaft und Kultur:

Wir bejahen eine zweite unpolitische Kammer, vor allem auch zur Interessenvertretung der Berufsstände!

Eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung lehnen wir ab...

Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen: Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein menschenwürdiges Dasein. Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter...

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl der Gesamtheit wie des einzelnen dienen:

Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken!

Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen seiner sozialen Pflichten...

Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter ausüben...

Wir lehnen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung ab.

Wir bekämpfen den rücksichtslosen Eigentumserwerb.

Wir vertreten die Überführung von Privat- in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung dann, wenn es das Gemeinwohl fordert.“

Die Bischöfe der verschiedenen Diözesen unterstützten die Gründung der CDU. Sie beriefen sich darauf, daß sich die letzte Fuldaer Bischofskonferenz inoffiziell für die CDU erklärt habe. Auch die Sekretäre der katholischen Arbeitervereine nahmen an der Organisation der CDU im Sinne der Adenauer-Politik teil.

Auch die kapitalistischen Kreise aus der früheren „Deutschen Volkspartei“ und der früheren „Deutschen Demokratischen Partei“ hielten eine neue Namensgebung für zweckmäßig. In den Ländern der amerikanischen und englischen Besatzungszone bildeten sich sogenannte Demokratische Parteien. Im März 1946 fand die erste Zonenkonferenz statt, die zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft führte. Im September 1946 fand eine lose Zusammenfassung der liberal-demokratischen Parteien verschiedener Länder statt. Vorsitzender des Zonenverbandes wurde Dr. Theodor Heuß, zweiter Vorsitzender August Martin Euler. Am 4. Februar 1946 wurden die programmatischen Richtlinien der FDP veröffentlicht, die sich gegen den Kommunismus richteten und sich für den Schutz und die Förderung des privatkapitalistischen Eigentums erklärten.

*Das Potsdamer Abkommen und seine Bedeutung
für den Kampf des deutschen Volkes*

In der Zeit vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 traten in Schloß Cäcilienhof bei Potsdam die Regierungschefs der drei in der Anti-Hitlerkoalition führenden Mächte an der Spitze großer Delegationen von politischen und militärischen Experten zu einer Konferenz zusammen. Den Vorsitz der Delegationen hatten für die Sowjetunion der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, J. W. Stalin, für die Vereinigten Staaten von Amerika, der an Stelle des verstorbenen Roosevelt getretene neue Präsident der USA, H. Truman,

und für die britische Delegation zunächst der britische Premierminister Churchill. Da Churchill im Verlauf der Tagung infolge des Ausgangs der Wahlen in England zurücktreten mußte, übernahm der Führer der Labourpartei, Attlee, als neuer Premierminister die Leitung der englischen Delegation.¹

Als die Potsdamer Konferenz zusammentrat, war kaum ein halbes Jahr vergangen, seitdem Stalin, Roosevelt und Churchill in der Deklaration von Jalta die Grundzüge einer gemeinsamen Politik zur Schaffung eines dauerhaften demokratischen Friedens in Europa festgelegt hatten. So sicher und unvermeidlich der völlige Sieg über die Hitlerbestien damals war, so waren doch die konkreten Umstände, die am Morgen des Sieges in den Ländern Europas die Lage bestimmten, noch nicht voll sichtbar. Inzwischen war der Sieg zur Tatsache geworden. Durch die völlige Niederwerfung und die militärische Kapitulation Hitlerdeutschlands war eine neue Lage geschaffen. Was in Jalta in der sicheren Perspektive des Sieges nur in Grundzügen festgelegt werden konnte, mußte auf der Grundlage der durch die Zerschmetterung der deutschfaschistischen Militärmacht und des Hitlerstaates geschaffenen Tatsachen in konkreten Maßnahmen weiterentwickelt werden, um den historischen Sieg über den deutschen Faschismus zu verankern und einen beständigen und gerechten Frieden zu sichern.

„Den Krieg gegen Deutschland gewinnen bedeutet, ein großes historisches Werk vollbringen. Den Krieg gewinnen bedeutet aber noch nicht, den Völkern einen dauerhaften Frieden und eine verlässliche Sicherheit für die Zukunft gewährleisten. Die Aufgabe besteht nicht nur darin, den Krieg zu gewinnen, sondern auch darin, die Entstehung einer neuen Aggression und eines neuen Krieges wenn nicht für immer, so doch wenigstens für einen längeren Zeitraum unmöglich zu machen!“²

hatte J. W. Stalin im Jahre 1944 gesagt. Gerade darum ging es bei den Verhandlungen in Potsdam.

¹ Frankreich war auf der Potsdamer Konferenz nicht vertreten, erklärte jedoch später seine Zustimmung zu den Beschlüssen.

² J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 190/191.

Das Neue in der Lage, in der die Potsdamer Konferenz stattfand, war vor allem die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses. Die Sowjetarmee hatte in den Schlachten von Stalingrad bis zur Oder den Sieg über die Hitlerarmee errungen, bis endlich die Westmächte in Frankreich landeten und dadurch mithalfen, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Alle Spekulationen und Intrigen anglo-amerikanischer Reaktionäre, am Ende des Krieges einer geschwächten Sowjetunion ihren Willen diktieren zu können, waren zusammengebrochen. Die Manöver anglo-amerikanischer Bank- und Konzernherren, dem Gang der Dinge durch ein Komplott mit den deutschen Imperialisten eine andere Wendung zu geben, waren zerschlagen, und das wichtigste Bollwerk der internationalen Reaktion, der deutsche Militarismus, lag geschlagen am Boden. Die befreiten Völker hatten begonnen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und die demokratische Bewegung erlebte im Weltmaßstab einen gewaltigen Aufschwung. Der gleiche Truman, der vom ersten Tage des Überfalls der faschistischen Hitlerarmee auf die Sowjetunion einer der Propagandisten dieser Hinterhältigkeiten und Intrigen gewesen war, mußte am Ende des Krieges persönlich am Verhandlungstisch in Potsdam Platz nehmen mit der bitteren Erkenntnis, daß die politische, moralische und militärische Kraft der Sowjetunion nicht geschwächt, sondern gewachsen war und daß sie sich in den Herzen der Völker einen Schatz von Vertrauen und Bewunderung erworben hatte.

Zum ersten Male in der Geschichte befand sich an der Spitze der Sieger ein sozialistisches Land, dessen Außenpolitik stets die Unabhängigkeit und das friedliche Zusammenleben der Völker zum Ziele hat. Das Sowjetland hatte den Großen Vaterländischen Krieg für die eigene Befreiung und die Erlösung der Völker von der faschistischen Unterdrückung ohne jede Absicht der Eroberung geführt. Jetzt ging es der Sowjetunion vor allem darum, weiterhin im Geiste der Einmütigkeit und des Einverständnisses mit den anderen Ländern der Antihitlerkoalition vorzugehen, um die Welt vor einem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus zu bewahren und den Völkern eine Ära des lang ersehnten Friedens,

der Freiheit, der Sicherheit und der nationalen Souveränität zu schaffen. Für ein sozialistisches Land gibt es keine „Politik der Stärke“, und die Ausnutzung ihrer überlegenen militärischen Macht gehört nicht zu den Mitteln ihrer Politik. Hinsichtlich der Lage in Europa nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands erklärte später Marschall Shukow, der damalige Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland:

„Zum Beispiel war Europa nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands sehr schwach, Großbritannien war erschöpft. Die Sowjetunion verfügte gegen Ende des Krieges über eine gewaltige militärische Macht. Wir nutzten die Schwäche Westeuropas nicht aus. Das Geschwätz über eine militärische Bedrohung seitens der UdSSR hat mit der Außenpolitik der Sowjetunion nichts gemein.“¹

Mit anderen Augen aber betrachteten die herrschenden Kreise der USA und Großbritanniens die durch den Sieg über Hitlerdeutschland geschaffene Lage. Die Stärke des Sowjetlandes, der Platz, den sich die Sowjetunion in den Herzen der Völker erworben hatte, und der gewaltige Aufschwung der demokratischen Bewegung bereitete den reaktionären Kräften der ganzen Welt ernste Sorgen. Das fand seinen Ausdruck in verstärkten Versuchen der anglo-amerikanischen Monopolherren und ihrer Politiker, sich von dem gemeinsamen Vorgehen der Antihitlerkoalition zu lösen und zu einer imperialistischen Politik des Drucks und der Erpressung überzugehen. An solchen Versuchen hatte es schon während des Krieges nicht gefehlt. Sie waren insbesondere auf der Krimkonferenz gescheitert, weil sich das gemeinsame Interesse der Völker am Sieg über den Faschismus als stärker erwies. So stark der Einfluß der reaktionären Bank- und Rüstungsmagnaten auf die anglo-amerikanische Politik auch war, so hatten sie doch nicht vermocht, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Kriege zu sprengen. Roosevelt hatte in den zwölf Jahren seiner Präsidentschaft nach normalen, friedlichen Beziehungen zur Sowjetunion gesucht. Truman dagegen, der an Stelle Roosevelts jetzt am Verhandlungs-

¹ „Neues Deutschland“ vom 15. Februar 1955.

tisch saß, war stets der offene Vertreter jener reaktionären, nach Weltherrschaft strebenden Oberschicht der USA gewesen, die von jeher die Rooseveltsche Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion torpediert hatte. Schon kurz nach seinem Amtsantritt hatte Truman erklärt, daß

„der Sieg das amerikanische Volk vor die ständige und brennende Notwendigkeit gestellt hat, die Welt zu führen“.

Solche Pläne wurden genährt durch die Angst der Industrieherrn der USA vor einem Frieden, in dem sie die gewaltig angewachsene und vom Krieg völlig verschonte Industriekapazität nicht ausnutzen könnten und daher auf ihre ungeheuren Profite an der Kriegsproduktion verzichten müßten.

Weltherrschaftspläne dieser Art standen aber der in Jalta verabredeten gemeinsamen Politik zur Schaffung eines dauerhaften, demokratischen Friedens und der Vernichtung von Faschismus und Militarismus in Deutschland entgegen. Deshalb ließen Truman und Churchill es in Potsdam an Versuchen nicht fehlen, die Beschlüsse der Krimkonferenz zu revidieren und den Übergang zu einer einseitigen Politik der imperialistischen Beteiligten an der Antihitlerkoalition zu finden. Insbesondere erneuerten die Sprecher der anglo-amerikanischen Finanzkapitalisten in Potsdam ihre schon in Jalta gescheiterten Versuche, ein schwaches, zerstückeltes, reaktionäres Deutschland zu schaffen und dadurch den bisherigen monopolistischen Beherrschern Deutschlands zu Hilfe zu kommen. Truman legte erneut einen Plan der Zerstückelung Deutschlands vor, der diesmal eine Dreiteilung in getrennte „souveräne“ Staaten vorsah. Dabei war an einen süddeutschen Staat, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden, Österreich und Ungarn mit Wien als Hauptstadt gedacht, eine Konzeption, die die Dunkelmänner des Vatikans seit jeher propagiert hatten. Aus den Industriegebieten an Rhein, Ruhr und Saar sollte ein westdeutscher Separatstaat unter englischer, französischer, amerikanischer und russischer Kontrolle gebildet werden.

Bezeichnend für die Atmosphäre, in der Churchill und Truman die Verhandlungen in Potsdam zu führen gedachten, war übrigens

*Verständnis der
Lage, die
für sie galt*

die Tatsache, daß am Tage vor Beginn der Konferenz in den USA die ersten Atombombenversuche stattfanden, von denen sich sowohl Churchill als auch Truman eine besondere Wirkung auf die sowjetischen Verhandlungspartner versprachen. Bezeichnend ist auch der Abwurf der Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki wenige Tage nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens. Das hatte zwar keinerlei militärische Bedeutung im damals noch nicht beendeten Krieg gegen Japan, war aber als Signal für den allmählichen Übergang zur Atomdiplomatie und der „Politik der Stärke“ gedacht. In der anglo-amerikanischen Presse fanden noch im August 1945 Meldungen weite Verbreitung, wonach „die Erfindung der Atombombe alle internationalen Probleme in einem anderen Lichte erscheinen lasse, so daß früher erreichte Abkommen *veraltet* seien“¹.

Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz zeigten deutlich, daß die Wünsche der Imperialisten eine Sache, ihre Möglichkeiten jedoch eine andere sind. Damals bestanden keine realen Möglichkeiten für die von Truman und Churchill vertretenen Interessengruppen, sich offen und brüsk von der im Kriege erprobten gemeinsamen Politik abzuwenden. Die Völker der Welt, nicht zuletzt das amerikanische Volk, in deren Herzen Bewunderung und Dankbarkeit für die siegreiche Sowjetarmee glühte, die die Welt vom deutschen Faschismus befreit hatte, hätten ein jähes Umstellen der Signale nicht zugelassen. Außerdem erforderte das eigene militärische Interesse der USA und Großbritanniens die Fortsetzung der gemeinsamen Politik in Europa, weil sie die ihnen von der Sowjetunion zugesagte militärische Hilfe im Krieg gegen Japan brauchten, damit auch der fernöstliche Schauplatz des zweiten Weltkrieges liquidiert wurde.²

¹ P. M. S. Blackett, „Militärische und politische Folgen der Atomenergie“, S. 199.

² Schon auf der Konferenz von Teheran 1943 und später auf der Konferenz von Jalta hatte Stalin die Verpflichtung für die UdSSR übernommen, drei Monate nach dem Sieg in Europa in den Krieg gegen Japan einzutreten. Am 8. Mai 1945 unterzeichnete Hitlerdeutschland die bedingungslose Kapitulation – am 8. August 1945 erklärte die Sowjetunion Japan den

Es entsprach zwar nicht ihren Wünschen, wohl aber der realen Lage und dem wirklichen Kräfteverhältnis, wenn Truman und Churchill in Potsdam ihre Unterschriften unter ein Dokument setzten, das in allen entscheidenden Punkten mit der großen, weit-sichtigen, auf dauerhaften Frieden und Zusammenarbeit berechneten Konzeption der sowjetischen Außenpolitik übereinstimmte. Die Versuche, Deutschland zu zerstückeln, die deutsche Friedenswirtschaft aus Konkurrenzgründen zu vernichten und niederzuhalten und dem deutschen Imperialismus Brücken zu bauen, scheiterten an der festen Haltung der Sowjetregierung, die den Bedürfnissen der Völker nach Frieden und Sicherheit entsprach. Es siegte der Gedanke der Zusammenarbeit aller an der Besetzung Deutschlands beteiligten Staaten, der Gedanke, ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes Deutschland zu schaffen, in dem das deutsche Volk durch demokratische Bewährung seine volle Unabhängigkeit zurückerhalten sollte. In dem Potsdamer Dokument heißt es in dem Deutschland betreffenden Abschnitt¹:

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die Krieg und führte durch rasche Vernichtung der japanischen Festlandsarmee die Kapitulation Japans herbei (2. September 1945). Bezeichnenderweise hatte der USA-Generalstab zu dieser Zeit bereits seine Pläne für eine Frühjahrsoffensive 1946 entworfen.

¹ Abschnitt III des Potsdamer Abkommens trägt die Überschrift „Deutschland“. Weitere Fragen der gemeinsamen Politik gegenüber Deutschland betreffen die Abschnitte IV. Reparationen aus Deutschland, V. Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine, VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet, VII. Kriegsverbrecher. In Abschnitt IX, der Polen betrifft, wird die Vereinbarung der Krimkonferenz bestätigt, wonach Polen auf Kosten Deutschlands einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten sollte. Dementsprechend wurde im Potsdamer Abkommen festgelegt, daß bis zur endgültigen Festlegung der Grenzen Polens im Friedensvertrag die östlich von Oder und Neiße liegenden früheren deutschen Gebiete unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und nicht als Teile der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands betrachtet werden sollen. In untrennbarem Zusammenhang damit steht die in Abschnitt XIII ordnungsgemäße Überführung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn lebenden deutschen Bevölkerung nach Deutschland.

unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.¹

Ziele des Potsdamer Abkommens

Damit gaben die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens dem deutschen Volk entscheidende völkerrechtliche Garantien. Die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sollte erhalten bleiben; das deutsche Volk sollte die Möglichkeit haben, sich seinen ureigensten historischen Aufgaben zuzuwenden und den deutschen aggressiven Militarismus mit seinen Wurzeln auszurotten, es sollte dabei mit der Unterstützung der Besatzungsmächte rechnen können. Die Besetzung sollte das deutsche Volk von seiner Mitverantwortung für die Verbrechen der Nazis überzeugen, Deutschland zur Wiedergutmachung eines Teils der durch den Hitlerkrieg verschuldeten Schäden anhalten, aber gleichzeitig die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens und eine friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben vorbereiten helfen. Am Ende der Besetzung sollte mit der Regierung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands ein Friedensvertrag geschlossen werden, dessen Vorbereitung schon in Potsdam zur Aufgabe des gleichzeitig gebildeten Außenminister-rats erklärt wurde.

¹ Siehe im Anhang, S. 388/389.

All dies eröffnete dem deutschen Volk die Perspektive, durch seine eigenen Anstrengungen am Ende einer zeitweiligen Besetzung als Herr eines souveränen, einigen, demokratischen Vaterlandes die Früchte seiner Arbeit zu ernten, seine großen Fähigkeiten zu entfalten und einen würdigen Platz unter den freien Völkern der Welt einzunehmen. Eine solche Einstellung einem besiegten Lande gegenüber, dessen Armeen sich an den grausamen Kriegsverbrechen seiner herrschenden Ausbeuterklasse mitschuldig gemacht hatten, war etwas völlig Neues in der Geschichte.

Von diesen Grundzielen der Besetzung Deutschlands durch die vier Mächte aus wurden politische und wirtschaftliche Grundsätze für die gemeinsame Politik der Besatzungsmächte in allen Teilen Deutschlands entwickelt, die von jedem einsichtigen und demokratisch denkenden Deutschen begrüßt werden mußten: Die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung, die Auflösung der Nazipartei und ihrer Gliederungen, die Abschaffung aller nazistischen Gesetze und Diskriminierungen, die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Entfernung aller aktiven Mitglieder der Nazipartei sowie der Teilnehmer und Nutznießer der Kriegspolitik aus den öffentlichen Ämtern und den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen sowie die Demokratisierung des Erziehungs- und Justizwesens und der Verwaltung – all dies entsprach auch dem Bedürfnis der europäischen Völker nach Sicherheit und Frieden.

Um dem deutschen aggressiven Militarismus seine materielle Grundlage zu nehmen, wurde die Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, insbesondere der Kartelle, Syndikate, Truste und anderer Monopolvereinigungen in der praktisch kürzesten Frist zur gemeinsamen Pflicht der Besatzungsmächte erhoben. Das entscheidende Anliegen des deutschen Volkes, die Vernichtung der materiellen Macht der Verderber Deutschlands, wurde damit von den Besatzungsmächten sanktioniert und unterstützt. Dazu kam, daß die Bildung aller demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften erlaubt und gefördert und die Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Rede, der Presse und des Glaubens gewährleistet werden sollten. Ein Deutschland, in dem

solche Prinzipien dem gesellschaftlichen Leben das Gesicht gaben, in dem sich die Kräfte des Volkes frei entfalten konnten, entsprach den Wünschen und Hoffnungen aller ehrlich und bewußt um die Zukunft des Volkes ringenden Deutschen.

Wenn auch zunächst keine deutsche Regierung gebildet werden konnte – die von der Sowjetregierung vorgeschlagene sofortige Schaffung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung wurde von den übrigen Teilnehmern abgelehnt¹ –, so erklärte sich doch das Potsdamer Abkommen eindeutig für die Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands. Das bezeugt vor allem die vorgesehene sofortige Einrichtung zentraler gesamtdeutscher Staatssekretariate für Industrie, Finanzen, Außenhandel und Verkehrswesen, die unter Leitung des Kontrollrats arbeiten sollten. Die namentliche Aufzählung dieser Wirtschaftsressorts unterstreicht nur die Verpflichtung der Signatarmächte, Deutschland während der Besetzung als einheitliches, wirtschaftliches Ganzes zu betrachten und in allen Fragen der deutschen Wirtschaft eine gemeinsame Politik zu verfolgen. Ausdrücklich wurden dabei Verpflichtungen übernommen, eine einheitliche Währung bestehen zu lassen, ein einheitliches Import- und Exportprogramm aufzustellen, auf eine einheitliche Entwicklung in Fragen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, der Löhne und der Preise zu wirken und so eine „in ganz Deutschland ausgeglichene Wirtschaft“ zu schaffen.

So errang die Sowjetregierung in Potsdam dank der beharrlichen Zurückweisung aller Vernichtungs- und Versklavungspläne einen bedeutenden Sieg für die Sache des Friedens, der Sicherheit und der Demokratie. Die Weltreaktion empfand die Ergebnisse von

¹ Hierzu schrieb die „Prawda“ am 14. Juli 1946: „Es ist vollständig klar, daß nur ein Deutschland mit einheitlicher zentraler Regierung eine wirtschaftliche Einheit darstellen kann... Die erste Stufe zur Bildung einer deutschen Zentralregierung muß die Einsetzung einer deutschen Zentralverwaltung sein. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetregierung schon vor einem Jahr (auf der Potsdamer Konferenz) die Schaffung einer Zentralverwaltung vorschlug. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den anderen Teilnehmern der Berliner Konferenz abgelehnt. Diese Frage steht jetzt wiederum auf der Tagesordnung.“

Potsdam als empfindliche Niederlage. Schon drei Tage nach Abschluß der Konferenz schrieb die große amerikanische Zeitung „Post Meridiam“:

„Die Beschlüsse über Deutschland bedeuten die völlige Niederlage jener Finanz- und Industriekreise der USA und Englands, die vor dem Kriege zum Faschismus neigten und nach dem Kriege die Wiedererstehung der deutschen Großmonopole erhofften, die Hitler unterstützt haben . . . Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sind auf ein Ziel gerichtet: die Sicherstellung des Friedens! Die Reaktionäre werden allerorts damit unzufrieden sein!“

Der amerikanische Admiral Leahy, einer der Teilnehmer der Potsdamer Konferenz, vermerkte in seinem Buch über die Konferenz:

„Auf der Seite der Passiva ist zu buchen, daß unsere Vorschläge für die Zerstückelung Deutschlands und die Internationalisierung des industriellen Rheinlands der Ablehnung verfielen.“

Die Regierungen der USA und Englands setzten ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen, weil sie nicht stark genug waren, dem Willen der Völker nach Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit entgegenzutreten. Mit ihrer hinterhältigen Zustimmung wollten sie Zeit gewinnen, die Völker in Sicherheit wiegen und betrügen, um den allmählichen Übergang zur antisowjetischen, gegen den Frieden der Völker gerichteten imperialistischen Politik vorzubereiten. Noch ehe die Tinte unter dem Dokument von Potsdam getrocknet war, begann die Sabotage der getroffenen Vereinbarungen. Zwar gab es formale Lippenbekenntnisse zu den in Potsdam festgelegten Grundzielen der Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung. Im Kontrollrat wurden im Jahre 1945 und auch noch 1946 wichtige, den vereinbarten Grundsätzen entsprechende Gesetze und Direktiven erlassen.¹ Im Außen-

¹ Dazu gehörte zum Beispiel die am 20. Oktober 1945 veröffentlichte Proklamation Nr. 5 über die Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege in Deutschland. Es folgte ein Umsiedlungsplan für die aus Polen, der ČSR und Ungarn kommenden Deutschen, ein Gesetz über das Verbot militärischer Ausbildung, ein Gesetz, das die Bestrafung derjenigen Personen regelte, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten. Selbst eine Direktive über die Auflösung des IG-Farbentrusts wurde angenommen.

ministerrat kam noch 1947 eine Verpflichtung zur Durchführung einer Bodenreform in Westdeutschland zustande. Aber diese und weitere Beschlüsse wurden in den Westzonen entstellt und nicht durchgeführt. Die Hauptsorge war zunächst, daß in Westdeutschland keine grundlegenden Veränderungen erfolgten und die alten reaktionären Kräfte sich sammelten, bis man die deutschen Militaristen offen in den Sattel heben konnte.

Für die ersten Monate nach dem Abschluß des Potsdamer Abkommens ist kennzeichnend, daß die USA-Regierung trotz der klaren Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands die berüchtigte Direktive JSC 1067 bis zum Juli 1947 in Kraft ließ, die eine zentralisierte Kontrolle der deutschen Wirtschaft ausschloß. Die Bildung der vereinbarten gesamtdeutschen Staatssekretariate wurde von den imperialistischen Besatzungsmächten sabotiert. Der Handelsverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland wurde eingeengt und zum Gegenstand politischer Manöver gemacht. Kennzeichnend ist ferner die Art, wie die Entwicklung des politischen Lebens in Westdeutschland zunächst zurückgehalten wurde, bis genügend Reaktionen vom Schlage der Adenauer, Pferdenges, Schumacher usw. erfaßt waren. Parteien und Gewerkschaften konnten ihre Tätigkeit nur teilweise aufnehmen. Weder die Entnazifizierung und die Demilitarisierung noch die Entmachtung der Kriegsverbrecher und Monopolherren wurden ernsthaft in Angriff genommen. Geschlossene deutsche militärische Einheiten blieben bis 1947 bestehen und wurden zunächst zur Bewachung militärischer Objekte, zum Minenräumen und zu anderen Arbeiten eingesetzt. Danach wurden sie als „Dienstgruppen“ bei den amerikanischen und englischen Militärformationen weitergeführt. Die deutschen Monopolherren konnten in der Leitung der Konzerne und Banken nach und nach wieder ihre alten Plätze offen besetzen. Die Junker behielten ihr Land oder bekamen, soweit sie aus dem Osten kamen, sogar neues. Auf der alten Grundlage mit den alten Politikern betrieben die Westmächte ihre gegen die Einheit Deutschlands und den Frieden der Welt gerichtete Politik.

So wurde das im Potsdamer Abkommen dem deutschen Volk gegebene und völkerrechtlich verbriefte Versprechen, in einem einheitlichen Deutschland ein neues, demokratisches Leben beginnen zu können, seit den ersten Wochen nach seiner Unterzeichnung von den Westmächten gebrochen. Die grobe Verletzung der Verträge von Potsdam überschattet die ganze weitere Geschichte Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg.

Beharrlich kämpfte die Sowjetregierung auf vielen Außenministerkonferenzen, im Kontrollrat und in der Berliner Kommandantur für die Durchführung des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland. Auf Fragen des amerikanischen Journalisten Baillie antwortete J. W. Stalin in einem Interview am 29. Oktober 1946:

„Frage. Glauben Sie, daß die vier Besatzungszonen in Deutschland in der nächsten Zeit hinsichtlich der Wirtschaftsverwaltung vereinigt werden müssen, um Deutschland als friedliche Wirtschaftseinheit wiederherzustellen und um den vier Mächten die Bürde der Besatzung zu erleichtern?

Antwort. Man muß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschlands wiederherstellen.

Frage. Was muß über das bestehende Programm der vier Besatzungsmächte hinaus getan werden, um zu verhüten, daß Deutschland erneut zu einer militärischen Gefahr für den Frieden wird?

Antwort. Man muß die Überbleibsel des Faschismus in Deutschland tatsächlich ausrotten und Deutschland mit aller Konsequenz demokratisieren.

Frage. Soll man dem deutschen Volk erlauben, seine Industrie und seinen Handel wiederherzustellen, damit es sich selbst versorgen kann?

Antwort. Ja, das soll man.

Frage. Werden Ihrer Meinung nach die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz erfüllt? Falls nicht, was ist erforderlich, um das Potsdamer Abkommen zu einem wirksamen Instrument zu machen?

Antwort. Sie werden nicht immer erfüllt, besonders, was die Demokratisierung Deutschlands betrifft.⁴¹

Zugleich verwirklichte die Sowjetunion in ihrem Besatzungsgebiet konsequent alles, was das Potsdamer Abkommen forderte, und gab damit den Werktätigen Ostdeutschlands die Möglichkeit, ihre Kräfte weiter zu entfalten und mutig voranzugehen, sich aus Schutt und Trümmern ein freies, demokratisches Leben ohne

⁴¹ J. W. Stalin, „Über den Kampf um den Frieden“, S. 290/291.

Unternehmerwillkür, Junkerherrschaft und Militarismus aufzubauen.

Das „Ja“ oder „Nein“ zu den Prinzipien von Potsdam wurde so zum entscheidenden Kriterium für Fortschritt oder Reaktion, für Einheit oder Spaltung, für friedliche Aufbauarbeit oder Wiedererstarken des Militarismus und schließlich für Frieden oder Krieg. Alles, was in Deutschland die Geleise auf den alten Kurs von Krise, Krieg und Not des Volkes zurückstellen wollte, vereinte sich unter der Losung „Los von Potsdam“, die Schumacher im Sommer 1946 in einer Rede am Berliner Funkturm aufstellte. Widerlicher Chauvinismus und zügellose Antisowjethetze waren mit dieser Losung verbunden und unterwühlten insbesondere das jedem anständigen Deutschen selbstverständliche Bekenntnis zur Mitschuld und zur Wiedergutmachungspflicht. Mit ausgeprägtem Haß richtete sich diese Hetze gegen das polnische Volk, das nach jahrhundertelanger Unterdrückung durch die preußisch-deutschen Militaristen und nach den furchtbaren Leiden durch die Hitlerokkupanten im Potsdamer Abkommen endlich Sicherheit vor künftigen Aggressionen und die Garantie einer unabhängigen, nationalen Existenz erhalten hatte.

Gewiß gab es damals noch viele, die in der drückenden Not des Tages zunächst keinen Blick für das Verheißungsvolle des Potsdamer Abkommens hatten, die unter dem Eindruck der Hetze und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion vor einem klaren Bekenntnis zur Wiedergutmachungspflicht des deutschen Volkes zurückschreckten. Die Reparationsleistungen, die Deutschland auferlegt wurden, waren im Vergleich zu dem angerichteten Schaden gering. An einer hundertprozentigen Wiedergutmachung der allein in der Sowjetunion angestellten Schäden hätte das deutsche Volk auf Generationen hinaus zu tragen gehabt, und die Sowjetunion wollte keine Schuldversklavung des deutschen Volkes, sondern Reparationen im Rahmen des Möglichen.¹

¹ Auf der Krimkonferenz wurde die Gesamthöhe der von Deutschland zu leistenden Reparationen auf 20 Milliarden Dollar festgelegt. Davon konnte die Sowjetunion für sich und Polen 10 Milliarden beanspruchen, also nur

Schon vor und besonders in Potsdam versuchten aber die Anglo-Amerikaner, die festgelegte Höhe der Reparationsleistungen erneut zu bestreiten. Sie machten der Sowjetunion vor allem das Recht streitig, Reparationsleistungen aus der laufenden deutschen Produktion zu verlangen. Das aber war, neben den Entnahmen aus der Demontage der bestehenden deutschen Kriegsindustrie, die einzig mögliche Form von Reparationsleistungen, die die Zukunft des deutschen Volkes nicht belasteten, so schwer sie auch zunächst der daniederliegenden deutschen Wirtschaft fallen mochten. Die anglo-amerikanischen Imperialisten wollten, wie nach dem ersten Weltkrieg, die Reparationsfrage ausnutzen, um dem deutschen Volk für Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte Fesseln anzulegen. Sie wollten große Kapitalien in Deutschland anlegen und hofften, durch ein Verbot von Entnahmen aus der laufenden Produktion den Wiederaufbau der von den deutschen Truppen zerstörten Gebiete in der Sowjetunion und Polen zu hindern. Gemeinsam mit der deutschen Reaktion entwickelten sie die Entnahmen aus der laufenden Produktion zu einem Angelpunkt der Antisowjethetze.¹

einen kleinen Bruchteil des auf 128 Milliarden Dollar berechneten direkten Schadens, der dem Sowjetlande durch die Zerstörungen der Hitlerbanden erwachsen war. Der gesamte Schaden der Sowjetunion, die Einnahmeverluste eingerechnet, betrug nicht weniger als 357 Milliarden Dollar! Die Wiedergutmachung sollte, so hieß es in der Krimdeklaration, durch Leistung von Sachwerten erfolgen. Hierzu war auf der Krimkonferenz ein besonderes Protokoll unterzeichnet worden, in dem es hieß: „Die Reparationen sollen von Deutschland in drei Formen eingezogen werden: a) einmalige Konfiskationen innerhalb von zwei Jahren nach der Kapitulation Deutschlands, ... wobei diese Konfiskationen hauptsächlich mit dem Ziel vorgenommen werden sollen, das Kriegspotential Deutschlands zu vernichten; b) alljährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion nach Kriegsende innerhalb eines Zeitabschnitts, dessen Dauer festzusetzen ist; c) Verwendung deutscher Arbeit.“ (Zitiert bei W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949, S. 399/400.)

¹ Die getroffenen Vereinbarungen über die Reparationsfrage lagen sowohl im Interesse der Sowjetunion als auch des deutschen Volkes. Die demokratischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone sahen von vornherein in der ehrlichen Erfüllung der Wiedergutmachungspflicht ein entscheidendes

Wilhelm Pieck schrieb hierzu:

„Mancher Deutsche, dem das Wohl seines Volkes nahegeht, wird schon oft mit banger Sorge an das künftige Reparationsproblem gedacht haben, das nach dem ersten Weltkrieg die ganze Atmosphäre Europas vergiftete und in Deutschland ständig Zündstoff anhäufte. Die Berliner Konferenz hat auch hier Klarheit geschaffen. Die Reparationsansprüche werden durch Entnahmen aus den jeweiligen Besetzungszonen und aus Auslandsguthaben befriedigt und innerhalb weniger Jahre gedeckt werden. Dabei ist von vornherein vorgesehen, daß dem deutschen Volke nach der Bezahlung der Reparationen genügend Mittel belassen werden, um ohne Hilfe von außen zu existieren. Diese Regelung des Reparationsproblems gibt dem deutschen Volk eine klare und hoffnungsfreudige Perspektive.“¹

Es wäre besser gewesen, wenn die Deutschen selbst eine demokratische Ordnung geschaffen und die Kriegsbrandstifter und Militaristen gehindert hätten, andere Völker zu überfallen, auszurauben und zu peinigen. Da das deutsche Volk nicht verstanden hatte, die geschichtlichen Lehren zu ziehen, konnten die Folgen nicht ausbleiben. Wer ehrlich einen friedlichen Ausweg für sein Volk suchte, mußte deshalb von Beginn an die Grundprinzipien des Potsdamer Dokuments als großzügige Hilfe für das deutsche Volk und als Ausweg aus der Katastrophe bejahen.

Dieses „Ja“ politisch bewußter deutscher Patrioten fand seinen Ausdruck auf einer Einheitskundgebung der vier im antifaschistischen Block vereinten deutschen demokratischen Parteien am 12. August 1945 in folgender gemeinsamer Erklärung:

Mittel der demokratischen Erziehung des deutschen Volkes und der Wiedergewinnung des Vertrauens der anderen Völker. Deshalb erfüllten sie die Reparationsauflagen gewissenhaft. Die Sowjetunion erkannte dieses ehrliche Bemühen um Wiedergutmachung dadurch an, daß sie schon Anfang 1947 für Reparationen aus der laufenden Produktion bedeutende Erleichterungen schuf. Im Mai 1950 wurden dann auf Grund der bisher pünktlichen Erfüllung der Reparationspflichten die an die Sowjetunion und Polen noch zu zahlenden Reparationen um 50 Prozent herabgesetzt und eine Tilgung des Restes in weiteren 15 Jahren vorgesehen. Im August 1953 erklärten die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen ihren völligen Verzicht auf weitere Reparationsleistungen aus der Deutschen Demokratischen Republik.

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 5. August 1945.

„Nie dürfen die verhängnisvollen Kräfte der Vergangenheit, die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und des Hitlerismus wieder Gewalt über unser Volk bekommen. Deshalb muß der Weg von 1945 ein neuer sein: Der Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern...

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz stehen am Anfang dieses neuen Weges. Sie geben die Möglichkeit zur friedlichen Erneuerung unseres Vaterlandes...

Das deutsche Volk darf sich keine Illusionen mehr machen. Auf allen Gebieten seines nationalen Lebens steht es heute vor den schwerwiegenden Folgen, die Hitlers Abenteuerpolitik verschuldet hat.

Die Anerkennung Deutschlands als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes ermöglicht es dem deutschen Volke, eine Friedensindustrie aufzubauen und die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.

Die eindeutige Erklärung, daß die Abtragung der Reparationen dem deutschen Volke genügend Wirtschaftskraft lassen wird, um ohne Hilfe von außen zu leben und zu einer mittleren europäischen Lebenshaltung zu gelangen, richtet unseren Blick in die Zukunft. Wir werden hart arbeiten müssen. Aber unsere Arbeit wird nicht mehr der Vernichtung und dem Tod, sondern dem Wiederaufbau und dem Leben dienen. Wir werden den Weg in eine hellere Zukunft finden.¹

Die Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens entsprechen völlig den Aufgaben, die sich die verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte Deutschlands selbst gestellt hatten. Zwischen den Grundaufgaben des Potsdamer Abkommens und dem Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, dem sich der antifaschistisch-demokratische Block angeschlossen hatte, bestand völlige Übereinstimmung. Diese Übereinstimmung ergab sich gesetzmäßig aus einer einfachen Tatsache:

Die Stalinsche Konzeption der Nachkriegsentwicklung in Deutschland beruhte auf einer wissenschaftlichen, marxistischen Analyse und einer tiefen Kenntnis des in Deutschland geschichtlich Notwendigen.

Von der wissenschaftlichen Analyse der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands ausgehend, erkannte das Potsdamer Abkommen die wirklichen Ursachen der nationalen Katastrophe

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 14. August 1945.

Deutschlands in der Macht des aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Faschismus und sein Eroberungskrieg hatten ihre Wurzeln in der Herrschaft der deutschen Monopolherren und Junker über das deutsche Volk. Das Ziel des Potsdamer Abkommens war deshalb, Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln, der Konzentration der ökonomischen und politischen Macht in den Händen der Monopole, Kartelle und Truste, endgültig zu vernichten.

Friedliches Zusammenleben, Sicherheit vor Aggressionen, Freundschaft der Völker – diese aus dem Wesen des Marxismus-Leninismus fließenden Grundprinzipien der Außenpolitik der Sowjetunion – sollten nach dem Potsdamer Abkommen künftig die Beziehungen der Völker und Staaten in Europa bestimmen.

Das Potsdamer Abkommen betrachtete den zweiten Weltkrieg als einen gerechten Krieg von seiten der Mächte der Antihitlerkoalition und als einen ungerechten, abenteuerlichen, imperialistischen Raub- und Eroberungskrieg von seiten Hitlerdeutschlands und seiner Trabanten. Sie verlangten deshalb Bestrafung und Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und gingen auch über die Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitlerkrieges nicht hinweg. Dementsprechend verlangte das Potsdamer Abkommen die Wiedergutmachung der Schäden, den die Völker als Opfer der Hitleraggression erlitten haben.

Das Potsdamer Dokument beruht auf dem Prinzip, daß jede Nation, auch die besiegte und vor der Geschichte mit Schuld beladene, das Recht behält, einen eigenen Staat zu haben. Besetzung und zeitweilige Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland konnten deshalb nur vom Standpunkt der Sicherung des Friedens und der Hilfe für das deutsche Volk beim Aufbau seines Lebens in einem demokratischen Staat betrachtet werden. So handelte die sowjetische Armee als Freund und Helfer des deutschen Volkes.

Nie hat die Sowjetunion den Hitlerfaschismus und den deutschen Militarismus mit dem deutschen Volk identifiziert. Immer hat sie versucht, die Kräfte des Volkes aufzurütteln. Auf seine Kraft baute sie ihren großen Plan der Überwindung der nationalen

Katastrophe und des Aufbaus eines friedliebenden deutschen Staates. Ein einheitlicher, demokratischer deutscher Staat, in dem solche Prinzipien wirkten und lebten, mußte gesetzmäßig nicht nur der Geschichte Deutschlands eine Wendung zum Fortschritt geben, sondern war auch ein bedeutender Faktor, ganz Europa die Perspektive von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu geben. Das war die verheißungsvolle Gewähr, die das Potsdamer Abkommen dem deutschen Volk und allen Völkern Europas bot.

DIE ZERSCHLAGUNG DER GRUNDLAGEN
DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS
UND DIE EINIGUNG DER ARBEITERKLASSE

Die demokratische Bodenreform

Die Erfahrungen der Jahre nach dem ersten Weltkrieg mahnten, den Junkerbesitz, diese Brutstätte der Freikorps, der Schwarzen Reichswehr und des Faschismus, unverzüglich zu vernichten. Deshalb hatte die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Aktionsprogramm die Liquidierung der Güter der Junker, Grafen und Fürsten und ihre Übergabe an die durch den Krieg ruinierten oder besitzlos gewordenen Bauern als eine der unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf dem Wege zur demokratischen Erneuerung Deutschlands bezeichnet.

Für die Sicherung des Friedens und die demokratische Entwicklung in Deutschland war die Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker, dieser Träger des deutschen Militarismus, von größter Bedeutung. Gewiß war Deutschland ein hochentwickeltes, modernes Industrieland. 1939 arbeiteten weniger als 30 Prozent der deutschen Bevölkerung in der Landwirtschaft. Nur völlig aussichtslose Reaktionäre wie die selbst in den USA gescheiterten Verteidiger des Morgenthau-Planes konnten daran denken, das Rad der Geschichte um Jahrhunderte zurückzudrehen und Deutschland wieder zum Agrarland zu machen. Aber das änderte nichts an der Bedeutung der deutschen Bauernmassen als politischer Faktor und an der Bedeutung der Agrarproduktion für die deutsche Wirtschaft. Ohne die Beseitigung der Herrschaft der Großgrundbesitzer in den landwirtschaftlichen Gebieten, ohne die Entmachtung der

faschistischen Kreis- und Ortsbauernführer, ohne Gewinnung der großen Mehrheit der Landarbeiter und Bauern für das neue demokratische Leben, ohne Erweckung ihrer Interessen und ihrer Initiative war ein demokratischer Aufbau unmöglich. Das dringendste Problem, die Sicherung der Volksernährung, konnte ohne aktive Mitarbeit der Bauern nicht gelöst werden.

Während die Werktätigen des Dorfes gemeinsam mit den Arbeitern die erste Friedensernte sicherten, wurde immer klarer, daß grundlegende Veränderungen unaufschiebbar waren. Die Landarbeiter und Bauern, die in ihrem Verantwortungsbewußtsein die Felder geflohener Junker gepflegt und abgeerntet hatten, fragten, wie es mit diesen Gütern weitergehen sollte. In den Bauernversammlungen traten Landarbeiter und Kleinbauern auf und verlangten Boden. Die Parteien, die Landesverwaltungen und die demokratische Presse erhielten zahllose Briefe von Bauern und Landarbeitern, die Boden forderten.

Der Bauer Sch. aus Stroga bei Großenhain schrieb:

„Unterzeichneter ist Wirtschaftsbesitzer in Stroga 85. Meine Wirtschaft ist 3 Hektar Eigentum, 1 Hektar Pachtland. Ich habe immer in die Fabrik gehen müssen, damit ich meinen Lebensunterhalt fristen konnte, und die Frau mußte die Wirtschaft mit den Kindern bestellen. Wenn ich Nachtschicht hatte, mußte ich Tag und Nacht arbeiten, was der Mensch nicht lange aushält. Da ich Bauer bin, möchte ich gern noch etwas Land haben.

Auf dem Rittergut Stroga liegt schon jetzt viel Land unbestellt und was noch liegenbleiben wird. Ich bitte deshalb, dies zu beschleunigen, da die Herbstbestellung jetzt beginnt. Habe vier Kinder im Alter von sechs bis achtzehn Jahren.“

Bauern aus Merzdorf schrieben:

„Wir lasen in der ‚Deutschen Volkszeitung‘, daß der Großgrundbesitz enteignet werden soll, auch mit Recht, denn unsern Vorfahren ist der Boden weggenommen worden. Diesem Rittergutsbesitzer lag viel daran, recht kleine Bauern in der Gemeinde zu haben, damit er recht billige Arbeitskräfte hatte. Und wir mußten noch auf Arbeit gehen, damit wir leben konnten. Wir wurden als Knechte betrachtet und fühlten uns nie frei. Es wäre ein Glück, wenn wir endlich von der Arbeit auf unserem Grund und Boden leben könnten. Unser Rittergutsbesitzer hat schon seit 20 bis 25 Jahren größere Strecken Land mit Wald bepflanzt. Wenn wir das

Land gehabt hätten, wäre uns schon viel geholfen gewesen. Er als ehemaliger Generalstabsoffizier beim 12. AK., Rittmeister Freiherr von Rochow, Rittergutsbesitzer von Strauch und Merzdorf, hat nie danach gefragt, ob es uns gut oder schlecht geht. Warum werden die Güter nicht enteignet, warum fängt man nicht an damit?¹

Der Landarbeiter Bruno Schulz aus Schwetzkau erklärte:

„Bei uns wünschen alle Landarbeiter die Aufteilung des Gutes. Wir können dann auch noch einige Flüchtlingsfamilien, die schon jetzt bei uns arbeiten, gut unterbringen... Wohnungen? Ja, das wird wohl nicht so schnell gehen. Wir können aber auf dem Gut wohnen bleiben und uns nächstes Jahr eigene Wohnungen und Ställe bauen, jedenfalls damit beginnen. – Aber Eile tut not. Warten wir den Winter ab, dann verpassen wir eine Ernte.“²

Viele Bauern und Landarbeiter schrieben an die Kreis- und Landesverwaltung, so Karl Kunath aus Seifersdorf:

„Ich bearbeite eine Landfläche von 1,19 Hektar. Davon kann ich notdürftig eine Kuh, ein Schwein, eine Ziege und ein paar Hühner erhalten. Wenn ich mehr Land bekäme, könnte ich auch mehr Vieh halten. Ich bin der Meinung, daß der Großgrundbesitz der Grafen usw. zur Verteilung an besitzlose Landwirte enteignet werden soll.“³

Aus Zapel in Mecklenburg kam folgende Mahnung:

„Hier in Zapel sind Umsiedler, Häusler, Büdner und Kleinbauern, die nicht genügend Land haben, um existieren zu können. Es gibt aber noch Boden, der sich im Besitz von ehemals führenden Nazis befindet. Gebt uns recht bald Land, wir können besser damit umgehen als die Leute, die bisher zuviel davon hatten und ihren Besitz zu Brutstätten des Militarismus gemacht und sich im übrigen als Ausbeuter betätigt haben. Wir bitten um baldige Erfüllung unserer gerechten Forderung.“

Das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 gab den Bauern eine klare Antwort auf ihre Fragen.

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 2. September 1945.

² „Deutsche Volkszeitung“ vom 29. August 1945.

³ „Deutsche Volkszeitung“ vom 2. September 1945.

In einem Bericht über eine Bauernversammlung im Kreise Delitzsch schrieb ein Kommunist:

„Ich gab dem Gemeindevorsteher den Rat, eine Einwohnerversammlung durchzuführen und dort eine Kommission zu bestimmen, die die Vorräte auf dem Rittergut sicherstellt, die vorhandenen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte registriert und der Gemeindeversammlung und der Kreisverwaltung Vorschläge macht, welche armen Bauern Boden vom Großgrundbesitzerland erhalten sollen. Für die Verwaltung des Rittergutes ist ein landwirtschaftlicher Fachmann, der kein Nazi war, im Einvernehmen mit der Provinzial- oder Kreisverwaltung einzusetzen. Den in elenden Hütten untergebrachten Landarbeitern soll man menschenwürdige Wohnungen geben und zu diesem Zwecke die entsprechenden Wohnungen in den Hauptgebäuden des Rittergutes frei machen. Der Rittergutsbesitzer selbst, der sich an deutschen, russischen und anderen Zwangsarbeitern vergangen hat, gehört vor Gericht.“¹

Die steigende Flut der Briefe, Resolutionen und Delegationen von Bauern, Landarbeitern und Umsiedlern zeigte, daß die Forderung des Aktionsprogramms der Kommunistischen Partei Deutschlands und das Versprechen der Sozialdemokraten betreffend Liquidierung und Aufteilung des Großgrundbesitzes die Massen ergriffen hatte. Es war höchste Zeit zum Handeln. Das Interesse der Zukunft der Nation, der Sicherung der Volksernährung, das Interesse der sozialen Gerechtigkeit, erforderte ohne Aufschub die demokratische Bodenreform.

Das nationale Interesse erforderte die Bodenreform, um die Macht der reaktionärsten Kriegsinteressenten, des preußischen Junkertums, ein für allemal zu brechen. Sie war notwendig und gerecht zur Bestrafung für jahrhundertalte, bis in die jüngste Vergangenheit fortwirkende, geschichtliche Schuld. Die preußisch-deutsche Junkerkaste war seit ihrem Entstehen ein Unruheherd für Europa. Jahrhundertlang hatten die deutschen Ritter und Junker in ihrem „Drang nach Osten“ Krieg, Verwüstung und Versklavung über die slawischen Völker gebracht. Die preußischen Junker waren es, die die Zerrissenheit Deutschlands vertieften und dadurch den qualvoll langen Weg der Entwicklung verschuldeten. Sie waren es,

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 11. Juli 1945.

die das deutsche Volk in die mörderischen Dynastiekriege zwischen Preußen und Österreich gehetzt hatten. Den 1870 begonnenen Feldzug gegen Frankreich hatten sie in einen Eroberungskrieg umgewandelt. Die Junker waren es, die sich mit dem aufkommenden Monopol- und Finanzkapital verbunden und mit ihm zusammen das deutsche Volk und ganz Europa in zwei furchtbare Weltkriege gestürzt haben. Die Junker haben die Offiziere der deutschen Eroberungsarmeen gestellt. Die von Hindenburgs, von Mannsteins, Keitels und Kesselrings waren Junker und Rittergutsbesitzer.

Millionen Deutsche mußten nicht nur auf fremden Schlachtfeldern verbluten, sondern auch die ungeheuren Lasten der Kriege und der junkerlichen Luderwirtschaft tragen. Jede demokratische Bewegung im Innern Deutschlands unterdrückten die Junker grausam. Die Niederlage der deutschen Bauern von 1525, die Verhinderung einer echten Bauernbefreiung nach 1813, die Niederlage der demokratischen Kräfte in der Revolution von 1848 waren Marksteine auf dem Wege der Macht des Adels und der Junker über das deutsche Volk. 1871 vollzogen sie, unter Führung des Junkers Bismarck, die Einigung Deutschlands auf eine Weise, die alle deutschen Länder unter die Oberherrschaft des reaktionären Preußens brachte.

Als 1918 der deutsche Imperialismus am Boden lag, bildeten die Junker die „Freikorps“, pflegten und hüteten die militaristischen Traditionen und stellten den Kern der Reichswehr. Auf ihren Gütern sammelten sich später die Kräfte, die die revolutionären Bewegungen der deutschen Werktätigen niederschlugen. Dort war der Sammelpunkt der Faschisten. Zusammen mit den Industrie- und Finanzgewaltigen hoben die Junker Hitler in den Sattel und trieben zum Krieg.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus waren von den ostelbischen Junkern viele nach Westdeutschland geflohen. Ihre Verwalter und Inspektoren aber blieben weiter im Dorf, hielten die Hand auf den Maschinen und Vorräten und fühlten sich als Platzhalter der Junker. In einem Dorf im Kreis Delitzsch saß der Großgrundbesitzer noch auf seinem Schloß und seinen 750 Hektar Land.

Die Dorfbewohner hatten zwar einen Bauern zum neuen Gemeindevorstand gewählt, aber der Großgrundbesitzer beherrschte weiter das Dorf, die Landarbeiter, von den vielen Umsiedlern und ihrer Unterbringung gar nicht zu reden, lebten in elenden Hütten.

Die Brutstätten von Faschismus und Militarismus und das mittelalterliche Hörigkeitsverhältnis bestanden also fort. Solange der Einfluß dieser Träger von Militarismus und Chauvinismus im Dorfe noch bestand, bildete er eine tödliche Gefahr für die Demokratie, und der Geist der Knechtseligkeit und Untertänigkeit im Dorf konnte nicht ausgerottet werden.

Noch 1939 hatten 55,8 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe weniger als 5 Hektar Boden; sie bewirtschafteten aber nur 8,3 Prozent der Gesamtbodenfläche. Demgegenüber verfügten 1,1 Prozent aller Betriebe, die mehr als 100 Hektar Boden besaßen, über 36,8 Prozent der Bodenfläche.¹

Die Junker saßen tonangebend in den Gemeinden und Kreisämtern, Landwirtschaftskammern, Genossenschaften und Bauernvereinen und hatten überall dort Machtpositionen, wo man herrschen und Profite einheimsen konnte. Auf den Gütern trieben sie eine Luderwirtschaft, verstanden es aber, sich Subsidien und Unterstützungen aller Art auf Kosten der Steuergroschen der Werktätigen zu ergattern, angefangen von den preiserhöhenden Schutzzöllen bis zu den riesigen Osthilfegeldern, mit denen sie in der Weimarer Republik ihre heruntergewirtschafteten Güter saniert hatten.

Unter diesen Verhältnissen war eine unmenschliche Ausbeutung der Landarbeiter und kleinen Bauern durch die Großgrundbesitzer kennzeichnend für die Lage der Landbevölkerung. Feudale Überreste von Hörigkeit, Dienstbarkeiten, Hand- und Spanndienst und mittelalterliche Pachtformen waren im Deutschland des hochentwickelten Kapitalismus bestehen geblieben und machten Landarbeiter und Kleinbauern zu Knechten und Gesinde, die auf den Junkergütern von früh bis spät zu arbeiten hatten. Sie erhielten kaum genug, ihre Arbeitskraft zu erhalten. Es gab keine Berufs-

¹ Vgl. A. Petruschow, „Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform“, Berlin 1948, S. 38/39.

Vorbereitung

Nummer 31

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen

1. Jahrgang

Rede des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands:

Junkerland in Bauernhand!

Wilhelm Pieck über die Frage der Bodenreform - Schnellste Durchführung wird gefordert

Liebe Freunde, Bauern und Landarbeit!

Ich erlaube diese Begrüßung herzlich und freue mich, daß Sie in so großer Zahl erschienen sind, um über eine große Aufgabe zu beraten und zu beschließen, die sowohl dem Bauerntum wie dem gesamten deutschen Volke hohes soll aus der Katastrophe heranzukommen. In die es von Hitler mit seinem verbrecherischen Krieg hineingeführt wurde, das Deutschland stark gelitten, nicht nur überhaupt der millionen bis Schicksalsergebnisse im Blute, auch die Bauernwirtschaft ist durch die Ansprüche, die an sie zu Kriegszwecken gestellt wurden, vor allem durch die Zwangsverstaatlichung nahezu ruiniert worden, und nur mühselig wird sich der Bauer wieder etwas emporarbeiten können.

Die allgemeine Notlage unseres Volkes, die voll-

Am Sonntag, dem 2. September 1945, fand in Kyritz (Mark Brandenburg) eine von Bauern und Landarbeitern besuchte Kundgebung statt, die sich zu einer großen Kundgebung für die von den Bauern und Landarbeitern geforderte Entlassung des junkerlich-feudalen Großgrundbesitzes und seiner Zerteilung an die landarme Bauernschaft und an Landarbeiter, kleine Pächter und Umsiedler gestaltete. In der Kundgebung waren 75 Landorte mit ungefähr 350 Delegierten vertreten. Das Referat über das Thema: „Junkerland in Bauernhand“ hielt der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck. Nach einer umfangreichen Diskussion, an der sich Bauern, Landarbeiter und andere Personen aus dem Kreise beteiligten, wurde eine die Forderungen der Bauern und Landarbeiter enthaltende Resolution einstimmig angenommen.

durch immer wieder bei seinem Uebertritt auf die anderen Völker, bei den an ihnen verübten „ras-

Es gibt schon Anzeichen dafür, daß die deut-

und ihres sonstigen Vermögens. Es ist an der Zeit, daß sich die Bauern und Landarbeitern zusammen, um das gerabte und ergrabte Land wieder in die Hände der Bauern und Landarbeiter zurückzubringen (starker Beifall). Es ist sehr zu begrüßen, daß sich die Exekutive dieser Notwendigkeit immer stärker in dem Dorf unter den Bauern und Landarbeitern breitmacht und erste Forderungen auf eine grundsätzliche demokratische Bodenreform erheben werden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat volle Verantwortung für diese Bewegung unter der Bauernschaft und unter den Landarbeitern mit allen Kräften unterstützt. Wie sie schon in der Weimarer Zeit sich mit allen Kräften für die Befreiung der Bauern und Landarbeitertätigkeit und zur Abwehr der großen Wirtschaftskrisen durch den Mund ihres Parteivorstandes Ernst

ausbildung für Landarbeiter. Gesundheitliche Betreuung war so gut wie unbekannt. Die armseligen Katen der Landarbeiter gehörten dem Herrn. Sein Eigentum war auch das Deputatland. Für die Nutzung mußte der Landarbeiter abarbeiten. Geld bekam er daher kaum in die Hände. Frau und Kinder waren gezwungen, mitzuarbeiten. Demokratische und gewerkschaftliche Betätigung der Landarbeiter wurde unterdrückt. In den selbständigen Gutsbezirken war der Gutsherr bis in die dreißiger Jahre sogar Polizeigewaltiger. Mit der „Faust“ wurde „Ordnung und Gehorsam“ erzwungen, wie der Junker Oldenburg-Januschau in seinen Erinnerungen schreibt. Bei Wahlen bestimmte der Gutsherr, wer zu wählen war. Jeder, der sich gegen die Unterdrückung, Bevormundung und Ausbeutung auflehnte, verlor Arbeit und Unterkunft.

Den Hunderttausenden deutschen Bauern, die zuwenig Land zum Leben hatten, und den Landarbeitern in ihrem dumpfen, kulturlosen, geknechteten Dasein mit einem Stück Boden die Grundlage zum Aufbau eines menschenwürdigen Lebens zu geben, war eine Grundbedingung jeder Demokratie in Deutschland. Ohne Beseitigung der mittelalterlich-feudalistischen Überreste konnte das Tor in eine freie, wohlhabende Zukunft des deutschen Volkes nicht aufgestoßen werden.

Hinzu kommt, daß eine Bodenreform auch für die Lösung der Lebensfragen von Zehntausenden Bauern wichtig war, die durch den Hitlerkrieg ihren Boden verloren hatten, und sich als Umsiedler eine neue Existenz schaffen wollten. Es kam darauf an, die Umsiedler schnell seßhaft und zu vollberechtigten Bürgern zu machen und ihren Blick, der oft zurückging zu dem durch die Hitlerpolitik Verlorenen, nach vorwärts, auf den Aufbau eines neuen Lebens zu wenden.

Sollte aus den Erträgen der deutschen Landwirtschaft die Ernährung der Werktätigen gesichert und verbessert werden, so war auch aus wirtschaftlichen Gründen die Bodenreform unbedingt geboten. Um die Kriegsfolgen zu überwinden und den Grundstein für die ständige Steigerung der Erträge zu legen, bedurfte es der ganzen Kraft und Initiative aller Werktätigen auf dem Lande.

Junker und Großgrundbesitzer mußten unschädlich gemacht werden. Blieb ihre wirtschaftliche Macht erhalten, so konnten weder die notwendigen Nahrungsmittel erzeugt noch die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft erfolgreich wiederhergestellt und verstärkt werden.

In den Gebieten mit vorwiegendem Großgrundbesitz, besonders in Brandenburg und Mecklenburg, lagen nach Kriegsende große Flächen brach und fielen für die Versorgung der Bevölkerung aus. Im Kreis Prenzlau mit einem Anteil des Großgrundbesitzes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 67 Prozent lagen zum Beispiel 1945 26260 Hektar = 32 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach. Dagegen waren im Kreis Zauch-Belzig, in dem der Großgrundbesitz nur 13 Prozent der Nutzfläche ausmacht, nur 2,2 Prozent nicht bestellt.

Auch dort, wo Junker und Großgrundbesitzer oder ihre Inspektoren auf den Gütern geblieben waren, konnte von ihnen nicht erwartet werden, daß sie die Ernährung der Werktätigen sichern halfen. Die Geschichte lehrt, daß die Großgrundbesitzer nur im Interesse möglichst hoher Profite wirtschaften. Die Produktion von Fleisch, Fett, Eiern und Milch wird von ihnen unverantwortlich vernachlässigt, weil sie mehr Arbeit und weniger Profite bringt. Auf je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche hielten im Jahre 1939 in Brandenburg zum Beispiel Großgrundbesitzer: 15,5 Milchkühe, 28,5 Schweine, 31 Legehühner; bäuerliche Betriebe: 52,6 Milchkühe, 89,8 Schweine, 338 Legehühner. Die letzten Kriegsjahre und vor allem die ersten Monate nach dem Kriege hatten bewiesen, daß das Junkerpack nur trachtete, aus der allgemeinen Notlage möglichst viel zu profitieren. Ein großer Teil ihrer Erzeugnisse ging über den Schwarzen Markt den hungernden Einwohnern der Städte verloren. Was Junker und Großgrundbesitzer oder ihre Inspektoren betrieben, war Sabotage an der Volksernährung.

Eine Änderung der Lage war nur möglich durch die Enteignung des Großgrundbesitzes. Der Boden und die Betriebe mußten an die Landarbeiter, Kleinbauern und Umsiedler übergeben werden. Die

Landarbeiter und Kleinbauern, die oft aus eigenem Antrieb die brachliegenden Felder der Gutsbesitzer bestellt, gepflegt und abgeerntet hatten, zeigten, mit welcher Energie und Einsatzfreudigkeit die Werktätigen auf dem Lande an ihre Arbeit gingen, welches Organisationstalent und welche Initiative sie entwickelten, wenn sie ohne Herren und Inspektoren für sich selbst und für die Sicherung der Ernährung der Werktätigen in Stadt und Land arbeiteten.

Unter Hinweis auf wirtschaftliche Gesichtspunkte wurden manche Einwände gegen die Aufteilung der großen Güter erhoben. Daß die Feinde der Arbeiter und werktätigen Bauern rumorten, warnten, flüsternten und klagten, man solle doch noch lieber warten, man gefährde die Volksernährung, es sei keine Zeit für Experimente, die großen Güter seien doch rentabler usw. – war natürlich. Sie sahen in der Bodenreform mit Recht die Abrechnung des Volkes, der sie entgehen wollten. Aber es gab auch ehrliche Landwirte und Arbeiter, die ohne jede Absicht, Junker und Kriegsverbrecher zu schonen, offen und im besten Glauben Bedenken gegen die Aufteilung der landwirtschaftlichen Großbetriebe äußerten. Viele wiesen darauf hin, daß die Zukunft auch in der Landwirtschaft im Großbetrieb lag, und führten die Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften der Sowjetunion als Beispiele an. Aber weder die objektiven Möglichkeiten noch die subjektiven Voraussetzungen waren damals in Deutschland gegeben, um die großen Güter als genossenschaftliche Großbetriebe zu bewirtschaften:

Erstens hätte eine intensive Produktion auf diesen Großbetrieben im Interesse der Versorgung aller Werktätigen nur durchgeführt werden können, wenn Zugkräfte, Maschinen, Vieh vorhanden gewesen wären. Nichts von alledem war da. Bei der Lage der deutschen Wirtschaft war auch nicht daran zu denken, die notwendigen Betriebsmittel in kurzer Zeit zu beschaffen. Es blieb nichts weiter übrig, als vorwiegend Handarbeit anzuwenden.

Zweitens konnten landwirtschaftliche Großbetriebe nicht ohne erfahrene Betriebsleiter bewirtschaftet werden, die die Garantie boten, die Betriebe wirklich zum Nutzen der Werktätigen zu

führen. Diese gab es aber nicht in genügender Zahl. Die Inspektoren der Junker und Großgrundbesitzer kannten nur die Profitinteressen ihrer Herren und die Ausbeutung der Landarbeiter; in kurzer Zeit genügend Landarbeiter und Kleinbauern für eine solche Aufgabe zu qualifizieren war nicht möglich. Auf den Junkerbetrieben waren sie bewußt in Unwissenheit gehalten worden und führten dort die Befehle aus, ohne Einsicht in den Gesamt-ablauf des Betriebes zu bekommen. Landarbeiter wären 1945 noch nicht in der Lage gewesen, den Wirtschafts- und Arbeitsablauf der vielen großen komplizierten Betriebe zu regeln. Wohl aber konnten sie einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb mit guten Ergebnissen für sich und die Bevölkerung bewirtschaften.

*konnte
Bauer
für
nicht
arbeiten*

Drittens aber erlaubte vor allem der Stand des gesellschaftlichen Bewußtseins der Landarbeiter und Kleinbauern damals nicht die Schaffung landwirtschaftlicher Großbetriebe. Die werktätigen Bauern und die Landarbeiter von 1945 wollten unabhängige Bauern auf eigener Scholle werden. Sie sahen in der Bodenreform die Erfüllung ihrer Sehnsucht nach eigenem Boden und wollten nach der Beseitigung der Unterdrücker selbständige freie Bauern auf eigener Scholle sein. Die bisherigen Kleinbauern strebten nach der Beseitigung ihrer Landarmut, um sich und ihre Familie vom eigenen Boden ernähren zu können.

Um genossenschaftliche Großbetriebe in der Landwirtschaft zu bilden, mußten sich Landarbeiter und Bauern erst an Hand ihrer eigenen Erfahrungen von den Vorteilen solcher Wirtschaftsformen überzeugen, Erfahrungen in der Leitung solcher Betriebe sammeln und schließlich über eine ausreichende materielle und technische Basis verfügen, die der damalige Stand der Industrie ihnen nicht geben konnte. 1945, als die Landarbeiter und Kleinbauern nach Jahrhunderten der Unterdrückung durch die Junker und Großgrundbesitzer die ersten Schritte eines demokratischen Lebens machten, konnte von alledem nicht die Rede sein.

Aus all diesen Gründen konnte die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer nur verbunden sein mit der Aufteilung des wesentlichen Teils dieser Betriebe und mit ihrer Übergabe in das

Eigentum der Landarbeiter, landlosen und landarmen Bauern. So richtig es war, daß auch in Deutschland die Zukunft dem landwirtschaftlichen Großbetrieb gehörte, so falsch und gefährlich war es, das im Deutschland von 1945 zu fordern. So richtig es war, aus dem Beispiel der Sowjetunion zu lernen, so falsch war es, solche Beispiele mechanisch zu übertragen:

„In Rußland, wo die Traditionen des Privateigentums am Boden bei den Bauern schwächer waren als im Westen, führte die Sowjetmacht entsprechend den Forderungen der bäuerlichen Massen bereits zu Beginn der Revolution die Nationalisierung des gesamten Bodens durch. Dadurch kam die absolute Grundrente in Wegfall. Die sowjetische Bauernschaft erhielt durch die proletarische Revolution zum erstenmal in der Geschichte Land zur unentgeltlichen Nutzung. In den Ländern, in denen das kleinbäuerliche Privateigentum am Boden bereits seit langem besteht und deshalb die Traditionen des Privateigentums am Boden bei den Bauern stärker sind, nationalisiert die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht errungen hat, zu Beginn der Revolution nicht den gesamten Boden. In diesen Ländern wird nur der Teil des bei den Großgrundbesitzern konfiszierten Bodens nationalisiert, aus dem ein staatlicher Fonds gebildet wird. Der größere Teil des konfiszierten Bodens wird jedoch den Bauern als Privateigentum übergeben.“¹

Diese Feststellung des Lehrbuches „Politische Ökonomie“ trifft auf Deutschland in vollem Maße zu.

Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und in den Landes- und Provinzialverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone wurde mit den Vertretern der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern das Gesetz über die Bodenreform gründlich ausgearbeitet. In den ersten Septembertagen 1945 wurde von den Landes- und Provinzialverwaltungen das Gesetz über die Bodenreform erlassen², das im Artikel I folgende grundsätzliche Begründung enthält:

„Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die

¹ „Politische Ökonomie. Lehrbuch“, S. 568/569.

² Die Verordnung für die Provinz Sachsen erschien am 3. September. In Mecklenburg wurde die Bodenreformverordnung am 5. September, in Brandenburg am 6. September, im Land Sachsen und in Thüringen am 10. September erlassen.

Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. Durch die Bodenreform soll der jahrhundertealte Traum der landlosen und landarmen Bauern von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes. Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.¹

Die Verordnungen, die die Verwaltungen der fünf Länder und Provinzen erließen, gaben der Aktion der Massen ihre gesetzliche Grundlage und sicherten ihren demokratischen Charakter und ihre unverzügliche Durchführung. Gleichzeitig sorgten sie dafür, daß die vielen komplizierten Fragen der Bodenreform in allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone einheitlich geregelt wurden.

So begann 1945 die Durchführung der Bodenreform, die seit dem großen deutschen Bauernkrieg 1525 eine geschichtliche Notwendigkeit war. Der Weg für die Demokratie im Dorf wurde frei gemacht.

Wer der Enteignung unterlag und welches Land nicht enteignet werden durfte, das bestimmte Artikel II der Bodenreformverordnung:

„2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichem Vermögen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft enteignet:

a) der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allem darauf befindlichem landwirtschaftlichem Vermögen;

b) der Grundbesitz mit allem darauf befindlichem landwirtschaftlichem Vermögen, der den Naziführern und den aktiven Verfechtern der Nazi-partei und ihrer Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Naziherrschaft Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages waren.

¹ Siehe im Anhang, S. 406.

5. Gleichfalls wird der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 Hektar mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichem Vermögen enteignet.¹

Die Durchschnittsgröße der zu enteignenden Wirtschaften über 100 Hektar betrug 352 Hektar. Darunter befanden sich zahlreiche Adelsgüter mit einer Ausdehnung von einigen Tausend Hektar, wie zum Beispiel die Besitzungen der Herren Malte von Putbus und von Schwerin mit 18 850 beziehungsweise 16 682 Hektar, des Grafen Hermann von Arnim mit 15 800 Hektar, des Herrn von Maltzan mit 11 849 Hektar, des Fürsten von Schönburg-Waldenburg mit 10 588 Hektar, des Herrn von Heiden-Linden mit 10 321 Hektar und viele andere.

Die werktätigen Bauern und Landarbeiter sowie ihre Bodenreformkommissionen hatten eine gesetzliche Handhabe, um die ihnen nur zu gut bekannten Kriegerverbrecher und aktiven Faschisten zu enteignen. Für den Großgrundbesitz wurde die klare, jedem verständliche Grenze von 100 Hektar festgelegt. Die Bodenreformkommissionen konnten durch einfache Einsicht in das Grundbuch den zu enteignenden Besitz feststellen. Durch diese klare Regelung war den Gutsbesitzern die Möglichkeit genommen, ihren Einfluß unter den Landarbeitern und Bauern auszunutzen, Korruptionsversuche zu machen oder mit der Mär vom „guten Herrn“ der Enteignung zu entgehen. Die Hundert-Hektar-Grenze bezog sich auf den Gesamtbesitz der Junkerfamilie, unabhängig von der Zahl und Lage der Betriebe und unabhängig von der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das war um so notwendiger, als nicht wenige Gutsbesitzer noch im letzten Augenblick versucht hatten, durch Aufteilung ihrer Güter unter Familienmitglieder der Enteignung zu entgehen. Dagegen wurde der Boden der Kirchen und Klöster, der Stadtverwaltungen, der Schulen, Forschungsinstitute, Versuchsanstalten ausdrücklich von der Enteignung ausgenommen. Gleichzeitig wirkte die Festlegung der zu enteignenden Güter auf über 100 Hektar beruhigend auf die Großbauern, denen das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands die

¹ Siehe im Anhang, S. 407/408.

festen Zusage gemacht hatte, daß ihr Besitz unangetastet bleiben sollte. Die Bodenreform richtete sich nicht gegen die kapitalistisch wirtschaftenden Großbauern, sondern gegen die feudalen Junker, die Faschisten und Kriegsverbrecher.

Charakter und Erfolg einer Bodenreform hängen – das lehrte die Geschichte Deutschlands ebenso wie die anderer Länder – davon ab, wer sie durchführt und mit welchen Methoden sie durchgeführt wird. In Deutschland stand eine Bodenreform nicht zum ersten Male zur Diskussion. Genügend Erfahrungen zeigten, daß nur die Werktätigen selbst an einer gründlichen Veränderung der Lage im Dorf interessiert waren und daß nur ihr revolutionärer Elan imstande war, die Macht der Junker und Gutsbesitzer zu zerschlagen und sie aus den Dörfern zu vertreiben. In der Weimarer Republik hatten Gutsherren und ihre Kreaturen die Durchführung der „Siedlungs“gesetzgebung in Händen. Mit einem großen bürokratischen Apparat erwarben und „verteilten“ sie Boden. Daß diese Art „Bodenreform“ für die Junker und die Reaktion ungefährlich war, beweist schon die Tatsache, daß die Hitlerbanden den gleichen Bauernbetrug fortsetzten. Das klägliche Ergebnis spiegelt sich in einigen Zahlen wider. In achtzehn Jahren, von 1919 bis 1937, wurden im ganzen nur etwa 3 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands neu besiedelt, und vom Siedlungsland war weniger als 7 Prozent aus Großgrundbesitz käuflich erworben.¹ Die Junker hatten sich aus dieser Art „Bodenreform“ ein Geschäft gemacht und ihre politische und wirtschaftliche Macht gefestigt; die landhungrigen Bauern waren getäuscht und betrogen.

Diese Lehren der Geschichte warnen. Nur wenn die Werktätigen des Dorfes selbst aktiv, energisch und ohne Verzug die Sache an-

¹ Das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1938“, S. 82 und 90, gibt folgende Zahlen: Landwirtschaftliche Gesamtbetriebsfläche des deutschen Reichs: 41 567 000 Hektar. Davon Wirtschaften über 100 Hektar: 15 761 000 Hektar, bereitgestelltes Siedlungsland 1919 bis 1937 1 464 681 Hektar. Davon aus großen Gütern über 100 Hektar stammend: 1 106 958 Hektar.

packten, die Gutsherren verjagten und das Land sofort in Besitz nahmen, war der Erfolg gesichert. Nur wenn die bisher ausgebeuteten Dorfbewohner von der fortschrittlichsten Klasse, den Arbeitern, ermutigt und unterstützt wurden, konnten sie sich von den Fesseln der Furcht vor dem Gutsherrn und von der Rückständigkeit befreien und lernen, ihre neuen demokratischen Rechte zu gebrauchen. Nur wenn die demokratische Verwaltung mit ihrer Macht die revolutionären Umwälzungen unterstützte und gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern den unvermeidlichen Widerstand der Gutsherren und ihrer Kreaturen niederrang, konnte eine echte, demokratische, den Interessen des Volkes entsprechende Bodenreform Wirklichkeit werden. Diese Bedingungen waren in der damaligen sowjetischen Besatzungszone gegeben. Niemand hemmte die Initiative der Werktätigen. Von der sowjetischen Besatzungsmacht hatten sie volle Unterstützung mit Rat und Tat.

Die Antifaschisten gingen aufs Land und überzeugten die Landarbeiter und Kleinbauern, daß mit der Herrschaft der Grafen und Barone endgültig Schluß ist und die Dorfarmen und Werktätigen jetzt selbst bestimmten. In Kyritz zeigte Wilhelm Pieck in einer von Bauern und Landarbeitern stark besuchten Versammlung, daß jeder Verzug in der Angelegenheit nur den Feinden der Demokratie nutzen konnte:

„Wir wollen ein freies, selbständig denkendes, demokratisch gesinntes und kämpferisch handelndes Volk – Alte und Junge, Männer und Frauen. Und um dieses großen Zieles willen müssen alle reaktionären Kräfte entmachtet und vernichtet werden. Je schneller wir die Junker und Feudalherren entmachten und die Bodenreform durchführen, um so gründlicher und eher werden wir der Demokratie zum Siege verhelfen.“¹

Gemeinsam mit den Arbeitern und unterstützt von den demokratischen Verwaltungsorganen, schritten die landarmen Bauern und Landarbeiter zur Tat. In den Dörfern wurden auf allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler *Bodenreformkommissionen* gewählt und durch die Kreisverwaltungen bestätigt.

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 5. September 1945.

Die Zusammensetzung der Kommissionen war von entscheidender Bedeutung. Mitglieder der Kommissionen konnten nur Arbeiter, Bauern und ehrliche Demokraten sein, die entschieden und ohne bürokratische Hemmungen so zu handeln verstanden, wie es dem Interesse des Volkes entsprach. Die Junkerfreunde konnten sich kaum einschalten, um eine gerechte Landverteilung zu hintertreiben. Die Massenaktion setzte sich über alle Bedenken und Widerstände hinweg. Die ortsansässigen Landarbeiter und Kleinbauern kannten sehr gut die zu enteignenden Güter und stellten genau Umfang und Art des Bodens, des Inventars, der Gebäude fest und erfaßten alles in Listen. Die Bodenreformkommissionen nahmen auch die Auswahl der Bewerber und die Verteilung des Bodens vor. Die Festlegung der neuen Bodenparzellen und ihrer Eigentümer mußte von der *Vollversammlung der Bodenbewerber* bestätigt werden. *Kreiskommissionen* zur Durchführung der Bodenreform unter Vorsitz des Landrats gaben dem Beschluß der Bauern Rechtskraft. Daraufhin wurde dann gemeinsam, unter Anleitung von Fachleuten, das Land vermessen, und die Grenzpfähle wurden eingeschlagen. Am 15. Januar 1946 gab es in der gesamten sowjetischen Besatzungszone 40959 Mitglieder der Bodenreformkommissionen. Davon waren 25761 Parteilose, 10296 Kommunisten, 6553 Sozialdemokraten und 529 Liberaldemokraten oder Mitglieder der CDU. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Bodenreformkommissionen waren parteilose Bauern und Landarbeiter.

Die Bauern und Arbeiter selbst entschieden unbürokratisch und schnell. Die Bauern hatten mit ihrem gesunden Menschenverstand in zwei Monaten den Hauptteil des Großgrundbesitzes von fast 3 Millionen Hektar Boden – über ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche – in den Bodenfonds übergeführt und zum überwiegenden Teil aufgeteilt. Die Forderung des Aktionsprogramms der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei auf Liquidierung des Großgrundbesitzes war im wesentlichen bereits verwirklicht.

Zum 1. April 1946 waren 2,74 Millionen Hektar Land enteignet

und zwei Drittel davon an Landarbeiter, landarme Bauern, Kleinpächter und Umsiedler verteilt: 205 797 Neubauernstellen waren geschaffen, 76 652 Landzulagen und 63 279 Parzellenzuteilungen vorgenommen, 45 576 Pachtstücke wurden dem Pächter zu Eigentum übergeben. In wenigen Wochen waren in den fünf Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone fast das Doppelte an Boden aufgeteilt und das Dreifache von Neubauernstellen geschaffen worden als in ganz Deutschland in 18 Jahren bauernfängerischer Siedlungspolitik der Weimarer Republik und Hitlers.¹

Nach der Bestätigung der Beschlüsse der Dorfversammlungen über die Bodenverteilung wurde der Boden in festlicher Form den Bauern übergeben.

„Es gab keine einzige Gemeinde, wo der Akt der Übergabe des Bodens an die Bauern nicht in festlicher Form begangen wurde. In allen Dörfern waren die Häuser und Straßen mit Grün, roten Fahnen und Losungen geschmückt: „Aufteilung des Bodens gewährleistet die Ernährung unseres Volkes“, „Junkerland in Bauernhand!“ usw.“

berichtete die „Deutsche Volkszeitung“ aus Sachsen. In Gnölbzig – Provinz Sachsen-Anhalt – war bei der Aufteilung der Güter Herz von 115 Hektar und Stolla von 245 Hektar das ganze Dorf mit Grün und Blumen geschmückt: „Auf dem Dorfplatz, unmittelbar zwischen den beiden Gütern, erhielten die 22 Neubauern in Anwesenheit der gesamten Bevölkerung die Urkunden ausgehändigt.“²

Der ganze Verlauf der Durchführung der Bodenreform kennzeichnete ihren demokratischen Charakter und machte sie zu einer gewonnenen Schlacht der Arbeiter und Bauern gegen das Junker- und Faschistengesindel, gegen Ausbeutung und Reaktion. Sie war die größte erfolgreiche revolutionäre Aktion der Massen, die Deutschland bis dahin in seiner Geschichte erlebt hatte, und führte auf dem Gebiete der Landwirtschaft die 1848 steckengebliebene

¹ Laut „Statistischem Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1938“, S. 90 und 91, wurden von 1919 bis 1937 1 464 681 Hektar Siedlungsland bereitgestellt und 76 409 Siedlerstellen geschaffen.

² Vgl. „Deutsche Volkszeitung“ vom 17. und 18. Oktober 1945.

bürgerlich-demokratische Revolution erfolgreich zu Ende. Entscheidend für den schnellen Sieg war, daß die Aktion der Massen wirksam von der Arbeiterklasse und den neuen demokratischen Verwaltungsorganen unterstützt wurde, die überall für eine schnelle Durchführung sorgten, den Widerstand der Junker unterdrückten und die Einheitlichkeit der Aktion in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone sicherten. Die Tatsache, daß in der sowjetischen Besatzungszone ehrliche Demokraten in den Provinzial- und Landesverwaltungen und den Landratsämtern die entscheidenden Funktionen innehatten und eng mit dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammenarbeiteten, verbürgte den Erfolg. In allen Ländern und Provinzen hatten in den ersten Septembertagen die Ausschüsse des demokratischen Blocks den Forderungen der Bauern entsprochen und zur sofortigen Verwirklichung der Bodenreform aufgerufen. Auch die zentralen Parteileitungen aller demokratischen Parteien erklärten gemeinsam die sofortige Durchführung der Bodenreform als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und einen entscheidenden Schritt zur friedlichen, demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Die Gutsbesitzer unternahmen alles nur mögliche, um ihrem Schicksal zu entgehen und die Beschlagnahme und Aufteilung der Güter zu verhindern. Sie suchten zu retten, was zu retten war. Schon während der Annahme der Bodenreformgesetze und stärker noch im Verlauf ihrer Durchführung mußten die demokratischen Kräfte den erbitterten Widerstand der Junker und ihrer Verteidiger überwinden. Reaktionäre Elemente in den Leitungen der bürgerlichen Parteien und rechte sozialdemokratische Führer in Berlin kamen den Junkern zu Hilfe. Die Interessenvertreter der Junker und Großgrundbesitzer wagten nicht, offen gegen die Bodenreform aufzutreten, ließen aber – vom scheinwissenschaftlichen Argument über die Einschüchterung der Bauern bis zur offenen Sabotage – nichts unversucht, um der Durchführung der Bodenreform entgegenzutreten. Fragen wie die der Entschädigung der Gutsbesitzer wurden gestellt. An der Wirtschaftlichkeit der Neubauernhöfe

wurde gezweifelt, um die Bodenreform zu unterwühlen. Rechte sozialdemokratische Funktionäre machten sich mit scheinmarxistischen Argumenten insbesondere zum Fürsprecher der Bewirtschaftung der enteigneten Flächen in Großbetrieben. Alle diese Argumente liefen letztlich auf die Erhaltung der Landarmut und Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter hinaus.

Die Taktik der reaktionären Kräfte ging dahin, die Durchführung der Bodenreform hinauszuzögern und dort, wo die Entfernung der Gutsbesitzer nicht zu verhindern war, die Zerschlagung des Gutsbesitzes und die Aufteilung des Bodens zu verhindern in der Hoffnung, daß es später mit Hilfe der amerikanischen und englischen Besatzungsorgane gelingen könnte, die Wiederherstellung der Macht der Gutsbesitzer zu erreichen.

Zweifel, Schwankungen und Unentschiedenheit bei manchen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien mußten überwunden werden. Selbst ein bürgerlicher Demokrat wie der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Hübener, brauchte Zeit, ehe er sich von der Richtigkeit der vorgeschlagenen Grundsätze der Bodenreform und ihrer sofortigen Durchführung überzeugen ließ. Ein Teil der leitenden Funktionäre der CDU und LDP traten, obgleich sie selbst im demokratischen Block den Aufruf zur Bodenreform unterschrieben hatten, zunächst versteckt, später mit immer offeneren und heftigeren Attacken gegen die Bodenreform auf. Dazu gehörten insbesondere der CDU-Vorsitzende Dr. Hermes, sein Stellvertreter Dr. Schreiber und der Leiter der LDP Koch. Scheinheilig erklärten sie sich für eine „vernünftiger“, „gesetzlich besser fundierte“, „im Rahmen der sittlichen Gerechtigkeit liegende“, „besser vorbereitete“ Bodenreform usw. Im Dezember 1945 forderte die LDP-Leitung offen eine Überprüfung der Bodenreform.

Hermes und seine Anhänger kamen nicht nur mit „rechtlichen“ und „sittlichen“, sondern auch „ernährungswirtschaftlichen“ Argumenten. So absurd angesichts der Luderwirtschaft der Junker und ihrer Wirtschaftssabotage die Argumente von einer angeblichen Gefährdung der Volksernährung durch die Bodenreform

auch waren, so zeigten sie klar das Bestreben, sich die Zustimmung aller Reaktionäre zu erwerben und das Dorf, wenn schon die Junker verschwinden mußten, den kapitalistischen Elementen ökonomisch und politisch in die Hände zu spielen.

Das trat besonders deutlich in Erscheinung, als Dr. Hermes im Dezember 1945 sich weigerte, einen Aufruf zur materiellen Unterstützung der neugeschaffenen Bauernhilfe bei der Vorbereitung der Frühjahrsbestellung zu unterschreiben. Natürlich brauchten die Neubauern Unterstützung und Hilfe, um produktionsfähig zu werden und ihre Wirtschaft aufzubauen. Dazu war die Hilfe der Arbeiter der Betriebe, der Gewerkschaften, der demokratischen Verwaltungen und vor allem auch die Hilfe der Altbauern im Dorf notwendig. Sie war in dieser Notzeit eine sittliche Pflicht. Die neugeschaffenen Bauernwirtschaften sich selbst zu überlassen, den Bauern Kredite und materielle Unterstützung zu versagen, bedeutete, die Bodenreform zu hintertreiben.

Wer gegen die Hilfe für die Neubauern auftrat und dagegen war, daß die früher landlosen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler sich ein eigenes Haus schafften, sich mit Zugvieh und Geräten versahen, zeigte sich damit als Diener des liquidierten Junkertums. Ohne Hilfe wären die Neubauern niemals zu bewußten, freien, demokratischen Dorfbürgern geworden und hätten sich niemals in den großen Kampf der demokratischen Kräfte eingereiht. Darüber hinaus wären sie in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der über Produktionsmittel verfügenden kapitalistischen Elemente des Dorfes gekommen. Damit konnte die Arbeiterklasse nicht einverstanden sein. Bezeichnend war, daß die Mitglieder und die Leitungen der Provinzial- und Landesverbände der CDU und LDP mit dem Volk mehr verbunden waren und die Nöte des Dorfes besser kannten als die Führer in manchen zentralen Leitungen. Viele von ihnen setzten sich bei der Durchführung der Bodenreform aktiv ein und unterzeichneten auch einen gemeinsamen Aufruf der antifaschistischen Parteien zur Hilfe für die Neubauern. So blieben Hermes, Schreiber und Koch isoliert, wurden von den führenden Organen ihrer eigenen Parteien verurteilt und

nahmen schließlich den gleichen Weg nach Westdeutschland und Westberlin, den ein Teil der Großgrundbesitzer und Junker genommen hatte.

Die politischen Auseinandersetzungen kamen im Dorf selbst in vielfältigen Akten der Sabotage und des Widerstandes zum Ausdruck. Junker und deren Agenten versuchten in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane oder in die Bodenreformkommissionen einzudringen und sich als Treuhänder und Verwalter einsetzen zu lassen, um Enteignung und Aufteilung zu verhindern. So schlug zum Beispiel der damalige Vorsitzende der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, der selbst Großgrundbesitzer war, vor, von insgesamt 426000 Hektar Boden nur 185000 Hektar aufzuteilen. Provokatorische Gerüchte über die Wiederkehr der Gutsherren wurden verbreitet, um die Bauern einzuschüchtern und irrezumachen. Junkerfreunde, Verwandte und Inspektoren hielten die Verbindung mit den enteigneten Gutsbesitzern aufrecht, versuchten die Wirtschaft zusammenzuhalten und vom beweglichen Inventar möglichst viel beiseite zu bringen. Oft wollten sie ehemalige Landarbeiter veranlassen, das Gutsbesitzerland unaufgeteilt gemeinschaftlich zu bewirtschaften. So wurde zum Beispiel der Gutsbesitzer Schütze (Bezirk Leipzig) enteignet und flüchtete nach Westdeutschland. Seinem ehemaligen Verwalter Vogel gelang es, eine Neubauernstelle zu erschleichen und die ehemaligen Landarbeiter des Gutsbesitzers sowie ortsansässige Kleinbauern zu bereden, sich zu „gemeinsamer“ Bodenbestellung zusammenzuschließen. Auf diese Weise schob dieser Junkerknecht die Aufteilung des Gutsbesitzerlandes hinaus, bis die demokratischen Verwaltungsorgane seinem feindlichen Treiben ein Ende machten.

Ein Teil der Junker und Großgrundbesitzer blieb in der Nähe ihrer Besitzungen wohnen und wühlte gegen die Bodenreform. Ehemalige Faschisten, die ihre Vergangenheit verheimlicht hatten, verstanden es teilweise, sich als Umsiedler Boden zu erschleichen. Im allgemeinen gelang es der Wachsamkeit der Arbeiter und Bauern, solche Machenschaften zu entlarven und die Reaktion durch rasche Aufteilung der Betriebe zu schlagen. Das bedeutete jedoch

auch waren, so zeigten sie klar das Bestreben, sich die Zustimmung aller Reaktionäre zu erwerben und das Dorf, wenn schon die Junker verschwinden mußten, den kapitalistischen Elementen ökonomisch und politisch in die Hände zu spielen.

Das trat besonders deutlich in Erscheinung, als Dr. Hermes im Dezember 1945 sich weigerte, einen Aufruf zur materiellen Unterstützung der neugeschaffenen Bauernhilfe bei der Vorbereitung der Frühjahrsbestellung zu unterschreiben. Natürlich brauchten die Neubauern Unterstützung und Hilfe, um produktionsfähig zu werden und ihre Wirtschaft aufzubauen. Dazu war die Hilfe der Arbeiter der Betriebe, der Gewerkschaften, der demokratischen Verwaltungen und vor allem auch die Hilfe der Altbauern im Dorf notwendig. Sie war in dieser Notzeit eine sittliche Pflicht. Die neugeschaffenen Bauernwirtschaften sich selbst zu überlassen, den Bauern Kredite und materielle Unterstützung zu versagen, bedeutete, die Bodenreform zu hintertreiben.

Wer gegen die Hilfe für die Neubauern auftrat und dagegen war, daß die früher landlosen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler sich ein eigenes Haus schafften, sich mit Zugvieh und Geräten versahen, zeigte sich damit als Diener des liquidierten Junkertums. Ohne Hilfe wären die Neubauern niemals zu bewußten, freien, demokratischen Dorfbürgern geworden und hätten sich niemals in den großen Kampf der demokratischen Kräfte eingereiht. Darüber hinaus wären sie in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der über Produktionsmittel verfügenden kapitalistischen Elemente des Dorfes gekommen. Damit konnte die Arbeiterklasse nicht einverstanden sein. Bezeichnend war, daß die Mitglieder und die Leitungen der Provinzial- und Landesverbände der CDU und LDP mit dem Volk mehr verbunden waren und die Nöte des Dorfes besser kannten als die Führer in manchen zentralen Leitungen. Viele von ihnen setzten sich bei der Durchführung der Bodenreform aktiv ein und unterzeichneten auch einen gemeinsamen Aufruf der antifaschistischen Parteien zur Hilfe für die Neubauern. So blieben Hermes, Schreiber und Koch isoliert, wurden von den führenden Organen ihrer eigenen Parteien verurteilt und

nahmen schließlich den gleichen Weg nach Westdeutschland und Westberlin, den ein Teil der Großgrundbesitzer und Junker genommen hatte.

Die politischen Auseinandersetzungen kamen im Dorf selbst in vielfältigen Akten der Sabotage und des Widerstandes zum Ausdruck. Junker und deren Agenten versuchten in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane oder in die Bodenreformkommissionen einzudringen und sich als Treuhänder und Verwalter einsetzen zu lassen, um Enteignung und Aufteilung zu verhindern. So schlug zum Beispiel der damalige Vorsitzende der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, der selbst Großgrundbesitzer war, vor, von insgesamt 426 000 Hektar Boden nur 185 000 Hektar aufzuteilen. Provokatorische Gerüchte über die Wiederkehr der Gutsherren wurden verbreitet, um die Bauern einzuschüchtern und irrezumachen. Junkerfreunde, Verwandte und Inspektoren hielten die Verbindung mit den enteigneten Gutsbesitzern aufrecht, versuchten die Wirtschaft zusammenzuhalten und vom beweglichen Inventar möglichst viel beiseite zu bringen. Oft wollten sie ehemalige Landarbeiter veranlassen, das Gutsbesitzerland unaufgeteilt gemeinschaftlich zu bewirtschaften. So wurde zum Beispiel der Gutsbesitzer Schütze (Bezirk Leipzig) enteignet und flüchtete nach Westdeutschland. Seinem ehemaligen Verwalter Vogel gelang es, eine Neubauernstelle zu erschleichen und die ehemaligen Landarbeiter des Gutsbesitzers sowie ortsansässige Kleinbauern zu bereden, sich zu „gemeinsamer“ Bodenbestellung zusammenzuschließen. Auf diese Weise schob dieser Junkerknecht die Aufteilung des Gutsbesitzerlandes hinaus, bis die demokratischen Verwaltungsorgane seinem feindlichen Treiben ein Ende machten.

Ein Teil der Junker und Großgrundbesitzer blieb in der Nähe ihrer Besitzungen wohnen und wühlte gegen die Bodenreform. Ehemalige Faschisten, die ihre Vergangenheit verheimlicht hatten, verstanden es teilweise, sich als Umsiedler Boden zu erschleichen. Im allgemeinen gelang es der Wachsamkeit der Arbeiter und Bauern, solche Machenschaften zu entlarven und die Reaktion durch rasche Aufteilung der Betriebe zu schlagen. Das bedeutete jedoch